

Wachstumskritik von rechts

Lisa Geffken
Jena, 2020



Der vorliegende Text ist als Masterarbeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fakultät für Sozial und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie, entstanden. Wir danken Lisa Geffken dafür, dass wir ihre Arbeit auf unserer Webseite www.nf-farn.de veröffentlichen dürfen.

Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz (FARN)

c/o NaturFreunde Deutschlands
Bundesgeschäftsstelle
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin

Tel. (030) 29 77 32-68

Fax (030) 29 77 32-80

info@nf-farn.de

www.nf-farn.de

Inhalt

1 Einleitung.....	5
2 Wachstum als gesellschaftliche Grundkategorie.....	8
2.1 Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator moderner Gesellschaften.....	8
2.2 Die inhärenten Wachstumszwänge der kapitalistischen Produktionsweise .	10
2.3 Grenzen der Regulierung.....	14
3 Entwicklung der Wachstumskritik.....	18
3.1 Die Anfänge der Wachstumskritik – Vom »Club of Rome« zum »Green New Deal«.....	18
3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung«.....	24
3.2.1 Strömungen der Postwachstumskritik.....	26
3.2.2 Ansätze zur gesellschaftlichen Transformation.....	30
3.2.3 Der Postwachstumsansatz zwischen Selbstanspruch und Fremdwahrnehmung	33
4 Wachstumskritik von Rechts.....	38
4.1 Elemente des rechtsextremen Weltbildes.....	38
4.2 Die Rechten und ihr ambivalentes Verhältnis zum Wachstum	43
4.3 Methodische Vorüberlegungen zur Analyse einer rechtsextremen Wachstumskritik.....	50
4.4 Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik.....	52
4.4.1 Biologisierung und Naturalisierung des Sozialen.....	53
4.4.2 Regionalismus und Lokalismus	56
4.4.3 Überbevölkerungs- und Einwanderungskritik.....	59
4.4.4 Antimodernismus.....	63
4.4.5 Regressiver Antikapitalismus	67
5 Reflexionen auf die »Postwachstumsbewegung«	71
5.1 Zur Problematik der »Vereinnahmungsthese«	71
5.2 Neuralgische Punkte des Postwachstumsansatzes.....	74
6 Fazit.....	78
Literaturverzeichnis	81

1 Einleitung

Inmitten von Krisentendenzen wie dem Klimawandel, zunehmenden sozialen Konflikten und der steigenden Ressourcenknappheit, formiert sich die sogenannte »Postwachstumsbewegung«, welche die Ursachen allen Übels im Wachstumskredo unserer Zeit ausmacht. Folgerichtig fordern die Akteur*innen eine Postwachstumsgesellschaft, welche nicht mehr wachsen müsste, um sich zu stabilisieren. Doch im Gegensatz zu weiten Teilen der öffentlichen Wahrnehmung haben nicht nur Linke Postwachstum für sich entdeckt:

„Was dieses Land braucht, ist eine kraftspendende Vision. [...] Ich meine, dass wir Mitte des 21. Jahrhunderts an die Grenzen der Tragfähigkeit unseres Planeten gelangt sein werden. [...] Wir müssen überlegen, wie eine Postwachstumsökonomie aussieht. [...] Wir müssen eine Art von Wirtschaft entwickeln, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt, und das geht nur, wenn wir diese Art von Kapitalismus überwinden.“ (Zitiert in: Kemper 2015)

Dieses unschuldig klingende Zitat, welches ohne weiteres einer »Attac«-Broschüre¹ entspringen könnte, kommt von niemand geringerem als dem Faschisten und Mitbegründer des inzwischen als rechtsextrem eingestuften »Flügels« der »Alternative für Deutschland« (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020). An Aussagen wie diesen zeigt sich, dass Wachstumskritik, genauso wie ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften sowie Globalisierungskritik, auch innerhalb der extremen Rechten thematisiert werden. Dabei werden scheinbar emanzipatorische Elemente »national« besetzt.

Im deutschsprachigen Postwachstumsspektrum gibt es bisher kaum Auseinandersetzungen mit explizit rechter Wachstumskritik. Auch eine immer wieder am Postwachstumsansatz erhobene Kritik, wonach dieser selbst eine generelle Offenheit gegenüber rechten Ideologien aufweise, bleibt bisher weitgehend unbearbeitet (Bierl 2015, 2016; Interessengemeinschaft Roboterkommunismus 2014; Nabert 2016; Späth 2014). Die wenigen vorhandenen Versuche innerhalb des Postwachstumsspektrums, »Wachstumskritik von rechts« zu bearbeiten, analysieren kenntnisreich und überzeugend Querfrontpotenziale innerhalb der »Postwachstumsbewegung«. Auffallend ist, dass diese das Thema diskursiv durch eine »Vereinnahmungsthese« rahmen, welche suggeriert, das Problem bestehe darin, dass

¹ Die »Association pour la Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens« (Attac) ist eine globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation, welche sich für die Besteuerung von Finanztransaktionen einsetzt (Attac 2020).

die vornehmlich emanzipatorische Wachstumskritik von rechten Akteur*innen instrumentalisiert und vereinnahmt werden könnte (Eversberg 2018; Habermann und Humburg 2017; Nordsiek 2018).

Die vorliegende Arbeit möchte an die bisherigen akademischen Ansätze, sich dem Themenkomplex »Wachstumskritik von rechts« anzunähern, anschließen. Während die vorausgegangenen Arbeiten den Fokus auf die Abwehr einer »Vereinnahmungsstrategie« der Rechten legen, werden folgend die gesellschaftlichen Bedingungen und Kontinuitäten, die rechte Denkmuster im wachstumskritischen Umfeld begünstigen können, sowie die Analyse der rechtsextremen Wachstumsideologie selbst in den Mittelpunkt gestellt.

Das forschungsleitende Interesse dieser Arbeit besteht in der Herausarbeitung der ideologischen Elemente, die eine rechtsextreme Postwachstumsökonomie ausmachen. Die Auseinandersetzung gilt letztlich auch dem Anliegen, etwaige Anknüpfungspunkte rechter Ideologien an die anderen Strömungen des Postwachstumsspektrums ausfindig zu machen. Dies soll die Möglichkeit für eine Selbstkritik der »Postwachstumsbewegung« eröffnen, die Fallstricke analysiert, ohne die emanzipatorischen Momente des Ansatzes zu verwerfen.

Dafür werden zunächst die zentrale Bedeutung des Wirtschaftswachstums innerhalb moderner Gesellschaften verdeutlicht sowie die Zielkonflikte erläutert, die sich, im Hinblick auf planetare Grenzen ergeben (2.1 Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator moderner Gesellschaften). Anschließend werden mit Hilfe der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie die Bedingungen analysiert, welche der Wachstumsorientierung moderner Gesellschaften zugrunde liegen (2.1 Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator moderner Gesellschaften), als auch die Grenzen technischer Innovation sowie die historischen Grundbedingungen der Entstehung der Wachstumskritik aufgezeigt (2.3 Grenzen der Regulierung).

Im Anschluss wird die historische Entwicklung der aktuellen Wachstumskritik und ihrer Vorläufer, mit einem Fokus auf den deutschsprachigen Raum, nachvollzogen (3.1 Die Anfänge der Wachstumskritik – Vom »Club of Rome« zum »Green New Deal«). Die sogenannte »Postwachstumsbewegung« wird mit ihren verschiedenen Strömungen und Ansätzen im folgenden Abschnitt genauer vorgestellt (3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung«).

Im 4. Kapitel werden zunächst – als notwendige theoretische Vorarbeit – die Merkmale der rechtsextremen Ideologie dargelegt, um in der späteren Analyse rechtsextreme Denkmuster identifizieren zu können (4.1 Elemente des rechtsextremen Weltbildes). Im Anschluss wird das Verhältnis der politischen Rechten zum Themenkomplex »Wachstum« skizziert und die Strömungen der politischen Rech-

ten herausgearbeitet, welche einen affirmativen Bezug zum Postwachstumsansatz aufweisen, um den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit eingrenzen zu können (4.2 Die Rechten und ihr ambivalentes Verhältnis zum Wachstum). Die Zielsetzung der Analyse, welche sich auf die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring stützt (4.3 Methodische Vorüberlegungen zur Analyse einer rechtsextremen

Wachstumskritik), liegt in der Darstellung der Elemente einer rechtsextremen Wachstumskritik. Dafür werden exemplarisch Schriftstücke rechter Wachstumskritiker in Bezug auf wiederkehrende Argumentationsmuster und Elemente hin untersucht (4.4 Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik).

Im Anschluss daran werden problematische Aspekte der Vereinnahmungsthese analysiert (5.1 Zur Problematik der »Vereinnahmungsthese«) und die neuralgischen Momente andiskutiert, welche die Verbreitung rechter Ideologien im aktuellen Postwachstumsdiskurs begünstigen können (5.2 Neuralgische Punkte des Postwachstumsansatzes). Abschließend werden die Erkenntnisse zusammengetragen und die Forschungsfrage, welche der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt, beantwortet (6 Fazit).

2 Wachstum als gesellschaftliche Grundkategorie

Im Folgenden wird der Begriff des »Wachstums« skizziert und dargestellt, warum dieser in modernen Gesellschaften so einen zentralen Stellenwert einnimmt. Dafür wird zunächst auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als wichtigste makroökonomische Kenngröße eingegangen, um den Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Wirtschaftswachstum in modernen Gesellschaften sowie daraus resultierende Zielkonflikte herausarbeiten zu können (2.1 Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator moderner Gesellschaften). Anschließend wird mit Hilfe der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie der Zusammenhang von Kapitalismus und Wachstumszwängen aufgezeigt und die Probleme, welche sich aus diesen Dynamiken ergeben, angerissen (2.2 Die inhärenten Wachstumszwänge der kapitalistischen Produktionsweise). Abschließend werden die Grenzen der Möglichkeiten von technischen Innovationen am Beispiel der »Rebound-Effekte« und die historischen Grundbedingungen der Entstehung der Wachstumskritik herausgearbeitet (2.3 Grenzen der Regulierung).

2.1 Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator moderner Gesellschaften

Der Begriff des »Wachstums« als gesellschaftliche Grundkategorie meint eine spezifische Art des Wachstums, und zwar das Wirtschaftswachstum. Zunächst einmal kann also der Begriff »Wachstum« als monetäre Größe betrachtet werden, welche als Maßstab für Wohlstandszuwachs einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum gilt (Bierl 2015: 345). Das »Bruttoinlandsprodukt« ist, auch wenn es immer wieder für die Art und Weise seiner Erhebung und andere Begrenzungen kritisiert wird, die wichtigste makroökonomische Kenngröße. Das BIP wird wie folgt definiert:

„Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug aller Vorleistungen. Es ist in erster Linie ein Produktionsmaß. Das Bruttoinlandsprodukt errechnet sich als Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich des Saldos von Gütersteuern und Gütersubventionen.“
(Horvath 2020)

Um verschiedene Arten von Gütern als Maß ökonomischer Aktivität zusammenzurechnen, werden Marktpreise verwendet. Diese spiegeln den Wert der entsprechenden Güter wieder (Mankiw und Taylor 2018: 624). Im BIP ist alles berücksichtigt, was eine Volkswirtschaft herstellt und auf den Märkten legal verkauft. Nicht enthalten ist dabei alles, was illegal hergestellt und verkauft wird, sowie die

Dinge, welche im Privaten produziert und auch konsumiert werden (ebd.: 625).² Damit der Wert der Zwischenprodukte nicht doppelt berechnet wird, werden sie aus dem Preis des Endprodukts herausgerechnet. Neben Waren, den materiellen Gütern, zählen auch immaterielle Güter wie Dienstleistungen mit ins BIP. Zudem wird nur der Wert der Produktion bemessen, der innerhalb der geografischen Grenzen eines bestimmten Landes und innerhalb eines bestimmten Zeitintervalls, meistens einem Jahr oder einem Quartal, liegt (Mankiw und Taylor 2018: 625 ff.). Obwohl es üblich ist das BIP als Wohlstandsmaß eines Landes zu verwenden, wird seine Eignung als Indikator für Wohlstand von Kritiker*innen bemängelt. Bestimmte Faktoren, die zu einem guten Leben beitragen, werden vom BIP nicht erfasst. Dazu gezählt werden können etwa der Genuss von Freizeit, Wohlfahrtsgewinne durch Hausarbeit und Ehrenamt, das Wohlergehen der Bevölkerung durch höhere Umweltqualität oder die Einkommensverteilung in einem Land (ebd.: 637 f.). Zudem scheint ein erhöhter materieller Wohlstand nicht automatisch mit einer Zunahme von individuellem Glücksempfinden einherzugehen:

„So zeigen zahlreiche Umfragen relativ stabile Niveaus des »Glücks« in reichen Ländern. [...] Layard stellt für westliche Gesellschaften fest, dass »Menschen im Durchschnitt nicht glücklicher geworden sind, als sie es vor 50 Jahren waren.«“ (ebd.: 638)

Doch obwohl das BIP als Indikator für ein »gutes Leben« nicht ausreicht, ist durchaus eine Korrelation mit anderen Faktoren für die Lebensqualität in einem Staat zu konstatieren: Die Rangkorrelation zwischen dem Index der menschlichen Entwicklung, welcher neben dem Einkommen auch Lebenserwartung und Bildung erfasst, und dem BIP ist sehr hoch (Layard 2005: 43 ff.). Die Lebenserwartung in Jahren und die Alphabetisierungsrate sind in reichen Ländern deutlich höher als in Ländern mit niedrigem BIP. Zudem fallen in Ländern mit hohem BIP die Säuglings- und Müttersterblichkeitsrate deutlich geringer aus, ebenso steigt der Ernährungszustand von Kindern wie auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser (Mankiw und Taylor 2018: 640 f.). Politische Repräsentant*innen versuchen dementsprechend sinkende Wachstumsraten zu vermeiden, um sozialen Krisen entgegenzusteuern (Adler und Schachtschneider 2017: 9).

Das Dilemma zwischen „Wachstum und ökologische[m] Desaster oder Nicht Wachsen und soziale[n] Krisen“ (Adler und Schachtschneider 2017: 9) ist kein

² Dadurch findet all jene Arbeit im BIP keine Berücksichtigung, welche nicht über die Märkte reguliert wird, wie etwa Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen. Diese Trennung von produktiver und unproduktiver Arbeit ist ein häufiger Kritikpunkt feministischer Theoretiker*innen. Dadurch wird nicht nur ein wichtiges Kriterium gesellschaftlichen Wohlstandes unberücksichtigt gelassen, sondern auch die überwiegend von Frauen* geleistete private Sorgearbeit unsichtbar gemacht (Hausen 1976: 363 ff.).

neues Phänomen. Bereits vor über 150 Jahren behandelt Karl Marx in seinem Werk »Kritik der politischen Ökonomie« diese Problematik, welche er aus einer der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Dynamik heraus erklärt:

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx 1962: 529 f.)

Marx geht somit von einem grundlegenden Widerspruch zwischen lebendiger Arbeit sowie Natur und der Produktionsweise im Kapitalismus aus. Obwohl er sowohl in Technik als auch in der Wissenschaft ein emanzipatorisches Potenzial ausmacht, ist Marx keineswegs ein „Propagandist ungehemmter industrieller Produktivkraftentwicklung und Naturbeherrschung“ (Schmied-Kowarzik 1984: 10). Er weist darauf hin, dass innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise die Ausbeutung der Arbeiter*innen und „die wirkliche Verachtung, die praktische Herabwürdigung der Natur“, vorangetrieben würde (Marx 1981a: 375).

Mit einem Blick auf die heutige Situation der Landwirtschaft lässt sich konstatieren, dass Marx Recht behalten sollte: Die Intensivierung und die Ausbildung von Monokulturen, welche mit der industriellen Landwirtschaft einhergehen, haben fatale ökologische Konsequenzen. Dazu gehören Bodenerosionen, Bodenverdichtungen und -versalzenungen und die Verseuchung des Grundwassers durch Agrarchemikalien – mit schädlichen Konsequenzen für Ökosysteme und biologische Artenvielfalt. Der massive Einsatz von Pflanzenschutzmitteln steht im Zusammenhang mit dem Rückgang von Bienen- und anderen Insektenpopulationen. Dazu kommen weitere ethische Probleme aufgrund von Massentierhaltung und die durch die starke Weltmarktorientierung gefährdete Ernährungssicherheit, insbesondere in Ländern des globalen Südens (McIntyre et al. 2009).

2.2 Die inhärenten Wachstumswänge der kapitalistischen Produktionsweise

Auch wenn Marx die heute immer offensichtlicher werdende Lebenszerstörung durch die industrielle Produktionsweise nicht komplett vorausgesehen hat, ist sie in seinen Werken keineswegs nebensächlich. Schon früh weist er auf die fatalen Konsequenzen von maschineller Produktionsweise und Naturzerstörung im Kapitalismus hin. Etwa wenn er schreibt:

„Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegeb[e]ne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.“ (Marx 1962: 529)

Marx ahnt bereits damals voraus, dass die kapitalistische Produktionsweise zu einer „vorzeitige[n] Überanstrengung und Erschöpfung, durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme [führen werde und] die Zukunft realiter antizipiert und verwüstet werden“ würde (Marx 1976: 303).

Die Erkenntnis, dass die natürlichen Produktionskräfte irgendwann aufgebraucht und zerstört sein könnten, war zu der damaligen Zeit eine ungewöhnliche Idee:

„Die Natur stand kostenlos, wertlos, beliebig und scheinbar unbegrenzt zur Verfügung, jeder konnte zulangen und Natur in beliebiger Qualität und Quantität konsumieren. Die ökonomische Praxis [...] nutzte die Natur und ihren Reichtum und schätzte ohne viel Aufsehen deren kostenlose Leistungen.“ (Immler 1984: 27)

Die Vorstellung der unbegrenzten Naturressourcen wurde von der ökonomischen Theorie begründet, die beinahe die gesamte klassische – und auch marxistische – Theorie prägte. Es handelt sich dabei um die Werttheorie von Ricardo, in welcher er den Tauschwert und die Natur als strikt voneinander getrennt betrachtet. Dabei determiniert er die Natur als etwas der Warenform vorgelagertes, das heißt als konstante Grundbedingung jeglicher Produktion und Wertbildung. Mit diesem Schritt verewigt Ricardo – sowie nach ihm zahlreiche weitere Ökonom*innen – die „Natur als ewige, unerschöpfliche, unzerstörbare und unbegrenzte Bedingung der Ökonomie“ (ebd.).

Für Marx hingegen stellen sowohl die menschliche Arbeitskraft als auch die Natur zwei Urfaktoren des Wertes dar, welche unter dem Primat des Wertes sukzessive vernichtet werden. Er erkennt die Funktion der Natur für die Produktion allen stofflichen Reichtums an. Dabei reguliert die konkrete Arbeit den kreislaufförmigen Stoffwechsel von Menschen und Natur. In diesem nimmt der Mensch „nicht nur einseitig aus der letzteren, sondern gibt der sinnlichen Welt infolge ihrer Aneignung in verschiedenen Formen auch vergegenständlichte Produkte zurück“ (Saito 2016: 113). Diesen Prozess begreift Marx als materielle Existenzbedingung des Verhältnisses von Natur und Menschheit:

„Der Arbeitsprozeß [...] ist zweckmäßige Tätigkeit und Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form des Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gleichsam.“ (Marx 1962: 198)

Es ist somit eine grundlegende und übergeschichtlich gültige Tatsache, dass die Produktion und Reproduktion des Menschen ohne Ausnahme vermittels der be-

ständigen Bearbeitung der äußeren sinnlichen Umwelt stattfinden muss. Der Arbeitsbegriff ist an dieser Stelle auf produktive Arbeit, das heißt auf die Produktion von Gebrauchswerten, beschränkt. Das spezifische Element, welches in der kapitalistischen Produktionsweise hinzukommt, ist die Produktion für den Tauschwert, wobei Arbeit und Natur Voraussetzung für diesen bleiben.

Das Auflösen von Tätigkeiten und Produkten in Tauschwerte setzt historisch bestimmte Entwicklungen voraus: Die Trennung der Arbeiter*in von ihren Produktionsmitteln, den Zerfall fester persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse in der Produktion sowie die gegenseitige Abhängigkeit aller Produzent*innen zueinander (Marx 1962: 743, 1983: 89 f.).³

„Preise sind alt; ebenso der Austausch; aber sowohl die Bestimmung der einen mehr und mehr durch die Produktionskosten wie das Übergreifen des andern über alle Produktionsverhältnisse sind erst vollständig entwickelt und entwickeln sich stets vollständiger in der bürgerlichen Gesellschaft, der Gesellschaft der freien Konkurrenz. [...] Diese wechselseitige Abhängigkeit ausgedrückt in der beständigen Notwendigkeit des Austauschs und in dem Tauschwert als allseitigem Vermittler.“ (Marx 1983: 89)

Marx entlarvt an dieser Stelle das vermeintliche Privatinteresse als ein wesentlich gesellschaftlich bestimmtes Interesse, während in der klassischen Ökonomie »der Mensch als tauschendes Tier« naturalisiert wird. So schreibt Adam Smith, welcher als Begründer der klassischen Nationalökonomie gilt in »Der Wohlstand der Nationen«:

„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil. [...] Wie das Verhandeln, Tauschen und Kaufen das Mittel ist, uns gegenseitig mit fast allen nützlichen Diensten, die wir brauchen, zu versorgen, so gibt die Neigung zum Tausch letztlich auch den Anstoß zur Arbeitsteilung.“ (Smith 1990: 17 f.)

Indem Smith an dieser Stelle dem Menschen eine Art angeborene »Neigung zum Tausch« unterstellt, verkennt er die historische Bedingtheit einer über den

³ Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation lösen sich nicht sämtliche Tätigkeiten und Produkte in Tauschwerte auf. Davon ausgenommen ist etwa die im privaten verrichtete Haus- und Pflegearbeit. Unbezahlt geleistete Reproduktionsarbeiten sind konstitutives Element zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise.

Tauschwert vermittelten Gesellschaft, welche eine allseitige und wechselseitige Abhängigkeit von einander gleichgültigen Individuen manifestiert.

Die Transformation zur Produktion für den Tauschwert geht mit realen, drastischen Konsequenzen für die stoffliche Welt einher. Der Arbeitsprozess, also der ewige Stoffwechsel zwischen Menschheit und Natur, wird im Kapitalismus nach der Logik seiner Verwertbarkeit bestimmt. Der abstrakten Arbeit kommt im kapitalistischen Produktionsprozess eine spezifische ökonomische Funktion zu, „nämlich die Quelle des kapitalistischen Reichtums *per excellence* zu sein“ (Saito 2016: 139). In der kapitalistischen Produktionsweise dient die Arbeit nicht mehr primär der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern lediglich als Mittel der endlosen Verwertung des Kapitals. Dieser Akkumulationsdrang des Kapitals ist schrankenlos und führt konsequent zu einem Auspressen von menschlicher Arbeitskraft und Naturressourcen:

„Da dem Kapital sowohl die Arbeitskraft als auch die Natur nur als »Träger« des Werts wichtig erscheinen, vernachlässigt es die mannigfaltigen Aspekte dieser beiden fundamentalen stofflichen Urfaktoren des Arbeitsprozesses.“ (ebd.)

Dieser maßlose, blinde Trieb nach Kapitalverwertung führt zu einem unersättlichen Drang nach Mehrarbeit, welche unabhängig von konkreten Bedürfnissen verausgabt wird und somit sukzessive zu einer Vernichtung menschlicher Lebenszeit führt (ebd.). Marx erläutert diesen Prozess im Kapital ausführlich im Kapitel »der Arbeitstag«. Dessen Minimalgrenze ist bestimmt durch die zur Reproduktion der Arbeiter*in selbst notwendige Arbeitszeit. Er ist keine konstante Größe, sondern variiert durch die Länge der Mehrarbeit. Trotz seiner fließenden Größe kann der Arbeitstag nur bis zu einer bestimmten Grenze verlängert werden. Diese besteht einerseits in einer physischen Schranke, welche durch die körperliche Grenze der Arbeiter*in markiert wird und zum anderen in einer moralischen Schranke, da die Arbeiter*in Zeit braucht, um ihre geistigen und sozialen Bedürfnisse zu befriedigen (Marx 1962: 246f.). Beide Schranken sind dabei von einer elastischen Natur, wobei die einzelne Kapitalist*in, welche sich auf das Gesetz des Warenaustausches beruft, ein Interesse daran hat, die Dauer des Arbeitstages so weit wie irgend möglich zu verlängern, um den größtmöglichen Nutzen aus der gekauften Arbeitskraft zu ziehen. Dieses Verhalten, welches blind gegenüber der Gesundheit oder der Lebensdauer von Menschen ist, resultiert nicht etwa aus Gier oder einer moralischen Gleichgültigkeit der einzelnen Kapitalist*in gegenüber der Arbeiter*in, sondern entspringt den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung und der daraus resultierenden Konkurrenz zwischen den Kapitalist*innen:

„Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen.“ (Marx 1962: 247)

Durch die kapitalistische Produktionsweise, welche den natürlichen und gesellschaftlichen Prozess anhand der Logik der Selbstverwertung des Kapitals organisiert, kommt es nicht nur notwendigerweise zu tiefen Störungen des Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur auf Seiten des Menschen. Ähnlich verhält es sich auf Seiten der Natur, welche, obwohl sie die »Mutter« allen stofflichen Reichtums darstellt, im Kapitalismus zum bloßen Mittel zur Kapitalverwertung dient:

„Während die kapitalistische Produktionsweise ein ganz besonderes Verhalten des Menschen zur Natur auf der gesellschaftlichen und weltweiten Ebene zugunsten der unendlichen Akkumulation des Kapitals strukturiert, sind die Naturressourcen hingegen zwar elastisch, aber immer in vielerlei Hinsicht begrenzt, weshalb eine Öko-Krise in unterschiedlichen Sphären entsteht.“ (Saito 2016: 139)

2.3 Grenzen der Regulierung

Die konsequente Wachstumsorientierung bringt zunehmende Probleme für Mensch und Umwelt mit sich: Technische Lösungen sind nicht in der Lage, die Übernutzung von natürlichen Ressourcen ausreichend einzudämmen. Ein Grund dafür sind sogenannte Rebound-Effekte, welche Golde wie folgt definiert:

„Der Rebound-Effekt beschreibt die Differenz zwischen der theoretisch zu erwartenden Einsparung durch eine Effizienzmaßnahme und der tatsächlich erreichten Einsparung. Üblicherweise wird der Rebound-Effekt als prozentuale Abweichung des tatsächlichen vom erwarteten Einspareffekt angegeben.“ (Golde 2016: 4)

Im Falle eines »direkten Rebound-Effekts« wird eine Dienstleistung oder ein Gut nach einer Steigerung seiner Effizienz intensiver oder häufiger konsumiert. Dadurch werden mögliche Energie- und Rohstoffeinsparungen nicht verwirklicht. Ein Beispiel sind etwa effizientere Verbrennungsmotoren, welche die Voraussetzung für eine sparsamere Bauweise bilden. Ein direkter Rebound-Effekt würde etwa dann zu Tage treten, wenn die Autos häufiger gefahren oder die Motoren der Fahrzeuge leistungstärker werden (ebd.). Bei dem »indirekten Rebound-Effekt« kommt es durch Kosteneinsparungen durch Effizienzsteigerungen dazu, dass sich der Konsum auf andere Bereiche verlagert und dadurch die Energieeinsparungen einer Person nicht verwirklicht werden. Ein Beispiel dafür wäre etwa, dass eine

Person durch ein effizienteres Auto Kosten beim Treibstoff spart und dieses Geld in eine Flugreise investiert (ebd.: 4f.). Der »gesamtwirtschaftliche Rebound-Effekt« beschreibt folgendes Phänomen:

„Die Kostenersparnisse durch Effizienzsteigerung führen über mehrstufige Wirkungsketten zu einer Mehrnachfrage nach Energie oder energieverbrauchenden Gütern, so dass auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Energieeinsparungen geringer ausfallen als berechnet.“
(ebd.: 5)

Ein Beispiel dafür ist eine Kostenreduktion durch effizientere Autos, welche die Attraktivität dieses Verkehrsmittels erhöhen. Dadurch können sich mehr Personen Autos leisten und der öffentliche Verkehr wird weniger genutzt. Auch die Anreize für ein Haus im ländlichen Raum können durch niedrigere Fahrtkosten erhöht werden und durch größere Wohnfläche und längere Fahrtwege der Energieverbrauch steigen (ebd.) Methodisch ist die Abgrenzung von anderen Wachstumseffekten zu Rebound-Effekten schwierig, da auch andere Treiber, wie etwa Einkommensanstiege oder technische Fortschritte, das Wachstum des Energie- und Rohstoffverbrauchs bedingen. Die Kombination von verschiedenen Effekten kann sogar ein sogenanntes »Backfire« auslösen: „Darunter versteht man einen Rebound-Effekt von mehr als 100 Prozent, das heißt, dass nach Einführung einer Effizienzmaßnahme mehr Energie als vorher verbraucht wird“⁴ (ebd.: 6).

Heute ist der Rebound-Effekt nur einer von multikausalen Gründen, warum Nachhaltigkeitsstrategien scheitern. Fest steht: Die Entkopplung von Umweltverbrauch und Wirtschaftswachstum gelingt nicht in dem Maße, gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa dem Klimawandel entsprechend zu begegnen. Fokussierung auf Wirtschaftswachstum verhindert effektive, ökologische Fortschritte in der Produktion und Konsumtion. Die politischen Repräsentant*innen

⁴ Die Beobachtung, welche als »Jevons-Paradoxon« bekannt geworden ist und besagt, dass ein technologischer Fortschritt, welcher eine effizientere Nutzung eines Rohstoffs ermöglicht, zu einer höheren Nutzung von diesem Rohstoff führt, macht bereits William Stanley Jevons in seinem Buch »The Coal Question« im Jahr 1865. Er stellt fest, dass die Einführung der kohlebefeuernden Dampfmaschine zu einem erhöhten Kohleverbrauch führt, obwohl sie deutlich effizienter ist, als ihr Vorgängermodell. Die Nachfrage nach Kohle steigt deutlich an und die Verbreitung der Dampfmaschine in Industrie und Verkehr nimmt drastisch zu. Jevons selbst bringt das Paradoxon treffend auf den Punkt: „*It is wholly a confusion of ideas to suppose that the economical use of fuel is equivalent to a diminished consumption. The very contrary is the truth.*“ (Polimeni 2009: 9) Die Einführung der effizienteren Dampfmaschine fällt im damaligen England zeitlich mit dem Beginn des Kohlezeitalters zusammen. Die Einführung der neuen Technik führt zu einer Entwicklung neuer Produkte und Bedürfnisse. Gleichzeitig kommt es damals zu einem Anstieg der Investitionen, der breiten Nutzung von Elektrizität, einem Anstieg der Einkommen, erhöhter Güternachfrage und einem gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsschub in Verbindung mit einem gesteigerten Verbrauch von Kohle: „Die Ursachen dafür sind vielfältig – die effizientere Dampfmaschine ist nur eine davon. Daher kann der steigende Kohleverbrauch nicht allein auf den Effizienzgewinn der Dampfmaschine zurückgeführt werden“ (Golde 2016: 9).

stehen vor folgendem Dilemma: „Ökonomisch wachsen mit ökologischem Desaster oder Nicht-Wachsen mit Gefahren für Soziales, liberale Kultur und Demokratie“ (Adler und Schachtschneider 2017: 9). Während ein rückläufiges oder ausbleibendes Wachstum zu tiefen sozialen und ökonomischen Krisen führen würde, stößt das Kurshalten auf dem Wachstumspfad zunehmend auf soziale und planetare Grenzen (Schmelzer 2015: 116). Schon heute führt der gesellschaftlich gemachte Klimawandel zu dramatischen Konsequenzen für Milliarden von Menschen. Nach Schätzungen der »Weltgesundheitsorganisation« (WHO) sterben jährlich 150.000 Menschen an den brutalen Konsequenzen der globalen Erwärmung. Die meisten von ihnen kommen aus dem globalen Süden. Die Menschheit befindet sich bereits in einem langwierigen Prozess, in welchem sich die Lebensverhältnisse der Menschen drastisch verschlechtern (Bierl 2016).

Inzwischen ist zumindest dieses Wissen um die Endlichkeit natürlicher Ressourcen und die Gefahren der menschengemachten Klimakrise, bis auf wenige nicht ernstzunehmende Ausnahmen, wissenschaftlich unbestritten. Dass die stoffliche Zunahme von Gütern an planetare Grenzen stößt, rückt allmählich ins gesellschaftliche Bewusstsein (Cook et al. 2013). Der unerschütterliche Glaube an die Notwendigkeit von unbegrenztem Wirtschaftswachstum ist dabei deutlich weniger in Mitleidenschaft gezogen. Wirtschaftswachstum bleibt das Ziel von Staatspolitik, wird von Ökonom*innen und anderen Autor*innen propagiert, obwohl die Kritik an der Wachstumsorientierung deutlich breiter diskutiert wird als noch vor einigen Jahrzehnten (Piketty 2015: 105 ff.). Noch in den 1950er-Jahren gilt unbegrenztes Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Industriestaaten als Wohlstandsgarant:

„In der Nachkriegsära avancierte Wachstum zum Zauberwort, zum Versprechen eines höheren Lebensstandards und Komforts durch immer mehr und neue Produkte. »Wachstum ist eine steigende Flut, die alle Boote hebt«, lautete die Botschaft in der Zeit der Wirtschaftswunder.“ (Bierl 2015: 345)

In der Zeit von 1945 und 1975 realisieren sich Wachstumsraten zwischen fünf und zehn Prozent, was die Sinnhaftigkeit einer kapitalistischen Produktionsweise unterstreiche und in Zeiten der Systemkonkurrenz als Argument gegen die Notwendigkeit einer sozialistischen Transformation nutzbar gemacht werden konnte (ebd.).

Erst Ende der 1960er-Jahre gerät die Gesellschaft in eine Krise, die als »Krise des Fordismus« begriffen werden kann. In den damals vorherrschenden Analysen und Krisenbewältigungsstrategien spielen weder soziale Aspekte noch ökologische Grenzen eine nennenswerte Rolle. Stattdessen setzten sich zu der Zeit ökonomische und politische Strategien durch, welche für die lohnabhängig Beschäftigten

massive materielle Einbußen sowie Einschnitte in ihrer Organisationsstärke mit sich bringen und mit einer Umverteilung von Unten nach Oben als auch dem Abbau des Sozialstaates einhergehen (Röttger 1994: 2147 ff.). Gleichzeitig formiert sich eine ökologisch und sozial begründete Kritik am damaligen Status quo:

„Vordenker einer neuen Umweltbewegung verwiesen auf ökologische Grenzen des Wachstums. Sie kritisierten insbesondere die Nutzung der Atomenergie, Giftstoffe wie DDT sowie den Massenkonsum in einer »Wegwerfgesellschaft«.“ (Bierl 2015: 345)

Mit dem Bröckeln des Glücksversprechens, nach dem unbegrenztes Wirtschaftswachstum allen Menschen ein besseres Leben ermöglichen würde, entsteht der historische Nährboden für eine Debatte, die zukünftige Ökologiediskussionen und Umweltbewegungen maßgeblich prägen wird. Eine Debatte über »die Grenzen des Wachstums«.

3 Entwicklung der Wachstumskritik

Folgend werden die historischen Entwicklungen der aktuellen »Postwachstumsbewegung« und ihrer Vorläufer nachvollzogen. Es soll herausgestellt werden, welche Wandlungen, unterschiedlichen Strömungen, aber auch Kontinuitäten die Wachstumskritik im Laufe der Zeit durchlebt hat (3.1 Die Anfänge der Wachstumskritik – Vom »Club of Rome« zum »Green New Deal«). Es folgt die Vorstellung der aktuellen wachstumskritischen Strömungen. Dafür werden die verschiedenen theoretischen Ansätze dieser, wie gezeigt wird, überaus heterogenen Debatte, dargestellt. Im Hinblick auf die forschungsleitende Fragestellung werden in diesem Abschnitt zudem mögliche Anknüpfungspunkte einer rechten Wachstumskritik innerhalb der sogenannten »Postwachstumsbewegung« angeschnitten, wobei auch der Umgang mit dieser Problematik durch diese selbst thematisiert wird (3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung«).

3.1 Die Anfänge der Wachstumskritik – Vom »Club of Rome« zum »Green New Deal«

Als Geburtsstunde der Wachstumskritik wird innerhalb der Postwachstums-Debatte meist das Jahr 1972 genannt, in dem der »Club of Rome« einen Bericht unter dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« veröffentlicht hat (Muraca 2014: 25; Schmelzer 2015: 116). Diese Publikation richtet sich an die damalige Politik und Öffentlichkeit mit einer dringenden Warnung vor den drohenden Wachstumsgrenzen der Erde:

„Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“ (Meadows et al. 1973: 17)

Würde nicht schnell gehandelt werden, um einen „kontrollierten Übergang vom Wachstum zu einem weltweiten Gleichgewicht“ anzustreben, würden sich „die Gefahren des Zusammenbruchs“ unaufhaltsam vergrößern (ebd.: 164). Der »Club of Rome«, welcher sich 1968 in Rom gegründet hat, versteht sich als informeller Zusammenschluss verschiedener Wissenschaftler*innen aus Staaten, die über die ganze Welt verteilt liegen. Sie verbindet das gemeinsame Ziel „die Ursachen und inneren Zusammenhänge der sich immer stärker abzeichnenden kritischen Menschheitsprobleme zu ergründen“ (ebd.: 9). Ihre Argumente stützen sich vornehmlich auf mathematische Modelle und Simulationen. Gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, wie das derzeitige Wirtschaftssystem, sind hingegen

nicht Objekt der Analyse.⁵ Folglich stehen auch weniger Forderungen nach grundlegenden gesellschaftlichen Transformationen als vielmehr Appelle an die Regierungen für Maßnahmen der freiwilligen Selbstregulierung im Vordergrund. Die Produktion in den Industrienationen soll ihr Wachstum verlangsamen, während die Entwicklungsländer in der Entwicklung ihrer Wirtschaft unterstützt werden sollen (Bierl 2015: 326).

Als eines der größten gesellschaftlichen Probleme stellt sich für den »Club of Rome« der sogenannte „Bevölkerungsdruck auf der Erde“ dar, dem sie als eine der wichtigsten Maßnahmen eine effektive Bevölkerungspolitik entgegenstellen:

„Bei dem gegebenen und sich stets verringernden Vorrat an sich nicht erneuernden Rohstoffen und der begrenzten Fläche unseres Erdballs steht man zwangsweise vor der Erkenntnis, daß eine stets wachsende Zahl von Menschen schließlich zu niedrigerem Lebensstandard und damit zu einem ganzen Bündel neuer Probleme führen muß. Andererseits aber werden durch eine langsame Abschwächung des Bevölkerungswachstums keine grundlegenden menschlichen Werte gefährdet.“ (Meadows et al. 1973: 171)

Während sich gegen die grundlegende These des Berichts, nämlich dass ein endlicher Planet kein unendliches Wirtschaftswachstum vertragen kann, nichts einwenden lässt, ist das Herausstellen eines »Bevölkerungswachstums als Gefahr« durchaus problematischer zu bewerten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bericht des »Club of Rome« sehr großen Einfluss auf die Ökologiedebatte und Umweltbewegungen nimmt (Bierl 2015: 345 f.).

Die Überzeugung, dass eine steigende Bevölkerungsentwicklung langfristig zu Ernährungsproblemen führen würde, welche wiederum den Ausbruch von Krankheiten und Kriegen zur Folge hätten, formuliert bereits 1798 der Ökonom Robert Malthus. Eine ideologische Grundlage, welche im Nationalsozialismus als Argumentation für die faschistische »Lebensraumpolitik« und ihren Vernichtungskrieg im Osten diente. Nach dem Zweiten Weltkrieg bleiben die Sorgen einer angeblichen Überbevölkerung gesellschaftlich präsent (Passeick 2018: 9). 1968 veröffentlicht der amerikanische Biologe Paul Ehrlich den Bestseller »Bevölkerungs-

⁵ Bierl kritisiert die Vorstellung, Bevölkerungswachstum als Hauptursache von Armut und ökologischen Zerstörungen zu benennen, und kritisiert die Ausblendung von Herrschafts- und Machtmechanismen: „Hunger wird nicht analysiert unter dem Aspekt, wer besitzt Grund und Boden oder wer verfügt über welches Einkommen, sondern als das Ergebnis einer simplen mathematischen Beziehung von Kopfzahl zu bebaubarem Land. Dem Unternehmer-Club stellt sich nicht die Frage, was Hunger beispielsweise damit zu tun hat, dass Konzerne Blumen in Kenia oder Erdbeeren im Sahel für den Export anbauen lassen oder Todesschwadronen Bauern und Bäuerinnen von ihrem Land verjagen“ (Bierl 2014: 32).

bombe«, dessen Hauptthese in der Behauptung besteht, ein ungebremses Anwachsen der Bevölkerung – insbesondere in Ländern des globalen Südens – führe zu schweren Hungersnöten und einer Zerstörung der Natur (Ehrlich 1971).

In Deutschland veröffentlicht der Medizinnobelpreisträger Konrad Lorenz ein Buch mit dem Titel »Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit«. Darin wird die Überbevölkerung als größte Ursache für die Probleme der Menschheit herangezogen. Lorenz spart dabei nicht an biologistischen und rassistischen Denkmustern und lässt in seinen Formulierungen keinen Zweifel daran, welche Menschen seiner Ansicht nach »zu viel« sind.⁶ Rückendeckung erfährt Lorenz nicht zuletzt durch eine der wichtigsten Personen der Umweltbewegung der 70er-Jahre: Dem CDU-Politiker, späteren Mitbegründer der Partei »Die Grünen« und zeitweise Vorsitzenden des »Bund für Umweltschutz und Naturschutz Deutschland« (BUND) Herbert Gruhl. In seinem viel beachteten Bestseller »Ein Planet wird geplündert« verwendet Gruhl großzügig naturalisierende und entmenschlichende Bezeichnungen wie »Bevölkerungsexplosion« oder »Menschenlawinen« und zeichnet das düstere Szenario einer nicht abwendbaren ökologischen Katastrophe, sollten sich die Geburtenraten nicht stark reduzieren.⁷ Ihm zufolge „wäre eine wirksame Entlastung der Erde nur dann zu erzielen, wenn die Zahl der Menschen vermindert würde“ (Gruhl 1975: 168). Dabei unterscheidet er zwischen sich stabilisierenden Geburtenraten in Industrienationen und dramatisch ansteigenden Geburtenraten im globalen Süden. Letzteres bemüht Gruhl als Argument für eine Politik der Geburtenkontrolle im Trikont:

„So ist eine Übereinstimmung zwischen allen Industriestaaten zu verzeichnen; denn in keinem liegt die Geburtenziffer heute jährlich über 25 pro Tausend Einwohner. [...] Um aber in dieses Stadium zu kommen, waren über 100 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung bis zu einer unwahrscheinlichen Höhe nötig gewesen. Somit ist dieser Weg der

⁶ „Das verderbliche Wachstum bösartiger Tumoren beruht, wie schon angedeutet, darauf, daß gewisse Abwehrmaßnahmen versagen oder von den Tumorzellen unwirksam gemacht werden, mittels deren der Körper sich sonst gegen das Auftreten ‚asozialer‘ Zellen schützt. Nur wenn diese vom umgebenden Gewebe als seinesgleichen behandelt und ernährt werden, kann es zu dem tödlichen infiltrativen Wachstum der Geschwulst kommen. Die schon besprochene Analogie lässt sich hier weiterführen. Ein Mensch, der durch das Ausbleiben der Reifung sozialer Verhaltensnormen in einem infantilen Zustand verbleibt, wird notwendigerweise zum Parasiten der Gesellschaft. [...] Wenn die fortschreitende Infantilisierung und wachsende Jugend-Kriminalität des Zivilisationsmenschen tatsächlich, wie ich befürchte, auf genetischen Verfallserscheinungen beruht, so sind wir in schwerster Gefahr.“ (Lorenz 1973: 64)

⁷ Gruhls Bestseller erfreut sich immer noch steter Beliebtheit. 2010 rühmt Angela Merkel den damaligen Hamburger Bürgermeister Ole von Beust für seine Verdienste als Präsidiumsmitglied und Umweltbeauftragter der CDU und schenkt ihm eine Ausgabe von »Ein Planet wird geplündert« (Hamburger Abendblatt 2010).

freiwilligen Geburtenbeschränkung (Transition) für die übrige Welt nicht gangbar.“ (ebd.: 173)

Gruhl argumentiert mit seiner expliziten Forderung einer Geburtenkontrolle für Menschen im globalen Süden aktiv gegen das in den Allgemeinen Menschenrechten verankerte Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Familienplanung (ebd.: 179). Des Weiteren argumentiert er gegen eine Einwanderungspolitik und entlarvt in folgendem Zitat seine völkische Annahme eines angeblich »homogenen Volkskörpers«:

„Einige europäische Völker, die in der glücklichen Lage sind, daß sich ihre Bevölkerung stabilisiert, haben einen Weg von sagenhafter Dummheit gefunden, diesen Vorteil wieder aus der Hand zu geben: Sie betrachten sich als Einwanderungsländer für den gesamten Erdball. Was Wunder, wenn die kommunistischen Staaten die Bevölkerungsvermehrung auch der vierten Welt fordern, solange es solche phantastischen Möglichkeiten gibt. Denn die fremden Volksgruppen werden der beste Nährboden für Bewegungen sein, um die soziale Ordnung der Aufnahmeländer von innen her zu zerstören.“ (Gruhl 1975: 185)

Diese, in den oben ausgeführten Beispielen dargelegte, diskursive Kopplung von Bevölkerungspolitik und Umweltschutz etabliert sich zu Beginn der 70er-Jahre in breiten Teilen der Umweltbewegung und weit über diese hinaus. Legitimität und Verbreitung erfährt diese Kombination nicht zuletzt durch den »Club of Rome«, welcher in seinem populären Bericht die Überbevölkerung als zentrales Problem der Menschheit benennt (Geden 1996: 72). Diese Vorstellung wird auch heute noch vom »Club of Rome« öffentlich vertreten (Bierl 2014: 32).

In den 70er-Jahren veröffentlicht der Ökonom Ernst Friedrich Schumacher ein Buch unter dem Titel »Small is beautiful« (Schumacher 2001), der zukünftig als Slogan gegen eine auf Wachstum und Technikfortschritt ausgelegte Gesellschaft fungieren wird. Auch die Veröffentlichung »Tools for Conviviality« von Ivan Illich (Illich 1973), in der die Umweltzerstörung und Entfremdung des Menschen durch eine industrielle Produktionsweise kritisiert und dieser der Begriff der »Konvivialität« gegenübergestellt wird, prägt die verbreitete Technik- und Fortschrittsskepsis der Wachstumskritiker*innen dieser Zeit (Bierl 2014: 346).

1972 formiert sich aus der Kritik am technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum der Widerstand gegen die Atomkraft, welcher in einer bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung zahlreicher lokaler Bürger*inneninitiativen mündet. Die politische Linke, die bis dahin den Themen Natur- und Umweltschutz aus einer marxistisch-fortschrittsoptimistischen Position heraus kritisch gegenübersteht, wendet sich nun vermehrt der Umweltbewegung zu. Dadurch gewinnt die junge Bewegung an Radikalität, neue Organisations- und Aktionsformen entstehen und

der Themenkomplex Ökologie gewinnt an emanzipatorischen Inhalten. Gleichzeitig gewinnen konservative und rechtsextreme Natur- und Umweltschutzgruppen an Zulauf (Geden 1996: 28 f.).

Aus dieser Gemengelage heraus gründet sich das Querfrontprojekt die Partei »Die Grünen«, welche sich in ihrem ersten Grundsatzprogramm gegen die Wegwerfgesellschaft ausspricht und eine Überbetonung des materiellen Lebensstandards anprangert. Sie kritisiert darin eine Politik der Produktionssteigerung als eindimensional und betont vor dem Hintergrund, dass ein endlicher Planet kein unendliches Wachstum zulässt, die Notwendigkeit einer ökologischen Politik (Bierl 2015: 347). Zu Beginn des Gründungsprozesses der Partei »Die Grünen«, die sich aus verschiedensten regionalen Parteien und Wählervereinigungen zusammensetzt, sind die rechten Gruppierungen zunächst in der Mehrheit. Zu ihnen gehören etwa die »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD) oder die von Herbert Gruhl initiierte »Grüne Aktion Zukunft« (GAZ) (Geden 1996: 29). 1980 gelingt es den linken Kräften, gewerkschaftliche Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Rechte für Homosexuelle und die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 ins Parteiprogramm aufzunehmen. Daraufhin verlässt ein großer Teil der reaktionären Kräfte unter Führung von Herbert Gruhl und Baldur Springmann »Die Grünen« und gründet die »Ökologisch-Demokratische Partei« (ÖDP). Mit der Parteigründung sind Forderungen nach Zwangsarbeit für arme Menschen, Auslands-Militäreinsätze, Aufrüstung der Polizei, gegen Abtreibung und für eine Stärkung konventioneller Familienmodelle einhergegangen (Bierl 2014: 55). Bis weit in die 80er-Jahre hinein versuchen die verbleibenden rechten Kräfte „den Grünen und der Friedensbewegung die »nationale Frage« als entscheidenden Schlüssel zu Umweltschutz und Frieden nahezubringen“ (Geden 1996: 29). Obwohl diese Strategie punktuell erfolgreich ist, setzten sich letztendlich die linken Kräfte durch. Die Partei nimmt zunächst einen linksemanzipatorischen Kurs auf, welcher das zukünftige öffentliche Bild der Umweltbewegung als vornehmlich »linkes Projekt« prägen sollte:

„Aufgrund des Bildes, das die Umweltbewegung und vor allem ihr damaliger parlamentarischer Arm der Öffentlichkeit boten, galt Umweltschutz spätestens seit Anfang der 80er Jahre gemeinhin als linkes Themenfeld, als Ausdruck einer fundamentalen Systemopposition, als Teil einer Grundhaltung, die meist auch pazifistisch, internationalistisch, feministisch, antikapitalistisch und antirassistisch geprägt war. Ökologie mit reaktionären Inhalten zu füllen wurde trotz ihrer geschichtlichen Entwicklung zu einer kaum noch nachvollziehbaren Vorstellung.“ (Geden 1996: 30)

In den 1990er-Jahren verliert die Partei »Die Grünen« ihre systemoppositionellen Züge und gibt dabei ihren wachstumskritischen Ansatz – zumindest in seiner ursprünglichen Form – auf. Es wird vermehrt auf staatliche Eingriffe, Effizienzsteigerungen durch technische Innovationen und freiwillige internationale Vereinbarungen gesetzt. Vertreter dieser Strategie sind etwa Joschka Fischer und Fritz Kuhn. Sie wollen Umweltverschmutzung verhindern, indem Marktmechanismen genutzt werden: staatliche Inwertsetzung der Natur durch Emissionshandel und einen ökologischen Umbau der Industrie durch eine Förderung der Umweltbranche. Eine politische Linie die insgesamt auf eine »Begrünung des Kapitalismus« hinausläuft:

„Eine Marktwirtschaft mit Konkurrenz und Lohnarbeit, Gewinn und Akkumulation von Mehrwert, aber bei gleichbleibenden, besser noch sinkendem Verbrauch von Rohstoffen und Energie, das war die neue grüne Utopie. Es sollte zwar ökonomisches Wachstum geben, aber qualitativ und nachhaltig, entkoppelt von Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung.“ (Bierl 2015: 347)

Diese politische Linie wird von den meisten großen Umweltverbänden mitgetragen. Zeitgleich kommt es in Deutschland zu einer Verschiebung des bürgerlichen Konsenses nach rechts. In diesem Prozess wird rechtsextremes Denken wieder salonfähig. »Die Grünen« sind inzwischen im bürgerlichen politischen Lager etabliert und provozieren nicht länger mit systemtransformierenden Forderungen. Stattdessen setzen sie auf die Strategie, Umweltschutz und Kapitalismus als »ökologisch-soziale« Marktwirtschaft miteinander zu versöhnen (Geden 1996: 30). Es gibt jedoch auch scharfe Kritik am neuen marktkonformen Kurs der Grünen, nicht zuletzt aus den eigenen Reihen. Gründungsmitglieder und Ökosozialist*innen wie Jutta Ditfurth, Thomas Ebermann und Rainer Trampert kritisieren die Partei scharf und unermüdlich für die Position, Umweltschutz und kapitalistisches Wirtschaftswachstum seien langfristig miteinander zu vereinbaren (Ditfurth 2011; Ebermann und Trampert 1989).

Ende der 1990er stellt sich zunehmend heraus, dass sie Recht behalten sollten und die Idee eines »Green New Deals« auch auf internationaler Ebene scheitert:

„Die Hoffnung, durch internationale Abkommen würden die Staaten den Klimawandel stoppen, entpuppte sich als Illusion. Weder die auf dem Erdgipfel von Rio 1992 verabschiedete Agenda 21 noch diverse andere Vereinbarungen konnten die fortschreitenden ökologischen Zerstörungen aufhalten.“ (Bierl 2015: 348)

Das auf diesen Konferenzen formulierte Ziel einer sogenannten »nachhaltigen Entwicklung« setzt – statt auf eine fundamentale Infragestellung der wachstumsorientierten Wirtschaftsweise – auf einen pragmatischen Kompromiss zwischen

den Anforderungen des Umweltschutzes und einem gleichzeitigen Festhalten an der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum:

„Der Brundtland-Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) »Our Common Future« formuliert im Jahr 1987 schließlich das Ziel einer »nachhaltigen Entwicklung«, das die Abschlusserklärung des internationalen Rio-Gipfels 1992 übernimmt und weltweit bekannt macht: Nachhaltig ist demnach eine Entwicklung, wenn sie den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, wiederum ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren bevorzugten Lebensstil zu wählen.“ (Muraca 2014: 27)

Der Theoretiker Georgescu-Roegen (Georgescu-Roegen und Bonaiuti 2011) beschreibt den Terminus »nachhaltige Entwicklung« als einen sprachlichen Geniestreich, da dieser alles zusammenhält, ohne den wesentlichen Aspekt des Problems ins Visier zu nehmen. Er plädiert für eine gut durchdachte Schrumpfung in den Industrieländern anstelle einer nachhaltigen Entwicklung. Bei letzterer stehe weiterhin Effizienzsteigerung und eine wachstumsbasierte Wirtschaftsweise im Mittelpunkt, während »Décroissance« wieder die Förderung eines guten Lebens zum Ziel habe. Zwar setzt auch er auf ressourcen- und energieschonende, effiziente Innovationen, jedoch seien diese nur fruchtbar, wenn sie von einem grundlegenden Wandel des gesellschaftlichen Selbstverständnisses begleitet werden. Ansonsten würden erzielte Effizienzeffekte zum Wirtschaftswachstum beitragen, anstatt zu einer Reduktion von Ressourcen-, Energie- und Arbeitszeitverbrauch. Georgescu-Roegen geht davon aus, dass die Idee einer Versöhnung von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum durch umweltfreundliche Technologien notwendigerweise scheitern müsste (Muraca 2014: 27).

Vereint in der Kritik gegen die Vorstellung, durch umweltfreundliche Technologien könnten »grüne« Produktion und »grüner« Konsum vom Umweltverbrauch entkoppelt und begrenzt werden“, sowie dem Versuch, konkrete Utopien als Alternativen zum Wachstumsdiktat zu entwerfen und diese mit widerständigen Praktiken zu verbinden, formiert sich eine neue Welle der Wachstumskritik: Die sogenannte »Postwachstums-Bewegung« (Schmelzer 2015: 116). Die Entwicklung dieses wachstumskritischen Spektrums wird im folgenden Abschnitt genauer vorgestellt.

3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung«

Anfang der 2000er-Jahre entsteht aus dem Umfeld der ökologischen und globalisierungskritischen Bewegung eine neue Form der Wachstumskritik, welche das Versagen von Umweltverbänden, grünen Parteien und staatlicher Umweltpolitik

reflektiert (Bierl 2015: 348). Im Frühjahr 2002 findet in Paris das Unesco-Kolloquium »Défaire le développement. Refaire le monde« statt. Auf diesem wird das westliche Entwicklungsmodell für seine Zerstörung lokaler Armutsbewältigungsstrategien und autonomer Wirtschaftsstrukturen kritisiert und der Vorwurf der systematischen Erzeugung von materieller, sozialer und kultureller Not erhoben. Der französische Ökonom Serge Latouche, bekanntester Vertreter der französischen Wachstumskritik, wird diesen Kongress später als die Geburtsstunde der neuen »wachstumskritischen Bewegung« bezeichnen. Latouche zufolge kann die Idee des »Décroissance« weit über die reichen Industrienationen hinaus ihre Wirkung entfalten, er sieht in ihr die Chance für die Länder des globalen Südens, sich aus dem bisherigen Entwicklungsmodell zu befreien (Muraca 2014: 28). 2008 findet unter dem Titel »Economic Degrowth for Ecological Sustainability and Social Equity« die erste internationale Décroissance-Konferenz in Paris mit mehr als 140 Teilnehmer*innen statt. Diese Konferenzen finden seit 2008 alle zwei Jahre statt, so zum Beispiel 2014 in Leipzig mit mehr als 3000 Teilnehmer*innen.

Dabei ist »Postwachstum« alles andere als eine homogene Bewegung, eher ein Kampfbegriff als ein klar definiertes politisches Konzept. Im deutschsprachigen Raum entwickelt sich unter dem Stichwort »Postwachstum« ein vielgestaltiges Feld der sozialökologischen Transformation. Gemeinsam ist den verschiedenen Ansätzen, dass sie den Glauben an eine Lösung der ökologischen Krise durch technologische Entwicklung ablehnen. Die Möglichkeit einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch durch eine »grüne Technologie« und »grünem Konsum« bei fortwährendem Wachstumszwang wird deshalb grundsätzlich in Frage gestellt (Schmelzer 2015: 116). Die gemeinsame Ausgangsthese besagt, dass nur begrenztes Wirtschaftswachstum möglich ist, bevor es an materielle Grenzen stößt. Diese bestehen etwa in natürlichen Ressourcen und der Menge an Schadstoffen, welche die Biosphäre verkraften kann. In diesem Zusammenhang wird von einem »Peak Oil« und später von einem »Peak Everything« ausgegangen, welches die Annahme beschreibt, das Fördermaximum von Rohstoffen, speziell von Erdöl, wäre bald überschritten.

Die Folgen dieser Entwicklung werden in massiven Preissteigerungen und einer Verschärfung von Rohstoffkonflikten gesehen sowie in einem Verschwinden der stofflichen Grundlagen unserer aktuellen Wirtschaftsweise, verbunden mit der Gefahr eines Zusammenbruchs der Zivilisation. Dass es zu einer Postwachstumsökonomie kommen wird, so die Vertreter*innen, sei unumgänglich, es stelle sich lediglich die Frage: »by design or by disaster«. Das heißt entweder komme es durch die Endlichkeit der Ressourcen oder Katastrophenszenarien zu einem erzwungenen Prozess der Schrumpfung oder der Wandel wird freiwillig eingeleitet,

begleitet von der Chance auf ein erfüllteres Leben. Für diesen Prozess des bewussten Gegensteuerns bleiben jedoch höchstens noch einige Jahrzehnte, so die Wachstumskritiker*innen (Bierl 2015: 349).

3.2.1 Strömungen der Postwachstumskritik

In der Vorstellung, welche Wachstumstreiber für den Prozess verantwortlich sind, und der Frage, welche Lösungsansätze das Mittel der Wahl sind, gibt es innerhalb der Postwachstumsdebatte verschiedene Analysen. Dabei lassen sich nach Schmelzer fünf verschiedene Strömungen unterscheiden: die konservative, die sozialreformerische, die suffizienzorientierte, die kapitalismuskritische und die feministische Strömung (Schmelzer 2015: 117 f.).⁸

Der CDU-Berater Meinhard Miegel gilt als Vertreter einer **konservativen Spielart der Wachstumskritik**. In seinem Buch »Exit: Wohlstand oder Wachstum«, zahlreichen Zeitungsartikeln und seinem wachstumskritischen Thinktank »Denkwerk Zukunft« vertritt er die Annahme, dass »wir alle« über unsere Verhältnisse leben würden und es an der Zeit sei für einen grundlegenden Wertewandel und Verzicht (Miegel 1996, 2010, 2014, 2020). Der Fokus seiner Analyse liegt auf der vermeintlichen »Gier« und »Dekadenz« der Bevölkerung westlicher Industrienationen, welchen er »räuberische Neigungen« attestiert (Miegel 2014). Dies führe zu überbordendem Konsumverhalten und zu hohen Sozialausgaben des Staates. Miegel beschreibt die Schrumpfung der Wirtschaft als unausweichlich, da die ökologischen Grenzen des Wachstums erreicht seien. Diese führt er wiederum zurück auf den demografischen Wandel, die Übersättigung von Märkten, einen »dekadenten« Sozialstaat und den durch Bequemlichkeit begründeten Unwillen der Menschen an notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. Lösungsansätze sind für Miegel ein Abbau des Sozialstaates und weitere Privatisierungen, etwa durch einen stärkeren Sparkurs, Förderung des Ehrenamts und eine Rückbesinnung auf weibliche Familienarbeit (Miegel 1996; Schmelzer 2015: 119). Muraca weist auf den nicht zu unterschätzenden Einfluss dieser konservativen Perspektive hin:

„Das 2011 erschiene Buch Exit – Wohlstand ohne Wachstum von Meinhard Miegel hat für große Kontroversen gesorgt, nicht zuletzt

⁸ In dem Grundlagenwerk »Degrowth/Postwachstum zur Einführung« nehmen Schmelzer und Vetter eine Art Modernisierung der Strömungseinteilungen vor. In ihrem Werk heißt es: „Basierend auf früheren Einteilungen unterscheiden wir mit Bezug auf die spezifische Stoßrichtung der politischen Vorschläge fünf Strömungen der Postwachstumsdiskussion. Dies sind (1.) institutionenorientierte, (2.) suffizienzorientierte, (3.) commons-/alternativökonomisch ausgerichtete, (4.) feministische und (5.) kapitalismus- und globalisierungskritische Postwachstumsströmung“ (Schmelzer und Vetter 2019: 151). Bis auf das Herausfallen des autoritären Ansatzes, gibt es keine grundlegenden Veränderungen innerhalb der Einteilungen. Aufgrund einer besseren Eignung für die Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung der vorliegenden Arbeit, wird sich deshalb folgend auf die frühere Einteilung von Schmelzer bezogen.

aufgrund der starken medialen Präsenz der von ihm gegründeten Stiftung Denkwerkzukunft. Die Stiftung engagiert sich für sogenannte kulturelle Erneuerung, die durch einen Bewusstseinswandel hin zu einer nichtmaterialistischen Sichtweise erfolgen soll.“ (Muraca 2014: 35)

Zugleich muss konstatiert werden, dass der konservative Ansatz von den restlichen Strömungen als autoritär und kulturpessimistisch zurückgewiesen wird. So kritisiert etwa Schmelzer, dass „Wachstumskritik [...] auf diesem Wege zum Rechtfertigungsinstrument und Hebel von Sozialabbau, Privatisierung, einem Rollback der Geschlechterverhältnisse und Sparzwang“ (Schmelzer 2015: 119) wird.

Die **sozialreformerische oder auch liberale Wachstumskritik** ist ein Ansatz, welcher inhaltlich und personell eine Nähe zu großen Umweltverbänden aufweist. Vertreten wird er etwa von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt, wobei letztere bis 2007 Vorsitzende des »BUND« war. In ihren Werken wie dem Buch »Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft«, Zeitungsartikeln und der gut frequentierten Internetseite »Blog Postwachstum« plädieren die beiden Ökonominen für eine »Politik der Suffizienz«:

„Individuelle Suffizienzstrategien, gemeinschaftliche Suffizienzprojekte, lokale Initiativen (von Lokaler Agenda zu Transition Towns⁹) reichen nicht aus, um eine breite gesellschaftliche Veränderung gegen die vorherrschende Konsumorientierung voranzubringen. Dafür braucht es eine Politik der Suffizienz mit Rahmenbedingungen und Maßnahmen, damit einfacher leben einfacher wird.“ (Seidl und Zahrnt 2012: 2)

Der sozialreformerische Ansatz lehnt eine auf BIP-Wachstum fixierte Politik aus ökologischen und moralischen Gründen heraus ab. Für diese Politik verantwortlich machen sie wachstumsabhängige Institutionen wie die verschiedenen Wirtschaftsbereiche oder politische Parteien. Sie fordern daher das Ende einer an Wirtschaftswachstum orientierten Politik und die Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, orientiert an aktuellen Nachhaltigkeitszielen. Die aktuell viel diskutierte »CO₂-Steuer« auf Emissionen und Ressourcenverbrauch sowie die Forderung eines nachhaltigen Konsums sind wichtige Veränderungsinstrumente eines sozialreformerischen Ansatzes. Hier werden vor allem politische Parteien und ökonomische Institutionen adressiert, sich vom BIP-fokussierten Wachstum

⁹ Rop Hopkins überträgt den Permakulturansatz vom Land in die Stadt. »Transition Town« bedeutet so viel wie »Stadt im Wandel«. Seit 2006 haben sich zahlreiche Nachhaltigkeitsinitiativen entwickelt, welche eine relokalisierte und postfossile Ökonomie anstreben. Die Transition-Town-Bewegung versteht sich als notwendige Reaktion auf den Klimawandel und einen bevorstehenden Peak Oil im globalen Maßstab (Hopkins und Heinberg 2008).

zu lösen und alternative Wohlstandsindikatoren zu entwickeln. Ob im Rahmen eines »nachhaltigen Liberalismus« weniger produziert und konsumiert wird, bleibt dabei offen. Eine grundlegende Transformation, die umfassend die gesellschaftlichen Probleme in den Blick nimmt, wird nicht angestrebt (Schmelzer 2015: 119; Schneidewind und Zahrnt 2013; Seidl und Zahrnt 2010, 2012: 2f.).

Der Professor für Volkswirtschaftslehre Niko Paech gilt in Deutschland als Gallionsfigur der Postwachstumsdebatte. Durch Bücher wie »Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie«, zahlreiche Artikel und öffentliche Auftritte hat er wohl wie kein anderer dafür gesorgt, dass der Begriff »Postwachstum« an Bekanntheit gewinnt. Zugleich hat er ein eigenes Wirtschaftsmodell entwickelt, welches ohne Wachstum auskommen soll (Muraca 2014: 35). Paech geht von der Annahme aus, dass alle Menschen auf diesem Planeten das gleiche Anrecht auf Umweltraum haben und stellt eine Rechnung auf, um zu ermitteln wie viele Tonnen CO₂-Austoß jeder Person pro Jahr zustehen. Die Wachstumstreiber macht er auf individueller und ökonomischer Ebene aus. Zum einen kritisiert er den Überkonsum der Bevölkerung in den Industrienationen, da diese dadurch mehr Umweltraum in Anspruch nähme, als ihr zustehe. Andererseits problematisiert er die Fremdversorgung sowie die Arbeitsteilung auf globalisierten Märkten, da lange Wertschöpfungsketten, durch Zinsen intensiviert, Wachstum erzwingen. Paech konstatiert, dass diese „räumlich entgrenzte[n] Produktionsketten und Lebensstile“ keineswegs nur Nebenprodukt der europäischen Art zu wirtschaften seien, sondern integrale Bestandteile der Wachstums- und Selbstverwirklichungslogik darstellen würden (Paech 2012a: 16). Als Lösungsstrategien setzt Paech daher auf individuelle Suffizienzstrategien wie Konsumverzicht, Rückgang von Fremdversorgung, Förderung regionaler und lokaler Ökonomie, Ausbau von Eigenproduktion und Selbstversorgung. Aus Konsument*innen sollen in diesem Zuge sogenannte »Prosument*innen« werden, welche kollektive Formen der Eigenproduktion entwickeln und Lokalisierung wie Entkommerzialisierung vorantreiben. Dabei bezieht sich Paech positiv auf Beispiele wie Urban Gardening, Permakultur und Transition Towns (Muraca 2014: 35; Paech 2009, 2011, 2012b, 2012a, 2012c, 2018; Schmelzer 2015: 119). Bei Paech findet keine umfassende Analyse der Machtverhältnisse und Akkumulationszwänge des Kapitalismus statt. Stattdessen kritisiert er »unser« kollektives Fehlverhalten und kennzeichnet Subventionen, Schulden und Zinsen als größte Wachstumstreiber, »Gier« und »Ungeduld« wie auch die systematische Verantwortungslosigkeit als wesentliche Hemmnisse für einen gesellschaftlichen Wandel (Bierl 2015: 354; Paech 2012a: 18).

Eine weitere Spielart der Wachstumskritik ist **der kapitalismuskritische oder öko-sozialistische Ansatz**. Seine Vertreter*innen sind oftmals in der globalisierungs-

kritischen Bewegung oder auch innerhalb von Gewerkschaften vertreten. Sie führen die Wachstumszwänge auf die kapitalistische Verfasstheit der gegenwärtigen Gesellschaft zurück, welche auf der Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft und Natur - insbesondere im globalen Süden - beruhe und zu multiplen Krisen führe. Die ökologische und die soziale Frage gehört für die Vertreter*innen des kapitalismuskritischen Ansatzes zusammen, weshalb der Fokus eher auf globaler Umweltgerechtigkeit liegt als auf klassischem Naturschutz (Muraca 2014: 35 f.). Neben dem kapitalistischen Wachstumszwang richtet sich ihre Kritik gegen die zunehmende Kommodifizierung und Privatisierung von allen Lebensbereichen und eine sogenannte »imperiale Lebensweise« der westlichen Industrienationen. Ulrich Brand schreibt hier zu:

„Die Globalisierung seit Mitte der neunziger Jahre führte dazu, dass sich die ressourcen- und energieintensive westliche Produktions- und Lebensweise nicht nur vertieft, sondern sich durch die Ober- und Mittelklassen der Schwellenländer weltweit ausweitet. Die schlichte Paradoxie lautet: So attraktiv die Formen der Produktion und des Konsums sind, so wenig sind sie global verallgemeinerbar. Ein Umbau der Lebensweise, die nicht die Natur zerstört, muss von den hochindustrialisierten Ländern ausgehen.“ (Brand 2014a)

Ihre Zielsetzung liegt in der Vergesellschaftung von wichtigen Wirtschaftszweigen, dem Abbau von Marktmechanismen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Dafür setzen sie auf eine »solidarische Postwachstumsökonomie« und befürworten »Commoning«¹⁰, die Förderung von solidarischen Ökonomien, radikaler Arbeitszeitverkürzung und Forderungen nach dem Bedingungslosen Grundeinkommen sowie eine Demokratisierung der Wirtschaft. Für die Umsetzung der Ziele wird vor allem auf soziale Bewegungen und Ehrenamtlichen in Alternativprojekten gesetzt. Ein Flügel des kapitalismuskritischen Ansatzes, welcher eine stärkere Konfliktorientierung einnimmt, ist der ökosozialistische. Ansätze, die in diesem Spektrum diskutiert werden, zielen auf eine Überwindung des Kapitalismus ab, etwa durch planwirtschaftliche Schrumpfung oder eine Verstaatlichung der Produktionsmittel (Schmelzer 2015: 119).

Die **feministische Strömung** weist viele Überschneidungen zu dem kapitalismuskritischen Ansatz auf. Sie ist weniger ein expliziter Ansatz der Postwachstumsdiskussion, als vielmehr der Versuch blinde Flecken, welche etwa Adelheit Biesecker und Uta von Winterfeld der Postwachstumsdiskussion attestieren, zu erhellen:

¹⁰ Der Begriff des »commoning« beschreibt den bedürfnisorientierten Prozess des selbstorganisierten und kollektiven Produzierens, Pflegens und/oder Nutzens. »Commons« ist der Ausdruck für die aus diesem Prozess hervorgegangenen Ressourcen, wie etwa Nahrung, Wasser, Zeit oder Wissen (Acksel et al. 2015: 133ff.).

„Die Trennungsstruktur mit ihrem hierarchischen Geschlechterverhältnis und der Missachtung gegenüber dem Reproduktiven wird kaum thematisiert. Während etwa konservative Postwachstumsansätze die weibliche Arbeit erneut im familiär-privaten Raum verschatten, bleibt bei der Postwachstumsökonomie insgesamt im Dunkeln, wie, von wem und unter welchen sozialökologischen Bedingungen all die neuen selbstversorgenden Tätigkeiten verrichtet werden sollen. In ihrer Analyse sind diese Ansätze der Postwachstumsökonomie weitgehend geschlechtsblind – und damit zum überwiegenden Teil auch herrschaftsblind.“ (Biesecker und von Winterfeld 2015: 122 f.)

Schmelzer nimmt den feministischen Ansatz dennoch als wichtige Inspirationsquelle in seine Schematisierung der Postwachstumsströmungen auf. Dabei bezieht er sich insbesondere auf feministische Konzepte wie das »Vorsorgende Wirtschaften« von Theoretiker*innen wie Adelheit Biesecker und Veronika Bennholdt-Thomsen, der Leiterin des privaten »Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz« in Bielefeld (Bennholdt-Thomsen 2010; Bennholdt-Thomsen et al. 1999; Biesecker et al. 1997, 2000; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2012). Im Fokus des feministischen Ansatzes steht eine Kritik des patriarchalen Kapitalismus, der durch seine Trennung zwischen entlohnter Produktion und unbezahlter – und damit entwerteter – meist weiblicher Reproduktionsarbeit unterscheidet. Dies führe zu multiplen sozialen Krisen und einer Gefährdung der Reproduktion. Nicht marktförmige Arbeiten wie Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen werden systematisch entwertet und unsichtbar gemacht. Die feministische Perspektive zielt (im Gegensatz dazu) darauf ab, diese Tätigkeiten in den Mittelpunkt des Lebens und der Gesellschaft zu rücken. Die Ausbeutung der postkolonialen Ökonomien und der natürlichen Ressourcen des globalen Südens ist ebenfalls ein wichtiger Gegenstand der feministischen Kritik. Gefordert wird daher eine Entkommerzialisierung, der Aufbau von nicht-hierarchischen und lokalen Strukturen, der Gedanke der Allmende unter Berücksichtigung der Prinzipien der Kooperation, Vorsorge und Orientierung an dem für das »Gute Leben« notwendigen. Als wichtige Akteur*innen des Wandels werden soziale Bewegungen, Genossenschaften und kleinbäuerliche Subsistenzbetriebe adressiert (Schmelzer 2015: 119).

3.2.2 Ansätze zur gesellschaftlichen Transformation

Während Schmelzer versucht der Heterogenität der Postwachstumsdebatte gerecht zu werden, indem er eine Schematisierung in verschiedene Strömungen vornimmt, untersucht und skizziert Frank Adler unterschiedliche Ansätze zur gesellschaftlichen Transformation (Adler 2015). Auf diese Kategorisierung Adlers wird

im Folgenden genauer eingegangen. Dies ist hilfreich, da anhand dieser Konzeptualisierung die Heterogenität der Wachstumskritik in einem stärkeren Maß hinsichtlich einer möglichen Vereinbarkeit unterschiedlicher theoretischer Analysen und der aus diesen folgenden praktischen Konsequenzen diskutiert werden kann. Am Ende dieser Ausführungen wird zudem deutlich, dass gerade die Pluralität theoretischer Ansätze Fallstricke für eine mögliche Abgrenzung des Postwachstumsansatzes gegenüber einer Wachstumskritik von rechts beziehungsweise rechten Aspekten innerhalb der Wachstumskritik selbst beinhaltet. Adler unterscheidet grundsätzlich drei verschiedene Vorstellungen von der Art der Transformation beziehungsweise Antworten auf die Frage, wie sich die erwünschte Entwicklungsrichtung gesellschaftlich durchsetzen kann: Durch »Parallelgesellschaften«, die »Trans-Formation von Institutionen« und durch sogenannte »Reallabore«. ¹¹

In der ersten Variante wird gesellschaftliche Transformation durch die Schaffung von nicht wachstumsorientierten, radikal-alternativen »Parallelgesellschaften« angestrebt, in welchen politisch Gleichgesinnte als eine Art Avantgarde fungieren und mit gemeinschaftlichen Lebensformen experimentieren. Diesem Ansatz liegt die Vorstellung zugrunde, dass die Politik dem kulturellen Wandel hinterherhinkt und Auswege nur systemextern möglich sind. Vertreter*innen dieses Ansatzes wie Nico Paech verfolgen die Strategie autonome und dezentrale »Rettungsboote« zu entwickeln, um, wenn es zum erwarteten gesellschaftlichen Kollaps kommt, diesen besser gestalten zu können (Adler 2015; Paech 2012a).

Dieser Ansatz wird von Vertreter*innen des »Marsch durch die Institutionen« wie Klaus Dörre und Stephan Lessenich als nicht verallgemeinerbares, gesellschaftliches Minderheitenprogramm kritisiert. Die Variante der »Trans-Formation durch Institutionen« strebt hingegen eine schrittweise Umwandlung der bereits existierenden Institutionen an und plädiert dabei für Bündnisse mit Akteur*innen wie Gewerkschaften, welche bisher einer Umgestaltung der Wachstumsgesellschaft eher verhalten gegenüberstehen (Adler 2015). Die bisherige mangelnde gesellschaftliche Durchsetzungskraft und Attraktivität für potenzielle Bündnispartner*innen läge „maßgeblich, so [ihre] Diagnose jedenfalls für den deutschen Fall – an der fehlenden Kapitalismusanalyse bei den meisten Kritikern der Wachstumsgesellschaft“ (Lessenich und Dörre 2014: 504).

Eine weitere Variante, welche gewissermaßen zwischen den beiden vorherigen Ansätzen liegt, strebt eine weitgehende **Veränderung durch veränderte Formen der Praxis** an. Diesem Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass bloßer Protest

¹¹ In seinem Werk »Green new deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise« nimmt Adler eine ausführlichere und differenzierte Unterscheidung von verschiedenen gesellschaftlichen Transformationsstrategien vor (Adler 2010).

wirkungslos bliebe oder gar als Modernisierungsfaktor der momentanen Wachstumsgesellschaft fungieren könne:

„Gegenbewegungen zum zerstörerischen Prinzip kapitalistischer Wachstumswirtschaft können sich nicht auf Aufklärung, Protest und Argumente beschränken, sondern müssen der bestehenden Ökonomie, Politik und Alltagskultur eine andere entgegenstellen. Dies ist natürlich nicht als Masterplan zu denken, sondern als eine Kombination aus zahlreichen Reallaboren einer anderen wirtschaftlichen und kulturellen Praxis.“ (Welzer 2014: 564)

Vertreter*innen der dritten Variante, wie Harald Welzer, betonen die Notwendigkeit einer „Praxis des Widerstands, dem beharrlichen Durchstehen von Konflikten“. Der Prozess der Transformation wird somit als konflikthaft beschrieben und als eine gelebte „Gegenpraxis, in der man sich selbst schon als Teil eines Veränderungsprozesses erleben kann“ (ebd.). Vertreter*innen der dritten Variante warnen einerseits vor der Gefahr einer »subkulturellen Abkapselung« in alternativen »Parallelgesellschaften« und andererseits vor einem sozialpartnerschaftlichen Bündnis mit Parteien, da es diesen aufgrund ihrer Systemimmanenz strukturell an Veränderungswillen mangle (Adler 2015).

Adler zeigt sich aufgrund der Heterogenität der verschiedenen Strömungen der Postwachstumsdebatte wenig überrascht über die Vielfalt der Transformationsansätze. Zwar betont er die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte über die Differenzen, sieht jedoch insgesamt in der Heterogenität mehr Chancen als Fallstricke:

„Wichtig ist, dass eine sich entwickelnde Bewegung als Ganzes das Repertoire ihrer transformativen Wirkungsmöglichkeiten ausschöpft und möglichst viele Akteure etwas „nach ihrem Geschmack“ finden können. Problematisch können solche Differenzen dann werden, wenn sie zu (ab)wertenden Gegenüberstellungen führen und wenn sie zu wenig argumentativ und öffentlich ausgetragen werden. Sonst würde sich wohl meist zeigen, dass viele Wege eher komplementär und für unterschiedliche Personengruppen attraktiv sind. Und oft wäre die jeweils bevorzugte Strategie allein in ihrer transformativen Potenz überfordert.“ (ebd.)

Ulrich Brand hingegen sieht gerade in dem Mangel einer gemeinsamen Transformationsstrategie ein Manko des Postwachstumsansatzes. So attestiert er dem Ansatz – mit Rückblick auf die Degrowth Konferenz 2014 in Leipzig – das Fehlen einer gemeinsamen theoretischen Analyse und praktischer Handlungsstrategie:

„Was allerdings weitgehend fehlte, waren „große“ Debatten um angemessene Zeitdiagnosen und Strategien, auch um Theorien und theoriegeleitete Analysen. Vieles lief nebeneinander her, ohne sich in eine gemeinsame, strategische Perspektive einzuführen. [...] Man kann nur hoffen, dass der Verzicht auf produktiven politischen Streit (um Situationseinschätzungen und angemessene Strategien) den Aufbruch nicht zu einem Strohfeder werden lässt.“ (Brand 2014b: 31)

Die Frage, wie ein umfassender und emanzipatorischer Transformationsprozess hin zu einer Postwachstumsgesellschaft aussehen kann, beschreibt Brand als umso wichtiger, da ein ungeplantes und plötzliches »Degrowth« zu fatalen sozialen Verhältnissen führen würde. Zwar beschreibt er die »Nischen«, welche sich wachstumskritischen Akteur*innen eröffnen, als überaus wichtig, um „Denk- und Handlungsräume für breite Bündnisse“ zu öffnen, jedoch als unzureichend, um „herrschende Kräfteverhältnisse und Logiken zu verändern“ (ebd.).

3.2.3 Der Postwachstumsansatz zwischen Selbstanspruch und Fremdwahrnehmung

Obwohl Brand dem Leipziger Kongress aufgrund seiner „von über 3000 Teilnehmenden verbreitete[n] Aufbruchsstimmung“ (ebd.: 29ff.) und der Überwindung von „Grenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Spektren“ eine stärkere Bewegungsorientierung als vorangegangenen Ansätzen attestiert, würde er nicht von dem Beginn einer neuen Bewegung sprechen: „Es wäre daher vermessen, im Kongress den Ausgangspunkt einer neuen wachstumskritischen Bewegung oder gar einer Degrowth-Bewegung zu sehen“ (ebd.). Innerhalb der Postwachstumsdebatte besteht über die Frage, ob es sich bei dem Degrowth-Ansatz um eine soziale Bewegung handle, keine Einigkeit. Dennis Eversberg und Matthias Schmelzer führen diese Unklarheit darauf zurück, dass es sich bei »Degrowth« nicht um eine klassische Protestbewegung handelt. Während der Degrowth-Konferenz 2014 haben sie eine Befragung der dort versammelten Akteur*innen durchgeführt, um unter anderem auf die Frage, ob es sich um eine soziale Bewegung handelt, eine Antwort zu finden. Dafür haben sie drei Kriterien, welche innerhalb der Bewegungsforschung als Voraussetzung für eine soziale Bewegung gelten, genauer in den Blick genommen: Eine den Akteur*innen gemeinsame »kollektive Identität«, eine hohe »informelle Vernetzung« sowie eine »konfliktvolle Beziehung mit klar identifizierbaren Gegnern« (Eversberg und Schmelzer 2016: 12; Porta und Diani 2006).

40 Prozent der Befragten gaben an, sich der »Degrowth-Bewegung« zugehörig zu fühlen. Zudem kristallisierte sich ein geteilter Grundkonsens heraus, den Eversberg und Schmelzer wie folgt zusammenfassen:

„Wachstum ohne Naturzerstörung ist eine Illusion, daher wird in den Industrieländern Schrumpfung notwendig sein. Das bedeutet auch, dass wir auf Annehmlichkeiten werden verzichten müssen, an die wir uns gewöhnt haben. Die notwendige Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft muss friedlich sein und von unten kommen, sie läuft auf die Überwindung des Kapitalismus hinaus, und weibliche Emanzipation muss dabei ein zentrales Thema sein.“ (Eversberg und Schmelzer 2016: 11)

Zudem weisen sie auf die Existenz eigener Organisationsformen wie dem »Netzwerk Wachstumswende« oder dem »Konzeptwerk Neue Ökonomie« hin sowie auf die Vernetzung mit Teilen der alternativ-ökonomischen Szene etwa Umsonstläden, Transition Towns und Gemeinschaftsgärten. Auch bestehe eine Vernetzung mit wissenschaftlichen Einrichtungen wie Stiftungen oder dem Forschungskolleg »Postwachstumsgesellschaften«. Das Kriterium der klar bestimmten »kollektiven Identität« sei damit erfüllt (ebd.: 12). Auch das zweite Kriterium der »informellen Vernetzung« belegen Eversberg und Schmelzer durch ihre Befragung, welche einen hohen Grad der Vernetzung bei einem harten Kern der Befragten aufweist.¹²

Eversberg und Schmelzer gehen von einer entstehenden »Degrowth-Bewegung« aus, obwohl sich das Kriterium der »Gegnerorientierung« schwieriger beantworten lässt. Zwar stehen die Wachstumskritiker*innen in einem Konflikt mit dem »wachstumsbasierten Kapitalismus«, jedoch ergebe sich daraus kein klar definierbarer »Gegner«. Dadurch bleibe die Frage offen, gegen „wen oder was sich ein bewegungsförmiges Handeln und entsprechende Mobilisierung wenden sollten“ (ebd.). Diese Unklarheit wird zum einen darauf zurückgeführt, dass »Degrowth« eher den Versuch darstellt Alternativen zu diskutieren und im lokalen Rahmen umzusetzen, als eine Bewegung die klassisch auf Protest ausgerichtet ist. Zudem bestehe eine »spezifische Schwierigkeit der Kritikposition«:

„Da sie sich nicht zuletzt gegen die "imperiale Lebensweise“ [...] der Gesellschaft richtet, in denen die, die sie äußern, selbst leben – da sie also auch und gerade eine Form der Selbstproblematik ist –, ist es in gewisser Weise auch eine notwendige Besonderheit, dass Verantwortung oder Schuld nicht umstandslos einer klar identifizierten Gruppe von „Gegner_innen“ zugewiesen werden.“ (ebd.)

Ob diese Art der Selbstproblematik zu einer fundierten Kapitalismuskritik führen wird, wird von einigen innerhalb der Postwachstumsdebatte bezweifelt.

¹² „Unsere Befragung zeigt zudem, dass es einen harten Kern hoch vernetzter Aktivist_innen gibt, die schon zuvor mehr als 50 andere Konferenzteilnehmer persönlich kannten (7 % der Befragten), umgeben von etwa einem erweiterten aktivistischen Kern mit zwischen 11 und 50 persönlichen Bekanntschaften, der knapp ein Drittel der Befragten umfasst.“ (ebd.)

Das Fehlen weiterer Teile der radikalen Linken und der Gewerkschaften auf Degrowth-Konferenzen kann wahrscheinlich als ein Indiz für diese Skepsis gewertet werden. Und auch Ulrich Brand, welcher dem Postwachstumsansatz gegenüber äußerst wohlgesonnen ist, betont eindringlich die Notwendigkeit, den Degrowth-Begriff deutlicher mit einer Kritik der Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verknüpfen:

„Andernfalls wird der Begriff – und auch das war in Leipzig mitunter spürbar – zur radikalen, aber politisch folgenlosen Geste einer jüngeren und nicht mehr so jungen ökolibertären Mittelschicht mit geringer Sensibilität für sozialstrukturelle Ungleichheit und Machtfragen, bei der manchmal sogar eine Portion elitäres Unverständnis für die immer noch an der „Konsum- und Wachstumsnadel hängenden Massen“ mitschwingt.“ (Brand 2014b: 32)

Allerdings unterscheidet sich die neue Wachstumskritik von einigen ihrer Vorläufer gerade durch das radikale Infragestellen von Nachhaltigkeitsstrategien oder die Kritik an der Idee eines »Green New Deals«. Die von Parteien wie den »Grünen« oder großen Umweltverbänden vorgebrachte Vorstellung, ein sinkender Energie- und Ressourcenverbrauch könnte mit der bisherigen wachstumsbasierten Ökonomie aufrechterhalten werden, wird von großen Teilen der neuen Wachstumskritiker*innen zurückgewiesen (Bierl 2015: 350). Auch in dem von Eversberg und Schmelzer herausgearbeiteten Grundkonsens der Besucher*innen der Degrowth-Konferenz in Leipzig zeigt sich, dass ein Großteil der Wachstumskritiker*innen sich mit Konzepten wie Kapitalismuskritik, Feminismus, Gewaltlosigkeit und Basisdemokratie identifizieren – zumindest ihrem Selbstverständnis nach:

„Das lässt viele Fragen nach dem konkreten Verständnis solcher Kritik zunächst offen, macht aber deutlich, dass die von links verschiedentlich formulierte Vorhaltung, der Degrowth-Debatte fehle die Herrschafts- oder Kapitalismuskritik, am Selbstverständnis derjenigen, die sich mit ihren Zielsetzungen identifizieren, vorbeigeht.“ (Eversberg und Schmelzer 2016: 12)

Es scheint einen Widerspruch zwischen der von links formulierten Kritik und dem Selbstverständnis der Postwachstumsakteur*innen in Bezug auf den kapitalismus- und herrschaftskritischen Gehalt des Degrowth-Ansatzes zu geben. Albrecht Müller zufolge, sei der Postwachstumsansatz gar „im Kern arbeitnehmer- und sozialstaatsfeindlich“ (Müller 2011). Bierl weist daraufhin, dass sich viele der Wachstumskritiker*innen als kapitalismuskritisch wahrnehmen, zugleich jedoch Maßnahmen anstreben, welche selbst eher Effizienz- und Nachhaltigkeitsstrategien darstellen:

„Die Etiketten links und antikapitalistisch werden zwar häufig verwendet, allerdings ist der Inhalt oft vage und unbestimmt und es werden Ansätze einbezogen, die allenfalls ein oberflächliches Verhältnis von Kapitalismus haben. Dazu gehören jene, die Marktwirtschaft und Kapitalismus für zwei verschiedene Dinge halten und Kapitalismus auf bestimmte Symptome wie Banken, Börsen, Schulden und/oder Zinsen reduzieren und daran herumdoktern wollen. An diesen Vorstellungen wiederum können ökofaschistische und rechte Gruppen andocken.“ (Bierl 2015: 351)

Aus dem Selbstverständnis der Organisator*innen der Leipziger Degrowth-Konferenz lässt sich herauslesen, dass es zumindest verbal eine gewisse Abgrenzung gegenüber „den Spielarten der Wachstumskritik [gibt], welche die Sicherstellung eines guten Lebens für alle nicht im Blick haben“ (Degrowth-Konferenz 2014: 2). Allerdings heißt es bereits im folgenden Satz: „Wir sind aber offen für eine Auseinandersetzung mit Vertreter_innen dieser Denkrichtung“ (ebd.). Bei dem Hinweis auf eine Offenheit gegenüber Auseinandersetzungen mit den Personen, welche sich zwar affirmativ auf den Postwachstumsansatz beziehen, jedoch keine grundsätzliche Kritik an Macht- und Ungleichheitsverhältnissen thematisieren, bleibt unklar, ob sich diese Gesprächsbereitschaft auch auf explizit rechte Akteur*innen bezieht. Bei den Strömungen, welche in der Organisationsgruppe vertreten sind, werden die feministische, kapitalismuskritische sowie die suffizienzorientierte und sozialreformerische genannt. Der autoritäre Ansatz findet keine Erwähnung. In dem Programmheft heißt es zudem weiter: „Rechte und rassistische Formen der Wachstumskritik sowie chauvinistische, sexistische, rassistische oder andere Diskriminierungen lehnen wir ab“ (ebd.). Diese Formulierung zeigt das Bewusstsein der Organisator*innen darüber, dass es so etwas wie eine »rechte Wachstumskritik« gibt.

Im deutschsprachigen Raum gibt es zudem keine offenen Koalitionen mit Akteur*innen aus der politischen Rechten. Ein Umstand, der nicht selbstverständlich für die gesamteuropäische Strömung ist. So zeigt Eversberg in einem Aufsatz über »die Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus«, wie die italienische rechtspopulistische und EU-skeptische Partei »Movimento 5 Stelle« (Fünf-Sterne-Bewegung) „in den letzten Jahren auf lokaler Ebene auch vielerorts eng mit Teilen der italienischen *decrescita*-Bewegung kooperierte“ (Eversberg 2018: 52). Der Gründer der Partei, Beppe Grillo, betreibt einen erfolgreichen Blog, in dem er immer wieder durch wachstumskritische Positionen auffalle und zudem berühmte Wachstumskritiker wie Serge Latouche zu Wort kommen lasse (ebd.). Dieser gilt als linker Vordenker der französischen »*dé-croissance*«, spricht sich jedoch dafür aus, auch mit Rechten wie dem wachstumskritischen Faschisten Alain de Benoist zu kooperieren (Benoist 2009; Bierl 2016).

Eversberg sieht in Beispielen wie diesen „eine erhebliche Gefahr, die sich mit Wachstumskritik immer gerade dort verbindet, wo ihre Verfechter*innen [...] darauf beharren, sich als ‚jenseits von rechts und links‘ zu verorten“ (Eversberg 2018: 52). Peter Bierl zufolge ist dies in großen Teilen der deutschen Degrowth-Ansätze zwar nicht gegeben, die Gefahr sei deshalb aber trotzdem noch nicht gebannt:

„Die Degrowth-Bewegung versteht sich mehrheitlich als links, die meisten Vertreter grenzen sich nach rechts ab, gegen Alain de Benoist, einen Vordenker der sogenannten Neuen Rechten, oder den konservativen Meinhard Miegel, der unter dem Deckmantel des Postwachstums den Sozialabbau vorantreiben will. Dennoch gibt es Positionen in der Bewegung, die nach rechts tendieren oder selbst rechts sind.“
(Bierl 2016)

Folgt man Bierls Annahme, sind eine verbale Abgrenzung gegenüber rechtem Gedankengut sowie eine Verweigerung der Zusammenarbeit mit rechten Akteur*innen begrüßenswert und wichtig – jedoch keineswegs ausreichend, um rechte Ideologien innerhalb der Postwachstumsströmung zu bannen. Im schlimmsten Fall führt dieses Vorgehen sogar dazu, dass der Problemkomplex »Wachstumskritik von rechts« auf einen Missbrauch des »Postwachstumsgedanken« durch rechte Akteur*innen verkürzt wird. Der Fokus liegt dabei lediglich auf einer äußeren Bedrohung und verstellt den Zugang zu einem fundierten Verständnis für gesellschaftliche Bedingungen und Kontinuitäten, welche rechts-konservative Denkmuster im wachstumskritischen Umfeld begünstigen. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit eigenen problematischen Inhalten wird dadurch erschwert. Wodurch das Projekt Degrowth als ein Streben nach dem »guten Leben für alle« in seinem emanzipatorischen Gehalt erheblich geschwächt wird, wenn nicht gar ins Gegenteil verkehrt. Um sich perspektivisch mit der Frage auseinandersetzen zu können, inwiefern es Positionen mit rechten Tendenzen innerhalb des deutschen Postwachstumsansatzes gibt, ist es zunächst bedeutsam, herauszuarbeiten, wer die Vertreter*innen einer rechten Wachstumskritik in Deutschland sind und worin ihre Ideologie besteht.

4 Wachstumskritik von Rechts

Im Folgenden werden die Merkmale der völkischen und kulturalistischen Ideologie dargelegt, welche die weltanschauliche Grundlage des Rechtsextremismus bildet. Ziel ist es dabei, die notwendige theoretische Begriffsarbeit zu leisten, um in der Analyse der rechten Wachstumsliteratur rechtsextreme Denkmuster identifizieren zu können (4.1 Elemente des rechtsextremen Weltbildes). Neben dem Herausarbeiten der Merkmale der rechtsextremen Ideologie ist es notwendig, den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit einzugrenzen und eine geeignete Methode für die Analyse der Denkmuster rechtsextremer Wachstumskritik auszuwählen. Dafür wird im Kapitel 4.2 Die Rechten und ihr ambivalentes Verhältnis zum Wachstum das ambivalente Verhältnis der politischen Rechten zum Gegenstand »Wachstum« skizziert und die sogenannte »Neue Rechte« und deren Akteur*innen als die wesentliche Strömung der politischen Rechten herausgearbeitet, welche einen affirmativen Bezug auf Postwachstum aufweisen. Die Analyse der rechten Wachstumskritik erfolgt mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, die in Kapitel 4.3 Methodische Vorüberlegungen zur Analyse einer rechtsextremen Wachstumskritik als Zwischenschritt eingeführt wird.

Im weiteren Verlauf werden die Erkenntnisse angewendet, um die erkenntnisleitende Fragestellung der vorliegenden Arbeit zu beantworten. Es wird untersucht, was rechte Wachstumskritik ausmacht und welche Akteur*innen sie in welcher Art und Weise artikulieren. Ziel ist es dabei, zentrale Elemente einer rechten Wachstumskritik zu erfassen. Dafür werden exemplarisch Schriftstücke rechter Wachstumskritiker in Bezug auf wiederkehrende Elemente und Argumentationsmuster hin untersucht (4.4 Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik).

4.1 Elemente des rechtsextremen Weltbildes

Um im weiteren Verlauf Denkmuster einer rechten Wachstumskritik herausfiltern zu können, benötigt es eine Klärung darüber, welche ideologischen Elemente einem rechten Weltbild zugrunde liegen. Inzwischen hat sich, nach langwierigen kontroversen Diskussionen, wissenschaftlich, medial und politisch »Rechtsextremismus« als Sammelbegriff durchgesetzt. Die Kritik an dem Begriff ist durch die Befürchtung begründet, dass der Begriff Rechtsextremismus suggeriere, es würde einen Linksextremismus geben, der mit ersterem gleichgesetzt werden müsste. Diese Sorge ist nicht unbegründet, da diese Gleichsetzung immer wieder von Vertreter*innen der Extremismustheorie und Institutionen wie dem Verfassungsschutz vollzogen wird (Neugebauer 2008).

Dem halten ein Großteil der Rechtsextremismusforscher*innen entgegen, dass die Rechten im Gegensatz zu Linken für die kategoriale Ungleichheit der Menschen eintreten würden und sogar der Mord an Menschen logische Konsequenz eines rechten Weltbildes ist. Während sich linke Gewalt zumeist gegen Gegenstände richtet, sind von rechter Gewalt häufig Menschen betroffen (Bobbio 1994). Der amtliche Extremismusbegriff läuft durch eine generelle Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus Gefahr, von den besonderen Problematiken des Rechtsextremismus abzulenken (Frindte et al. 2015: 50).

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt am Rechtsextremismuskonzept setzt daran an, dass der Begriff die politische Mitte von ihrer Verantwortung terminologisch entlasten würde, da der Eindruck eines spezifischen Problems allein des politischen Randes suggeriert wird (Butterwegge und Meier 2002: 19 f.). Hingegen sind historisch wie auch empirisch die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und etabliertem Konservatismus fließend. Und auch die sogenannte politische Mitte der Gesellschaft ist keineswegs vor rechtem und menschenfeindlichem Gedankengut gefeit, wie die »Mitte-Studie« eindrücklich nachweist (Geden 1996: 32; Zick et al. 2019). Der Rechtsextremismusforscher Samuel Salzborn weist jedoch auch auf die Vorzüge des Begriffs hin:

“Die große Stärke des Rechtsextremismusbegriffes dürfte darin bestehen, dass er Integrationspotenzial hat, um analytisch politische Strömungen von gewalttätigen Neonazis bis hin zu völkischen Gruppierungen wie den Vertriebenenverbänden zu erfassen, ohne dabei deren Unterschiede und Differenzen nivellieren zu müssen.“ (Salzborn 2018: 21)

Da diese Stärke des Begriffs dem Anliegen dieser Arbeit dienlich ist, wird er als Arbeitsbegriff verwendet. Folgend wird der Fokus auf die rechtsextremen Einstellungsmuster gelegt, welche einem rechtsextremen Weltbild zugrunde liegen, statt auf rechtsextremes Verhalten.¹³

Um einen ideologischen Kern des Rechtsextremismus zu bestimmen, ist es hilfreich, auf das nach wie vor in der Rechtsextremismusforschung bedeutsame Konzept Wilhelm Heitmeyers einer »Ideologie der Ungleichwertigkeit« Bezug zu nehmen. Auf der Einstellungsebene besteht diese Ideologie in der Annahme, dass

¹³ Rechtsextremes Verhalten lässt sich meist direkt beobachten, wenn es sich als manifeste Variable anhand von Wahlverhalten, Mitgliedschaft in Parteien oder Organisationen als auch Anwendung von Gewalt äußert. Im Gegensatz dazu sind latente Einstellungen deutlich schwieriger zu fassen (Stöss 2010: 20 f.). Rechtsextreme Einstellungen, so Stöss, sind in der Regel dem Verhalten vorgelagert und zeigen sich nicht zwangsläufig in einem entsprechenden Verhalten. Es kann auch vorkommen, dass die zu einem Verhalten passenden Einstellungen nachträglich ausgebildet werden (vgl. ebd.: 21).

Menschen grundlegend ungleich seien und folglich auch unterschiedlich behandelt werden müssten (Heitmeyer et al. 1992: 13). Menschen wird unterstellt, dass sie aufgrund ihrer biologischen oder kulturellen Herkunft Eigenschaften haben, welche nicht veränderbar sind. Rechtsextremist*innen unterscheiden Menschen dabei in verschiedene Gruppen, wie »Rassen« oder »Völker«, welche sie homogen halten möchten. Salzborn beschreibt die einteilende Vorstellung der Menschen in essentialistische Kollektive als einen Ausdruck von struktureller Gewalt. Dahinter steht das völkisch-rassistische Denken, welches mit seiner »Naturalisierung des Sozialen« als Grundidee rechtsextremen Denkens begriffen werden kann (Salzborn 2017: 8 f.). Diese Ideologie der »Ungleichheit« bildet den theoretischen Rahmen für die in den letzten zehn Jahren kontinuierlich steigenden gewalttätigen Übergriffe gegenüber vermeintlichen oder tatsächlichen Ausländer*innen (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2019).

Obwohl es verschiedene rechtsextreme Strömungen gibt, unterscheiden sie sich konzeptionell kaum voneinander:

„Die Variationsbreite im Rechtsextremismus reicht dabei von rassistischen Positionen, die auf einem biologistischen Differenzmodell aufbauen und in der Tradition des Nationalsozialismus stehen, über völkisch-homogenisierende Vorstellungen, die einem regionalistisch-ethnisch segmentierten Europa unter dem Primat einer Volksgruppenpolitik das Wort reden bis hin zu den vor allem aus dem Spektrum der französischen Nouvelle Droite entwickelten Vorstellungen eines primär auf kulturellen Differenzannahmen basierenden Ethnopluralismus.“ (Salzborn 2018: 24 f.)

Salzborn zufolge haben all diese Strömungen gemein, dass sie das Kollektiv vor das Individuum stellen, gar im Kern antiindividualistisch ausgerichtet seien. Im rechten Denken stellt die ethnische Identität kein Identitätsangebot an das Individuum dar, stattdessen bestehe ein kollektiver Identitätszwang, welcher „eine intern bindende und eine extern segmentierende Komponente“ umfasst (Salzborn 2017b: 9). Dadurch sei das rechtsextreme Denken grundsätzlich auch antidemokratisch und antiliberal strukturiert: „Zu den signifikanten Momenten rechtsextremer Zielsetzungen gehört es, den Individualismus in antimoderner und gegenaufklärerischer Absicht infrage zu stellen“ (ebd.: 9f.).

Im Rechtsextremismus wird negiert, dass Kultur und Gesellschaft das Resultat eines sozialen und historischen Prozesses sind und das menschliche Zusammenleben auf vermeintliche Naturgesetze reduziert. Wagner beschreibt die Begriffe »Umwelt« und »Natur« als grundlegende Elemente eines rechtsextremen Weltbildes, ihre Weltsicht als biologistisch (Wagner 2018: 5). Die Übertragung von Er-

kenntnissen aus der Evolutionslehre auf Gesellschaft wird Sozialdarwinismus genannt. Dieser ist ein weiteres Kernelement rechtsextremer Ideologie. Das von der Evolutionstheorie geprägte Prinzip »survival of the fittest« wird von Vertreter*innen der extremen Rechten auf das menschliche Zusammenleben übertragen. Aus dem »Überleben der am besten Angepassten« wurde in der deutschen Übersetzung das »Überleben des Stärkeren« (Bartens 2010). Das in der rechtsextremen Weltanschauung daraus hergeleitete »Recht des Stärkeren« dient als Legitimation für ein Sich-behaupten-müssen im angeblich ewig währenden »Kampf um das Dasein« zwischen den vermeintlich verschiedenen Völkern (Wagner 2018: 5). Das Volk gilt im Rechtsextremismus als oberste Autorität, während der „einzelne Mensch [...] im rechtsextremen Verständnis »Diener seines Volkes« [ist], mit dem er ethnisch-völkisch und kulturell unauflösbar verbunden ist“ (Salzborn 2017b: 9).

Die Verklärung des Natürlichen begründet das anti-demokratische Denken, da dabei eine Negation des Primats der Vernunft stattfindet. Das Individuum wird der Gemeinschaft stets untergeordnet, Individualismus wird abgelehnt, genauso wie Wertepluralismus und die universale Geltung der Menschenrechte, welche ein unverbrüchliches Prinzip einer verfassungsrechtlichen Demokratie darstellen:

„Die rechtsextreme Weltanschauung ist demgegenüber eine Art politischer Fundamentalismus, der von unverrückbaren, nicht diskursfähigen, absoluten Prinzipien lebt. Sie gelten als ewiggültige oder als von Natur aus wahr und bedürfen deshalb gar keiner rationalen Begründung. Der quasi-religiöse Glaube an Volk, Nation, Vaterland usw. tritt an die Stelle politischer Programmatiken, denen es um die Diskussion und Durchsetzung von rationalen Zielen geht. Diese Weltanschauung ist in ihrer Substanz irrational.“ (Jaschke 2011: 52)

Bestandteil dieser Irrationalität und Mystifizierung von Natur ist die Unterteilung der Menschen in verschiedene »naturhafte Ethnien«, welche sich aus einem »natürlichen Biotop« heraus entwickeln würden. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass dieses »natürliche Biotop« die jeweiligen »Ethnien« auf eine für sie spezifische Art und Weise prägt und ihnen dadurch einen »geerdeten Charakter« verleiht. Dieser sei nicht soziokulturell vermittelt, sondern biologisch vererbt (Wagner 2018: 5 f.). Dahinter steckt die Annahme einer natürlichen Verbindung von Volk und Raum, welche im Rechtsextremismus als untrennbar miteinander verbunden gedacht werden. Auf diese Vorstellung gründet sich auch die nationalsozialistische

»Blut und Boden«-Ideologie, welche Grundlage war für die geplante Umstrukturierung vom Deutschen Reich in einen sogenannten Bauernstaat¹⁴ (Fehn 2003). Die Idealisierung der bäuerlichen Lebensweise, die als idealtypisch für die »deutsche Rasse« galt, wurde einer angeblich »dekadenten Urbanität« entgegengesetzt, welche mit einem vermeintlich »jüdischen Nomadentum« assoziiert wurde (Schmoll 2003: 169 ff.). Die Naturalisierung von »Volkseigenschaften« ist auch heute noch im Rechtsextremismus anzutreffen¹⁵:

„So werden beispielsweise „bodengebundene“ und „bodenungebundene“ Völker unterschieden. Die Juden sind nach dieser Auffassung die Anführer der „bodenungebundenen Völker“, die ihre Kraft aus dem Geld zögen. Mit dieser Systematik wird dem Stamm, der Ethnie, eine biopsychische „Arteigenschaft“ zugeschrieben, die nicht einfach dauerhaft kulturell überlagert werden kann.“ (Wagner 2018: 6)

Der auf dieser Denkweise aufbauende Antisemitismus ist zentraler Bestandteil des rechtsextremen Weltbildes. Er äußert sich als »Gerücht über die Juden« auf verschiedene Arten (Adorno 1969: 141). Der Antisemitismus reicht von der Leugnung der Schoah über die Schändung von Gedenkstätten bis hin zu tätlichen Übergriffen gegen vermeintliche oder reale Jüdinnen und Juden. Er geht häufig mit einer Infragestellung des Existenzrechts des Staates Israel einher sowie der Verantwortungsabwehr für die Schoah und einer Täter-Opfer-Umkehr. Der Rechtsextreme meint in allem, was für ihn jüdisch ist, genau das zu erkennen, was er selber nicht sein möchte. Die Jüdinnen und Juden werden im rechtsextremen Denken mit von ihm verhassten Aspekten wie Vernunft und Aufklärung, Liberalismus und Kommunismus, Kosmopolitismus und Intellektualität assoziiert (Salzborn 2017b: 10). Insbesondere in der jüngeren Vergangenheit ist die Verknüpfung von Antisemitismus und Antiamerikanismus präsent:

¹⁴ Die Schaffung neuer Siedlungsräume war nicht zuletzt die legitimatorische Begründung für den von den Nationalsozialist*innen geführten Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion (Jahn et al. 2017). Während die dort ansässige Bevölkerung versklavt, in Lager deportiert oder brutal ermordet wurde, heckten sogenannte »Landschaftsarchitekten« Pläne zur Landpflege aus, etwa über die Gestaltung der Wälder oder wie Bauernhäuser zukünftig zu bauen seien (Franke 2016). Um dem Widerspruch, die deutsche Bevölkerung in nicht-deutschen Gebieten anzusiedeln, zu begegnen, wurden Landschaftsarchitekten unter der Führung Heinrich Himmlers für die Umsetzung des sogenannten »Generalplan Ost« mit der Aufgabe betraut, „deutsche Volksgruppen in den ‚eingegliederten Ostgebieten‘ anzusiedeln, gegen den ‚schädigenden Einfluss‘ von ‚volksfremden Bevölkerungsteilen‘ vorzugehen – was nichts anderes bedeutete, als einen organisierten Massenmord ins Werk zu setzen –, neue Siedlungsgebiete zu strukturieren und sie auch landschaftlich zu ‚deutschen Gebieten‘ zu machen“ (Franke 2016).

¹⁵ Und nicht nur in Kreisen der extremen Rechten möchte man hinzufügen. So fragt etwa Salzborn: „Was heißt es über den Rechtsextremismus und seine historische, politische und soziale (Nicht-)Abgrenzung von der politischen Mitte, wenn dieses Grundaxiom – das völkische Abstammungsprinzip – bis Ende des Jahres 1999 zentrale Grundlage des bundesdeutschen Staatsangehörigkeitsrechts war?“ (Salzborn 2018: 13).

„Aufgrund der ressentimenthaften Struktur des Antiamerikanismus, die sich aus einer ambivalenten Mischung von Über- und Unterlegenheit, von Verachtung und Bewunderung, von Ohnmacht und Omnipotenz, von Rachegelesten und Schadenfreude, von Liebe und Hass gegenüber Amerika konstituiert, zeigt sich dabei auch eine Parallele zur Wahn- und Projektionsstruktur des Antisemitismus, deren gemeinsamen Nenner [...] in einer antimodernen Regression gesehen werden kann, bei der „Juden“, „Amerika“ und „die Moderne“ die drei tragenden Säulen des klassischen Antisemitismus und Antiamerikanismus bilden.“ (Salzborn 2018: 28)

Auch über den Rechtsextremismus hinaus ist die Vorstellung einer »jüdischen Weltverschwörung« weit verbreitet, welche sich in vielen verschiedenen Varianten äußert: etwa in der Behauptung einer »jüdischen Finanz- und oder Medienmacht« (ebd.). Die Vorstellung einer Verschwörung (ein systematisch wie historisch antisemitisches Motiv) richtet sich im modernen Rechtsextremismus zwar dominant gegen reale oder vermeintliche Jüdinnen und Juden, aber nicht ausschließlich. Verbreitet ist die Wahnvorstellung einer etwaigen »Islamisierung des Abendlandes«, hinter der eine Verschwörung sogenannter Eliten stecke, welche durch islamische Einwanderung die systematische Schwächung eines »ethnisch reinen Volkes« anstreben (Salzborn 2017b: 10).

Um im weiteren Verlauf dieser Arbeit die Elemente rechtsextremer Weltanschauung präsent zu haben und sie für die Analyse der rechten Wachstumskritik nutzbar machen zu können, werden sie folgend noch einmal kurz zusammengefasst. Salzborn bringt die Grundbestandteile einer rechten Ideologie griffig auf den Punkt:

„Das rechtsextreme Denken ist getragen von einer Ideologie der Ungleichheit, die Menschen ihre Individualität abspricht und die Errungenschaften von Aufklärung und Emanzipation rückgängig machen will. Gegen die offene, pluralistische Gesellschaft stellt das rechtsextreme Weltbild die völkische, homogene Gemeinschaft – die als »natürliches« Kollektiv unterstellt wird, was mal rassistisch, mal kulturalistisch begründet wird. Die Ablehnung von Pluralismus, Freiheit und Demokratie führt zu einem hierarchischen Politikverständnis, das sich antisemitisch, rassistisch, antiliberal, patriarchal, antifeministisch, homophob, elitär, sozialdarwinistisch und autoritär äußert.“ (ebd.)

Neben den Elementen der rechtsextremen Ideologie ist es notwendig, den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit einzugrenzen. Dafür wird im nächsten Kapitel

zunächst herausgearbeitet, welche Strömung der politischen Rechten einen affirmativen Bezug auf Postwachstum hat und die Hauptakteure der rechtsextremen Wachstumskritik vorgestellt.

4.2 Die Rechten und ihr ambivalentes Verhältnis zum Wachstum

Wie in dem Kapitel 3.2.3 Der Postwachstumsansatz zwischen Selbstanspruch und Fremdwahrnehmungsbereits aufgezeigt wurde, wird der Postwachstumsansatz in der öffentlichen Wahrnehmung wie auch im eigenen Selbstverständnis als vornehmlich linkes, zumindest aber progressives und emanzipatorisches Projekt verhandelt (Nordsiek 2018). Tatsächlich scheinen sich aktuelle rechte Strömungen häufig positiv auf anhaltendes Wirtschaftswachstum zu beziehen. So etwa jene Teile, welche in der Öffentlichkeit meist mit dem Attribut »populistisch«¹⁶ beschrieben werden, wie Donald Trump in den USA oder die »FPÖ« in Österreich. Hierzu zählt auch der national-liberale Flügel der »AfD«, prominent vertreten durch die stellvertretende Bundessprecherin Alice Weidel und den Bundessprecher Jörg Meuthen. Beide beziehen sich affirmativ auf marktliberale Positionen und stehen einer Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum positiv gegenüber (Eversberg 2018: 54 f.). Charakteristisch für die wachstumsbefürwortende Position sind Äußerungen wie diese:

„Man kennt es bereits: Wieder einmal korrigiert der IWF seine Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum nach unten, diesmal von 1,9 auf 1,3 Prozent. Als wesentliche Gründe für diese Korrektur werden die schlechte Stimmung in der Eurozone und die unsägliche Debatte um Dieselfahrverbote genannt. Da zerlegen gerade meinungsprägende Ökopopulisten ohne Rücksicht auf Verluste eine über Jahrzehnte hinweg mühsam aufgebaute Automobilindustrie und Zuliefererbetriebe, tyrannisieren Autobauer und Autofahrer und enteignen sie, nur um etwas für ihr vorgeblich grünes Gewissen zu tun. In so einem Umfeld kann eine Volkswirtschaft nicht gedeihen. Die soziale Marktwirtschaft und der Schutz von Eigentumsrechten haben dieses

¹⁶ Salzborn begreift den »Rechtspopulismus« nicht als eigenständige politische Strömung, sondern als „eine politische Strategieoption im Rechtsextremismus“ (Salzborn 2017b: 11). Eine allgemeingültige Definition lässt sich über das komplexe Phänomen des »Populismus« nicht geben, Karin Priester unterscheidet bei den Ansätzen die Versuche Populismus als »Ideologie«, »Strategie des Machterwerbs und Machterhalts« und als »Diskurspraxis« (Priester 2012: 40). Als grundlegend für den populistischen Denkstil beschreibt sie folgende Elemente: „(1) die Gegenüberstellung von »gemeinem Volk« und Eliten (Politiker, Meinungsmacher), (2) die Berufung auf das durch die Eliten noch unverfälschte Urteilsvermögen des Volkes oder seinen Common Sense, (3) die verschwörungstheoretische Denunziation der Machenschaften der Eliten (Menschenhatz, psychische und physische Vernichtung), (4) die Moralisierung des Diskurses (Wahrheit vs. Unwahrheit; moralische Rückgratlosigkeit der Eliten), (5) die Beschwörung von Krise/Niedergang (das Volk hat »noch« ein unverfälschtes Urteil, kann »noch« zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden), (6) die Legitimationsbasis des »gemeinen Volkes« als »Stimme Gottes“ (ebd.: 42).

Land groß gemacht. Die wirtschaftssadistischen Ökoideologen dieser Tage sind gerade dabei, all das zu zerstören.“ (Meuthen 2019)

Betrachtet man solche öffentlichen Aussagen, vermutet man keine Bestrebungen der politisch Rechten sich mit Ökologie und Postwachstum auseinanderzusetzen. Wachstum wird hier größtenteils noch als Garant für Wohlstand und Arbeit verstanden, politische Auseinandersetzung um Dieselfahrverbote als »Ökopopulismus« und »wirtschaftssadistisch« wahrgenommen. Für Eversberg ist daher die Frage, „wie sich rechtspopulistische Kräfte zur Wachstumskritik verhalten, [...] schnell geklärt: Sie können mit ihr nichts anfangen, meist lehnen sie sie klar ab“ (Eversberg 2018: 54). Die Gefahr einer positiven Bezugnahme oder gar »Vereinnahmung« der Wachstumskritik durch diese marktliberalen Strömungen und Flügel sieht Eversberg vorerst nicht gegeben: „Dass Kräfte wie FN, FPÖ oder die ultraindividualistische US-Rechte um Trump auf die Idee kommen könnten, wachstumskritische Positionen zu vereinnahmen, ist also bis auf Weiteres nicht zu befürchten“ (ebd.: 55). Zu stark sei die Orientierung an einem »ökonomischen Common Sense« oder um es in der Sprache der Rechts-Populist*innen auszudrücken: an einem »gesundem Volksempfinden«, welches Wachstum mit individuellem Wohlstandsgewinnen assoziiere (ebd.: 54).

Anders schätzt Eversberg die aktuelle Lage und mögliche Entwicklung für die »AfD« ein, da dort „gegenwärtig ein Richtungsstreit stattfindet, infolgedessen (jedenfalls verbale) Wachstumskritik künftig durchaus an Bedeutung in der Politik der Partei gewinnen könnte“ (ebd.: 55). Die bundesdeutsche »AfD« scheint nicht nur in der Frage des Wachstums gespalten zu sein. Ihre Mitglieder und Wähler*innen zeigen sich einerseits auf Veranstaltungen wie der Compact-Konferenz »Gegen den Klimawahn«, wo sie Seite an Seite mit Verschwörungsideolog*innen und Klimawandelleugner*innen wie dem »EIKE-Institut«¹⁷ sitzen (Coen 2019). Im »AfD«-Wahlprogramm zur Europawahl 2019 heißt es unter der Rubrik »Klima und Energie«:

¹⁷ Das »Europäische Institut für Klima und Energie« (»EIKE«) ist Teil der deutschen Klimaskeptiker-Szene. Sie stellen den menschengemachten Klimawandel als wissenschaftlich nicht haltbar dar und halten jegliche Klimapolitik für eine Täuschung der Öffentlichkeit. Sie unterhalten enge Kontakte zu dem einflussreichen Klimawandelleugner Fred Singer und prägen maßgeblich die Klimapositionen der »AfD«. Dabei bemühen sie sich, den Schein einer vermeintlichen Wissenschaftlichkeit zu suggerieren: „Bei EIKE handelt es sich nicht um ein Forschungsinstitut, sondern um einen in Jena eingetragenen Verein, der eine klare politische Botschaft oder genauer: eine Mission formuliert“ (Brunnengräber 2013: 28).

„Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg.“ (AfD-Europawahlprogramm 2019: 79)

Doch es regt sich aus den eigenen Reihen Widerspruch gegen diesen Kurs. Nachdem die »AfD« bei der Europawahl (insbesondere bei jungen Wähler*innen) erfolglos abschneidet, rebelliert der »Berliner Landesverband der Jugendorganisation Junge Alternative« (JA) gegen die Leugnung des Klimawandels in den Reihen der Erwachsenenorganisation. In einem internen Positionspapier, welches der »Welt« vorliegt, fordert die »JA« einen Kurswechsel zum Thema Klima- und Umweltschutz:

„Das Thema Klimawandel und Umweltschutz muss von uns stärker besetzt werden.‘ Frontal geht die Berliner JA das Partei-Establishment an: ‚Wir fordern die Mandats- und Funktionsträger unserer Partei dazu auf, von der schwer nachvollziehbaren Aussage Abstand zu nehmen, der Mensch würde das Klima nicht beeinflussen.‘“ (Kamann 2019)

Allerdings, so heißt es in dem Schreiben weiter, solle der anvisierte Kurswechsel „innerhalb des thematischen Rahmens der AfD“ (ebd.) stattfinden. Die »JA« schlägt vor, „die Entwicklungshilfe für Schwellenländer an die Einführung einer Ein-Kind-Politik zu koppeln, um einem der größten Klimaprobleme, der Überbevölkerung, entgegenzutreten“ (ebd.). Diese rhetorische Kopplung von Klimaproblemen und einer angeblichen Überbevölkerung im globalen Süden findet sich auch innerhalb der bundesweiten Erwachsenenorganisation:

„Der zum völkischen ‚Flügel‘ gehörende AfD-Abgeordnete Rainer Kraft etwa warf 2018 der Bundesregierung vor, die ‚Massenmigration nach Europa‘ zu fördern, ‚obwohl der CO₂-Fußabdruck eines Mitteleuropäers zehnmal so groß ist wie der eines Menschen in Afrika. Eine Million Menschen, die Sie zu uns holen, erzeugen zehnmal so viel CO₂ wie in Afrika.‘“ (Koester 2019)

Der stellvertretende Bundessprecher der »AfD« Stephan Brandner spricht sich in folgender Äußerung gegen die Förderung erneuerbarer Energien aus, da er ein weitaus größeres Problem in der Kohlendioxid produzierenden »Atemluft der Menschheit« sieht:

„Selbst wenn es für den Preis der Windkraft-Verspargelung unserer Heimat gelänge, die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, dann entspräche das im Jahr 2020 gegenüber heute einer Gesamt-

minderung von 120 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Allein die Atemluft der Menschheit enthält knapp drei Milliarden Tonnen Kohlendioxid und gemäß dem prognostizierten Bevölkerungswachstum werden dadurch ab 2050 jährlich zusätzlich über eine halbe Milliarde Tonnen CO₂ emittiert werden. Diese Zahlen belegen, wie weltfremd es ist, auf Kosten unserer Umwelt und unserer Arbeitsplätze, die im globalen Maßstab minimalen deutschen CO₂-Mengen weiter reduzieren zu wollen.“ (Brandner 2019)

Kraft und Brandner gehören beide zum völkisch-nationalen Flügel der »AfD« und gelten als enge Vertraute des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke. Letzterer ist Mitbegründer der bereits 2015 ins Leben gerufenen rechtsextremen AfD-Strömung »Der Flügel«.¹⁸ Seit ungefähr 2008 ist Höcke mit Thorsten Heise, Neonazi und Mitglied des Bundesvorstands der »NPD«, bekannt, dessen Zeitschrift »Volk in Bewegung & Der Reichsbote« (ViB) als rechtsextrem und neonazistisch eingestuft wird (Drucksache des Deutschen Bundestages 17/14811: 5). Unter dem Pseudonym »Landolf Ladig« hat Björn Höcke in diesem Magazin zahlreiche Artikel verfasst, in welchen er die Ideen des nationalsozialistischen Regimes verherrlicht.¹⁹ Unter anderem veröffentlichte Höcke in der »ViB« auch seine Gedanken zu »Ökologie und Postwachstum«. In dem Artikel »Krise des Liberalismus« konstatiert er:

„Ohne Zweifel lässt sich die Postwachstumsökonomie mit ihrer Wertschätzung für Regionalität, Vielheit, Unentfremdetheit und ihren Reformideen für ein neues Boden- und Geldrecht mühelos in die Weltanschauung der identitären Systemopposition integrieren.“ (Ladig 2012)

In dem Artikel nimmt er mehrfach positiven Bezug auf Nico Paech, welcher, wie in Kapitel 3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung« aufgezeigt wurde, als eine Art Galionsfigur der deutschen Postwachstumsszene gilt und spricht eine Literaturempfehlung für dessen Website »postwachstumsökonomie.org« aus (ebd.).

¹⁸ Trotz parteiinterner Kritik ist der Einfluss von Höckes »Flügel« innerhalb der Partei nicht zu unterschätzen: „Höckes ‚Flügel‘ hat einen großen Einfluss in der AfD. Gauland hatte Anfang des Jahres gesagt, die Gruppierung könne auf Parteitag bis zu 40 Prozent der Delegierten hinter sich bringen.“ (AFP 2019). Inzwischen ist der »Flügel«, zumindest offiziell, aufgelöst (Höcke und Kalbitz 2020).

¹⁹ Obwohl Björn Höcke bis heute sowohl die enge Bekanntschaft mit Thorsten Heise bestreitet als auch den Umstand, hinter dem Pseudonym »Landolf Ladig« zu stecken, konnte beides vom Soziologen Andres Kemper nachgewiesen werden. Im Folgenden wird sich daher auf »Landolf Ladig« als Björn Höcke bezogen (Kemper 2015a, 2016).

Bei der weiteren Recherche fällt auf, dass der Personenkreis, der sich affirmativ auf den Postwachstumsansatz bezieht, im Umfeld der »Neuen Rechten«²⁰ zu verorten ist. Dazu gehört Felix Menzel, Herausgeber der rechtsextremen Schülerzeitschrift »Blaue Narzisse« und eine der zentralen Figuren der sogenannten »Identitären Bewegung«²¹ in Deutschland. Auf dem Blog der neurechten Monatszeitschrift »Sezession« des rechtsextremen Verlegers Götz Kubitschek²² veröffentlichte Menzel eine mehrteilige Reihe zum Thema »Wachstumskritik« (Menzel 2015a, 2015b, 2015c, 2015d, 2015e, 2015f, 2015g, 2016b, 2016a, 2016c, 2016d, 2016e, 2017). Zudem verweist er in seinen Texten immer wieder auf Theoretiker der Postwachstumsdebatte wie Nico Paech oder Tim Jackson (Menzel 2015c, 2015e). 2013 erschienen in der »Blauen Narzisse« mehrere Artikel, welche sich auf einer eher pragmatischen Ebene mit Fragen und Problemstellungen der „*Décroissance* und Postwachstumsökonomie“ beschäftigten, etwa den Chancen und Fallstricken der »Shareconomy« (Menzel 2013). Im selben Jahr brachte Menzel gemeinsam mit Philip Stein das Buch »Junges Europa. Szenarien des Umbruchs« heraus, in welchem sie in einem eigenen Kapitel Fragen der »*Décroissance*« erörterten. Dabei finden die beiden Autoren viele lobende Worte für

²⁰ Salzborn kritisiert die mitunter diffuse Verwendung des Terminus »Neue Rechte« für alle Phänomene des rechten Randes, die irgendwie als »neu« wahrgenommen werden. Er hingegen bestimmt das Phänomen als eine politische Strömung, welche sich historisch in den 1970er-Jahren herausgebildet hat (Salzborn 2017a: 34). Prägende Einflüsse auf die Neue Rechte in Deutschland haben dabei die französische »Nouvelle Droite«, insbesondere Alain de Benoist und sein Konzept des »Ethnopluralismus«, welches an der rechtsextremen Ideologie der Ungleichheit festhält, sie jedoch kulturalistisch anstatt rassistisch begründet (ebd.: 38). Die politische Zielsetzung lässt sich vor allem durch „die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) ‚kulturellen Hegemonie‘“ beschreiben (ebd.: 35). In ihren Strategien bedienen sich die Akteur*innen bei linken Kulturtechniken, insbesondere an der Hegemonietheorie des marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci, die sie für den Zweck einer sogenannten »Konservativen Revolution« adaptieren (ebd.: 38). „In der Publizistik der Neuen Rechten nehmen die Klassiker der Konservativen Revolution der 1920er und 1930er Jahre einen ungebrochen hohen Stellenwert ein“ (Weiß 2017). Trotz des neuen Terminus Ethnopluralismus und der nach Selbstdarstellung vollzogenen Abgrenzung zum Nationalsozialismus sieht Volker Weiß weite Teile der Neuen Rechten „in der Tradition des Faschismus“ (ebd.).

²¹ Die »Identitäre Bewegung« ist die Selbstbezeichnung von rechtsextremen Gruppierungen, welche jung, modern und aktionistisch auftreten und die Ideologie des »Ethnopluralismus«, eine Art »Rassismus ohne Rassen«, vertreten. Sie sind politisch innerhalb der Neuen Rechten zu verorten und nach dem Vorbild der französischen »bloc identitaire« strukturiert. Sie pflegen enge Verbindungen zur neofaschistischen »CasaPound Italia« (»CPI«) und »Alt-Right-Bewegung« in den USA (Weiß 2017).

²² Götz Kubitschek ist ein zentraler Akteur der Neuen Rechten in Deutschland. Er ist Verleger des rechtsextremen Verlages »Antaios« und Herausgeber der Monatszeitschrift »Sezession«. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Ellen Kositzka, regelmäßige Autorin der »Sezession«, lebt er in Schnellroda im südlichen Sachsen-Anhalt. Dort gründete er 2000 das sogenannte »Institut für Staatspolitik« (»IfS«), welches als einflussreicher Thinktank der Neuen Rechten gilt. Bei dort stattfindenden Veranstaltungen ist Björn Höcke gern gesehener Redner, 2015 hält dieser im »IfS« eine biologistisch und rassistisch anmutende Rede über »Afrikaner«, »Reproduktionsraten« und »Überbevölkerung« (Hensel et al. 2016: 35).

den Postwachstumsgedanken, daneben aber Kritik an »szenetypischen Weltuntergangsszenarien« und die obligatorischen Zweifel an den „Grundannahmen zum Menschengemachten Klimawandel und der Bedeutung des CO₂-Ausstoßes“ (Menzel und Stein 2013: 62). Vor allem scheinen sie sich jedoch daran zu stören, dass das Thema vornehmlich von »linker Seite« bearbeitet wird:

„Die Themen der Décroissance-Bewegung sind heute weitgehend links besetzt. Dabei sind Natur, Nachhaltigkeit, Geistesreform und natürliche Ästhetik eigentlich Themen, die seit jeher eher von der politischen Rechten thematisiert und verteidigt wurden.“ (ebd.)

Philip Stein ist ein weiterer wichtiger Stichwortgeber innerhalb der Neuen Rechten, tritt als Pressesprecher der deutschen Burschenschaft auf und leitet das rechtsextreme Projekt »Ein Prozent«. Im Rahmen eines Treffens der »NPD«-nahen rechtsextremen Zeitschrift »Umwelt & Aktiv« hielt Stein eine Rede über die Themen »Überbevölkerung und Ökologie« (Fuchs und Middelhoff 2019: 54 ff.). In dieser Rede sprach er sich unter affirmativem Bezug auf das Konzept »décroissance« für »Konsumverzicht« und die Notwendigkeit einer »ökologischen Lebensweise« aus. Ihm zufolge fehle dem »links-bürgerlichen Milieu«, welches sich positiv auf diese Themen beziehe, lediglich der »kleine Schritt« um zu erkennen, dass diese Themen eigentlich »rechts« zu verorten sind, da sie einen »heimat-treuen« und »völkischen« Ursprung haben (Stein 2017). Den rechten Kreisen wirft Stein vor, auf Vorschläge wie einen bundesweiten »Veggie Day« mit Ablehnung zu reagieren, obwohl dieser Vorstoß als »Minimalforderung« zu betrachten wäre. In seinem »Ökomanifest von rechts« schreibt Stein:

„Eine „Décroissance“, die Rückkehr zum Ursprünglichen, ja eine ökologisch-völkische Renaissance ist es, die wir allzu bürgerlich Gewordenen vertreten müssen. Wem der lediglich ein- oder zweimalige Verzehr von Fleisch pro Woche schon ein zu großes Opfer ist, der ist ohnehin für die politische Rechte nutzlos.“ (Stein 2014)

Eine weitere wichtige Akteurin innerhalb der Neuen Rechten ist Ellen Kositzka. Sie ist Andreas Speit zufolge „die einzige Frau mit Gewicht innerhalb der Neuen Rechten“ (Speit 2016: 325). Sie ist Stammautorin bei der »Sezession« und hat mehrere Monographien mit dem Fokus auf Antifeminismus herausgegeben (Kositzka 2008, 2017). In ihrer Kolumne wird deutlich, dass sie sich für die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit interessiert, etwa wenn sie im Rahmen eines Familienurlaubberichts schreibt: „Unser ökologischer Fußabdruck wäre bei Minus 10. Wir konsumieren keine Südfrüchte. Wir tragen strikt ausschließlich bereits getragene Kleidung. Wir haben kaum Plastik im Haushalt“ (Kositzka 2019). Weiter heißt es in dem Text: „Es geht gen Süden, klimaschädlicherweise per Flugzeug. Erstmals haben wir in diesem Jahr Europa verlassen“ (ebd.). Bereits 2013 setzt sie sich in einer

Rezension, stellenweise durchaus wohlwollend, mit den Gedanken des Postwachstumsaktivisten Harald Welzer und seiner Kritik an der »Konsumgesellschaft« auseinander (Kositza 2013). Eine explizite, terminologische Bezugnahme auf Postwachstum konnte jedoch an keiner Stelle herausgearbeitet werden. Dies könnte nicht zuletzt daran liegen, dass Kositza versucht, dem Widerspruch, eine wichtige intellektuelle Stichwortgeberin innerhalb der Neuen Rechten zu sein und gleichzeitig einen massiven Antifeminismus zu propagieren, unter anderem dadurch begegnet, die eigenen intellektuellen Fähigkeiten konsequent herunterzuspielen. Dies geschieht etwa durch einen stark emotionalisierten, alltagsweltlichen Schreibstil als Abgrenzung zu einer männlich konnotierten analytischen Denkweise. Kositza selbst bezeichnet ihre Kolumne als »Nähkästchenplaudereien« (Haas 2020: 210f.). Die mangelnde Bezugnahme auf theoretische Konzepte wie »Postwachstum« bei gleichzeitigem Vorhandensein von wachstumskritischen Positionen könnte dadurch begründet sein.

Es stellt sich heraus, dass die Spektren, welche gemeinhin als »populistisch« bezeichnet werden, häufig eine Orientierung aufs Wirtschaftswachstum befürworten. Die Akteur*innen, die einen affirmativen Bezug auf Postwachstum haben, sind in der Neuen Rechten zu verorten.

4.3 Methodische Vorüberlegungen zur Analyse einer rechtsextremen Wachstumskritik

Björn Höcke, Felix Menzel und Philip Stein sind jene Akteure, welche eine rechts-extreme Wachstumskritik formulieren. Zwar gibt es auch weitere Personen aus dem rechtsextremen Umfeld, wie Ellen Kositza, welche wachstumskritische Anleihen aufweisen, jedoch ohne expliziten, terminologischen Bezug zu dem Postwachstumsansatz. Aus forschungsökonomischen Gründen wird sich die folgende Untersuchung auf den Personenkreis beschränken, der den Terminus »Postwachstum« oder »décroissance« für sich reklamiert.

Die auf diese Weise ausgewählten Positionen werden im weiteren Verlauf im Hinblick auf die erkenntnisleitende Fragestellung genauer analysiert. Diese Analyse wird in Anlehnung an die »Qualitative Inhaltsanalyse« nach Mayring erfolgen (Mayring 2010). Die qualitative Inhaltsanalyse ist eine Methode der empirischen Sozialforschung, welche für die systematische Auswertung von Daten herangezogen wird. Die Zielsetzung der qualitativen Inhaltsanalyse liegt in der systematischen Bearbeitung von Kommunikationsmaterial. Bei den Materialien kann es sich neben Texten auch um sehr unterschiedliche Formen von Material handeln, etwa musikalisches, plastisches oder bildliches. Wichtig ist dabei lediglich, dass die Kommunikationsmaterialien irgendwie protokolliert sind (Mayring 2008: 468 f.). Die Qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht die Ordnung und Strukturierung, sowohl

von manifesten als auch von latenten Inhalten: „Moderne Inhaltsanalyse zielt dabei nicht mehr nur auf den Inhalt des verbalen Materials ab. Formale Aspekte ebenso wie latente Sinngehalte kann sie zu ihrem Gegenstand machen“ (ebd.). Wichtige Bestandteile der qualitativen Inhaltsanalyse sind die Entwicklung einer überprüfbaren Systematik der analysierten Texte, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und zugleich den mannigfaltigen Bedeutungen des Materials und dessen Interpretationsbedürfnissen gerecht wird. Dabei besteht im Gegensatz zu quantitativen Methoden nicht der Anspruch auf Repräsentativität einer Grundgesamtheit (Mayring und Brunner 2013: 323 ff.).

Es gibt verschiedene qualitative inhaltsanalytische Verfahren, die eingesetzt werden können. Während zusammenfassende Techniken eine Materialreduktion aufs Wesentliche anstreben, verfolgen explizierende Verfahren das Analyseinteresse unklare Textstellen zu erläutern. Bei den strukturierenden Verfahren liegt der Fokus auf einzelnen Analyseaspekten, welche systematisch durch das Material hindurch verfolgt werden (ebd.: 326). Für die Beantwortung der erkenntnisleitenden Forschungsfrage eignet sich insbesondere die »Induktive Kategorienbildung«. Dieses Vorgehen zeichnet sich dadurch aus, dass das inhaltstragende Material nicht in seiner Gesamtheit paraphrasiert wird. Stattdessen werden nur bestimmte Aspekte des Materials herangezogen: jene, die sich auf das Thema der Kategorienbildung beziehen (Kuckartz 2018: 77). Die induktive Vorgehensweise ist auch dann anwendbar, wenn das Kategoriensystem nicht von Anfang an deutlich formuliert werden kann und sich die einzelnen Analysekatoren erst im Prozess aus dem Material heraus entwickeln:

„Die induktive Kategorienbildung stellt eine Art selektiver Zusammenfassung dar. Dazu wird zunächst als Selektionskriterium eine allgemeine Kategoriendefinition theoriegeleitet entwickelt, die festlegt, welcher Art die zu bildenden Kategorien sein sollen, auf welche Thematik sie sich beziehen sollen. Auch hier muss nun das Abstraktionsniveau der zu bildenden Kategorien definiert werden. In der Folge ist es auch hier möglich, das Abstraktionsniveau heraufzusetzen und so zu Hauptkategorien zusammenzufassen.“ (Mayring und Brunner 2013: 327)

Entscheidend für die Auswahl des induktiven Verfahrens für die vorliegende Arbeit ist, dass es leicht anwendbar ist und sich gut auf die erkenntnisleitende Fragestellung übertragen lässt. Da nicht das gesamte Material paraphrasiert werden muss, ist es möglich eine relativ große Materialdichte auszuwerten und dabei den Fokus auf die Aspekte zu legen, welche für die Analyse von besonderer Wichtigkeit sind (Mayring 2008: 474). Obwohl es durch seine Offenheit Ähnlichkeiten mit Methoden aus der »Grounded Theory« hat, ist es weniger explorativ. Durch die

eher deskriptive Zielsetzung erlaubt das Verfahren ein regelgeleitetes, strukturiertes und zielgerichtetes Vorgehen (Mayring und Brunner 2013: 327). Vorherige theoretische Überlegungen als auch eine Anbindung an Theorien sind für die Kategorienbildung, das heißt für die Entwicklung der »Elemente rechtsextremer Wachstumskritik«, unabdingbar. Gleichzeitig ermöglicht das Verfahren auch eine gewisse Offenheit des Prozesses, da mehrere Zirkel durchlaufen werden (Kuckartz 2018: 78). Obwohl ein Kategoriensystem in der Analyse angewendet wird, kann dieses während der Analyse in Rückkopplungsschleifen überarbeitet werden und ermöglicht somit eine flexible Anpassung an das Material (Mayring 2008: 474). Ein solches theoriebasiertes, zielgerichtetes Vorgehen bei gleichzeitiger Offenheit und Prozessorientierung ist ebenfalls außerordentlich geeignet für die Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung, da bisher noch keine systematische Theorie über rechte Wachstumskritik existiert. Zudem ist es notwendig neben den offensichtlichen Inhalten des Materials auch latente Sinninhalte herauszuarbeiten und mit den Theorien, welche in den vorherigen Kapiteln herausgearbeitet wurden, in Verbindung zu setzen.

Im nächsten Kapitel werden die bisherigen Erkenntnisse unter zur Hilfenahme der induktiven Kategorienbildung in Anlehnung an die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring angewendet, um die erkenntnisleitende Fragestellung der vorliegenden Arbeit zu beantworten. Es wird untersucht, was rechtsextreme Wachstumskritik auszeichnet und welche Akteure sie in welcher Art und Weise artikulieren. Ziel der Analyse ist es, Elemente einer rechten Wachstumskritik aufzuzeigen. Dafür werden Schriftstücke der rechtsextremen Wachstumskritiker Björn Höcke, Felix Menzel und Philip Stein in Bezug auf wiederkehrende Elemente und Argumentationsmuster hin untersucht.

4.4 Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik

Für die Analyse, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden, wurde sich auf alle Schriftstücke der im vorherigen Kapitel genannten Autoren bezogen, die während des Forschungsprozesses ausfindig gemacht werden konnten, nicht älteren Datums als 2008 waren und sich explizit mit dem Thema Wachstum beziehungsweise Wachstumskritik auseinandersetzen.²³ Dem Verfahren der induktiven Kategorienbildung folgend, wurden diese Schriftstücke zunächst unter Berücksichtigung einer allgemeinen Kategoriendefinition auf spezifische Argumentationsfiguren untersucht. Diese Kategoriendefinition wurde theoriegeleitet durch die in Kapitel 4.1 Elemente des rechtsextremen Weltbildes dargestellten

²³ Konkret sind dies: Höcke 2008, 2014; Kemper 2015b; Ladig 2012; Menzel 2013, 2015a, 2015b, 2015c, 2015d, 2015e, 2015f, 2015g, 2016a, 2016b, 2016c, 2016d, 2016e, 2017; Menzel und Stein 2013; Stein 2014.

Elemente eines rechtsextremen Weltbildes und die in Kapitel 3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung« beschriebenen Positionen wachstumskritischer Ansätze entwickelt. Auf diese Weise konnten aus dem Material heraus erste Kategorien durch selektive Zusammenfassung gewonnen werden. Diese Kategorien wurden durch erneute Betrachtungen des Materials beziehungsweise durch Rückkopplungsschleifen, die wiederkehrende Argumentationsmuster erkennen ließen, teilweise weiter zusammengefasst, um so durch eine Erhöhung des Abstraktionsniveaus verschiedene Hauptkategorien beschreiben zu können, die auf Grundlage der hier vorgenommenen Untersuchung als Elemente einer rechtsextremen Wachstumskritik gelten können.

Auf diese Weise konnten die »Biologisierung des Sozialen«, »Regionalismus und Lokalismus«, eine »Überbevölkerungs- und Einwanderungskritik«, »Antimodernismus« sowie ein »regressiver Antikapitalismus« als die zentralen Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik herausgearbeitet werden. Wichtig ist hierbei, dass die Kategorien einer kategorisierenden Darstellung dienen sollen und keineswegs der Eindruck vermittelt werden soll, dass die verschiedenen Elemente in der Realität als voneinander getrennte Argumente anzutreffen wären.

4.4.1 Biologisierung und Naturalisierung des Sozialen

Ein ideologisches Element, welches in der rechtsextremen Wachstumskritik immer wieder ausfindig gemacht werden kann, ist die »Biologisierung und Naturalisierung des Sozialen«, welche sich etwa in der Kritik an der sozialen Bestimmtheit des Menschen zeigt, der eine einzige »wahre«, da »natürliche« Art und Weise des Lebens gegenübergestellt wird. Vorstellungen einer angeblich zur menschlichen Weiterentwicklung notwendigen Not- und Leiderfahrung markieren das sozialdarwinistische und gewaltaffine Denken der rechtsextremen Wachstumskritiker. Hinter ihrem Ethnopluralismus steht ein rassistisches und völkisch-biologistisches Weltbild, welches Menschen in essentialistische Kollektive unterteilt, ihnen vermeintliche »Volkseigenschaften« unterstellt und aus diesen eine Überlegenheit des »deutschen Volkes«, welche sich durch eine besondere Fähigkeit zum »Konsumverzicht« auszeichne, postuliert.

Ein häufiges Moment in der rechtsextremen Wachstumskritik ist ihre scharfe Abgrenzung gegenüber der Partei »Die Grünen«, die für sie ein zentrales Feindbild verkörpert und deren Bezug zu Themen der Ökologie sie als »lebensfalsch« und »widersprüchlich« zurückweisen. Diese Haltung wird etwa in folgendem Zitat von Björn Höcke deutlich:

„Während die zuweilen hysterisch artikulierte Sorge um gefährdete Tierarten indirekt auf die Entelechie, also eine eingriffsfreie, die Anlagenseite betonende, Entwicklung des Wesen abstellt, wird der Mensch,

der biologisch betrachtet auch ein Teil der Fauna ist, aus dem ökologischen System herausgenommen. (...) Die nichthumane Natur darf sich nach ihrer inneren Logik entwickeln, der Mensch muß gemacht werden, so die Unlogik der ‚linken‘ Ökologen à la ‚Die Grünen‘.“ (Ladig 2012)

Vor dem Hintergrund, dass ihnen das »Postulat der Machbarkeit von Menschen« zugrunde läge, werden politische Programme, die eine politische Gleichstellung von Menschen anstreben, wie »Gender Mainstreaming« oder »Multikulturalismus« als »grausame Menschheitsexperimente« diffamiert (ebd.). Die Kritik einer angeblich postulierten »beliebigen Formbarkeit der Menschen« oder Formulierungen wie »absurde Experimente wie die Masseneinwanderung« finden sich auch in Schriften von Felix Menzel wieder (Menzel 2015f).

Die rechten Wachstumskritiker konstatieren nicht ohne Bedauern, dass ökologische Themen gesellschaftlich als »linke Themen« wahrgenommen werden und das „zurecht von einem verlorenen ökologischen Auftrag des „rechten“ Lagers gesprochen“ werden kann (Ladig 2012). Philip Stein spricht gar davon, dass der „vorherrschende Alleinanspruch des linken Milieus auf Themen und Begriffe wie Umwelt, Natur und Ökologie“ die folgenschwerste verlorene »Deutungsschlacht« fürs rechte Lager darstelle:

„Dabei sind jene Themen und Begrifflichkeiten, die von der politischen Linken seit `68 als Vehikel für marxistische Gesellschaftsideen genutzt werden, durch ihre unbedingte und unabdingbare Verbindung mit dem Wert der Heimat, ja auch dem biologisch-völkischen Erbe, ursprünglich und genuin rechts zu verorten.“ (Stein 2014)

Stein stellt an dieser Stelle eine Art »Vereinnahmungsthese von links« auf. Diese suggeriert, das Problem würde darin bestehen, dass die »ursprünglichen« und »genuin rechten« Umweltthemen von linken Akteur*innen instrumentalisiert und vereinnahmt werden. Ökologie wird hier mit dem Ziel des »Heimatschutzes« vertreten. Während Begrifflichkeiten wie »Deutungsschlacht« trotz des militaristisch anmutenden Vokabulars noch auf ein Bewusstsein für gesellschaftlich-historische Diskursprozesse hinweisen, markieren Formulierungen wie »biologisch-völkisches Erbe« oder die als »unabdingbar« postulierte Koppelung von »rechts« und »Umweltschutz« das dahinterliegende biologistische und naturalisierende Denken. Die von rechten Wachstumskritikern verwendeten Begriffe und Formulierungen wie »Organisches Weltbild«, »Organische Wirtschaft«, »Organischer Staat«, »Deformation«, »entartet« und »krebsartiger Wachstum« zeugen ebenso von einem naturalisierenden Verständnis von Gesellschaft (Ladig 2012; Menzel 2015c, 2016b, 2016d; Stein 2014).

Die für eine rechtsextreme Wachstumskritik charakteristische Biologisierung und Naturalisierung des Sozialen zeigt sich auch an folgendem Zitat: „Die Übertragung der Naturgesetze in die Welt der Politik und Rückkehr zu einem gesunden Verhältnis zu unserer Umwelt sind die Ziele, die wir verfolgen müssen. Wer, wenn nicht wir?“ (Stein 2014). In der Formulierung klingt an, dass es nur eine erstrebenswerte, weil »natürliche« und »gesunde« Lebensweise für Menschen geben würde. Diese müsste dem „eigengesetzliche[n] Entwicklungsrecht seines Wesenskerns“ gerecht werden (Ladig 2012). Unter dem Motto »Not macht erfinderisch« entfaltet Menzel sozialdarwinistische Ideen, etwa wenn er schreibt:

„Wer an nichts leidet, der hat auch nichts zu sagen. Und wer keinen existenziellen Mangel zu beheben hat, der schaut sich auch nicht um, wie er die Vielfalt seiner Umwelt für sich nutzen könnte.“ (Menzel 2017)

Diesem Zitat liegt die Vorstellung zugrunde, Mangel und Härte wären notwendige Voraussetzungen für menschliche Weiterentwicklung. Diese Annahme ontologisiert und verherrlicht menschliches Leid, auch jenes, welches aus gesellschaftlichen Umständen resultiert. »Not«, »Gewalt« und »Diktatur« gelten bei rechten Wachstumskritikern wie Menzel nicht als »ausschließlich negativ« sondern als Voraussetzung für »menschliche Vitalität« (ebd.). Diesem innenpolitischen Postulat der Härte entspricht auch die außenpolitische Ansicht eines ewigen Kampfes zwischen verschiedenen Völkern, in dem die »Macht zum Unterdrücken« genutzt werden muss, um nicht von „anderen Mächten unterdrückt zu werden“ (Menzel 2015f). Diese Argumentation untermauert nicht zuletzt ein revisionistisches Geschichtsverständnis, das etwa die europäische Kolonialherrschaft rückwirkend als unausweichlich legitimieren soll (ebd.).

Kennzeichnend für rechtsextreme Wachstumskritik ist die sozialdarwinistische Vorstellung von »organisch gewachsenen Völkern«, welche in ihrer »kulturellen Vielfalt« bewahrt werden müssten. Höcke zufolge „muß im anthropologischen Bereich dasselbe gelten wie für die übrige belebte Natur auch [...]: Vielfalt sichert Zukunft!“ (Ladig 2012). An dieser Stelle zeigt sich wieder deutlich, was eine zentrale Grundannahme rechtsextremer Wachstumskritik darstellt: Die Parallelisierung von Naturvorgängen und Gesellschaft, verbunden mit der Behauptung, etwas wäre deshalb gesellschaftlich richtig, weil es »natürlich« sei. Hinzu tritt die Annahme einer grundsätzlichen Ungleichheit zwischen den Menschen. Aus diesem Denken heraus bekennt Höcke sich zu einem »Ethnopluralismus« und vertritt die Annahme, dass die Menschheit „in unterschiedliche Rassen, Völker, Religionen, Kulturen, Wirtschaftsräume usw.“ gegliedert ist und sein sollte (ebd.). Das Motiv des »Ethnopluralismus« findet sich auch bei Autoren wie Menzel wieder, welcher dieses völkisch-rassistische Denken als Anerkennung einer »Vielgestaltigkeit der

Welt« verklärt (Menzel 2015d). Ausdruck dieses Denkens ist die einteilende Vorstellung von Menschen in essentialistische Kollektive, welche mit einer Zuschreibung von angeblich spezifischen »Volks-Mentalitäten« verbunden ist. Dahinter steht die Annahme, dass Menschen aufgrund ihrer biologischen oder kulturellen Herkunft Eigenschaften haben, welche nicht veränderbar sind.

Menzel konstruiert in seinen Texten eine angebliche »afrikanische Mentalität«, welche sich durch eine Neigung zur »Korruption« und »kannibalistischen Plünderökonomie« auszeichnet, „die dem informellen Wirtschaften zugeneigt ist und rechtsstaatliche Strukturen wie in Europa unmöglich macht“ (Menzel 2015d). Dem gegenüber stellt er eine angebliche »europäische Mentalität«, welche Menzel zufolge, durch »tiefverankerte Antriebskraft«, »einzigartige Stärke« und eine »asketische Ethik« charakterisiert sei. Menzel, welcher Max Webers Schrift »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« (Weber 2018) biologistisch wendet, notiert dazu:

„Wir verzichten heute auf Reichtum, um morgen etwas Großes zu schaffen und wenn wir dieses Große erschafft haben, verprassen wir das Geld nicht einfach, sondern investieren es in das nächste Vorhaben, weil wir eine Berufung zu unserem Beruf fühlen.“ (Menzel 2015f)

Menzel attestiert den Europäer*innen eine durch ihre »Mentalität« begründete Fähigkeit zum »Verzicht auf sofortigen Konsum und Reichtum«, woraus er eine notwendige Vormachtstellung des »europäischen Volkes« in der Welt ableitet (ebd.).²⁴ Das der Ethnopluralismus, anders als von seinen Verfechter*innen nach außen hin vertreten, sehr wohl von mehr als einer »Verschiedenheit der Völkern« und zwar von einer fundamentalen »Ungleichwertigkeit« ausgeht, wird deutlich, wenn Menzel von der »wirtschaftlich und technischen Überlegenheit des deutschen Volkes« schwärmt (ebd.). In der Vorstellung der rechtsextremen Wachstumskritiker harmoniert die »deutsche Mentalität«, welche sich durch eine beson-

²⁴ Aus dieser Eigenschaft leitet Menzel interessanterweise zugleich ab, dass „gerade dieser Geist zu einer Machbarkeitsutopie verführt, die heute umso schädlicher ist, weil dem asketischen Fortschrittssystem der von Weber gesuchte religiöse Impuls fehlt und die Gleichheitsideologie das Bildungssystem zerstört hat.“ (ebd.) Das Argument, dass der »deutsche Geist« leicht zu »Machbarkeitsutopien« neigt, greift Menzel in seinen Texten häufiger auf, etwa um die vermeintliche „Unbelehrbarkeit der Mehrheit der Deutschen in Bezug auf die Nachteile der Masseneinwanderung zu erklären“ (ebd.). Es ermöglicht ihm in Kombination mit der Figur der »ideologischen Verführer« zu legitimieren, warum ein großer Teil der deutschen Bevölkerung seine angeblich »natürlich richtigen« und »ewig wahren« Ansichten nicht erkennt und zugleich an der von ihm postulierten Überlegenheit des »deutschen Volkes« festzuhalten. Höcke argumentiert ganz ähnlich, wenn er davon spricht, dass die »natursehende Seelenlage der Deutschen« von »neuen Machtstrategen« erkannt und »meisterhaft in ihr politische[s] Kalkül« integriert wurde (Ladig 2012). Ähnliche Motive werden noch einmal genauer in dem Unterkapitel **4.4.4 Antimodernismus** beleuchtet.

dere Affinität zu »Konsumverzicht« und »Naturliebe« auszeichne mit der Idee einer »nachhaltigen Wachstumsrücknahme«, welche einem vermeintlich »degenerierten«, »krebsartigen Wachstum« Einhalt gebietet (Ladig 2012; Menzel 2015f; Stein 2014).

4.4.2 Regionalismus und Lokalismus

Die rechtsextreme Wachstumskritik zeichnet sich durch einen ausgeprägten »Regionalismus und Lokalismus« aus, welcher sich darin äußert, dass sie den Postwachstumsansatz auf regionaler und nationaler Ebene verwirklichen will. Sie ist geprägt durch eine rassistisch motivierte Globalisierungskritik und verbunden mit einer Angst vor nationalem Souveränitätsverlust, durch die ihre Vorliebe für wachstumskritische Konzepte wie »Autarkie« und »Suffizienz« begründet ist. Dabei geht es den rechtsextremen Wachstumskritikern jedoch nicht um Autonomiezugewinne der Individuen, sondern um deren Nutzen für die Gemeinschaft, die der Verbesserung der Lage des »deutschen Volkes« dienen soll.

Eine Prämisse der rechtsextremen Wachstumskritik ist, dass sie die Frage nach der Postwachstumsgesellschaft statt auf globaler auf nationaler respektive regionaler Ebene angehen möchte. Ökologie und Postwachstum wird hier mit dem Ziel des Heimatschutzes vertreten. Für Höcke, der eine »Homöostase von Mensch und Natur« anstrebt, ist „die Forderung nach Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, die binnenmarktorientiert aufgebaut und mit einem komplementären Finanzsystem ausgestattet, die Integration von Kultur- und Wirtschaftsraum zum Ziel hat“, einer der wichtigsten Aspekte der Wachstumskritik (Ladig 2012). Mit der eigentümlichen Formulierung einer anzustrebenden »Homöostase von Mensch und Natur« meint Höcke eine Art »ausgleichende Selbstregulierung«.²⁵ Er spricht sich maßgeblich etwa für regionale Wirtschaftskreisläufe aus, weil er von einer mystischen Verbindung zwischen Mensch und Region ausgeht, nicht weil er sie für das an sich vernünftigeres Gesellschaftsmodell hält. Für Höcke geht es darum »das Gewachsene zu achten«, um eine »Kultivierung von Eigenart« und darum, angeblich »organisch gewachsene« Traditionen in ihrer »Vielfalt« zu bewahren, kurz gesagt: Um die Durchsetzung seines völkisch-biologisch motivierten Ethnopluralismus. Er lehnt die Globalisierung ab, da er sie als »Weltvereinheitlichungsmaschine« begreift, welche die autochthone Kultur unterlaufe und nationalstaatliche Souveränität gefährde (ebd.). In einem Interview mit der »Jungen Alternative Brandenburg« warnt Höcke vor den Gefahren,

„die mit einer Verstetigung bzw. der Ausweitung der deutschen Exportabhängigkeit einhergehen. Volkswirtschaftliche Rechnungen

²⁵ An dieser Stelle wird sehr gut deutlich, dass gesellschaftliche Prozesse naturalisiert werden (4.4.1).

müssen immer vor dem Hintergrund geopolitischer Entwicklungsszenarien aufgemacht werden [...] Hier als Staat in zu großflächig und engmaschig vernetzten Räumen gefangen zu sein, kann im Falle einer Perturbation, die sich über das ganze System fortpflanzt, fatale Folgen haben.“ (Höcke 2014: 7)

Ähnliche Argumentationsmuster finden sich bei Menzel, welcher vor einer »Vereinheitlichung der Welt« warnt und der gegen Innovationspolitik auf globaler Ebene ist, weil dadurch »globale Unternehmen« profitieren würden und nicht der Nationalstaat. Er misst eine gelungene Politik nicht an einer Verbesserung der Lebenslage im globalen Maßstab, sondern an »zusätzlichen heimischen Arbeitsplätzen« und »höheren Steuereinnahmen« auf nationaler Ebene (Menzel 2015a, 2016d).

Die Ablehnung des Universalismus und die Angst vor nationalem Souveränitätsverlust in einer globalisierten, vernetzten Gesellschaft, begründet die Euphorie, mit welcher rechtsextreme Wachstumskritiker die Idee der »Autarkie« begrüßen, in der sie inhaltliche Schnittmengen mit dem Postwachstumsansatz sehen. Dies wird am folgenden Zitat von Menzel deutlich:

„Gerade die ökologische und wachstumskritische Bewegung entdeckt die Autarkie gerade wieder neu, weil es mittlerweile möglich ist, ein „Dorf der Zukunft“ (ReGen Villages) zu entwerfen, das komplett selbstständig ein bißchen mehr als den totalen Eigenbedarf an Nahrung, Energie, etc. produziert.“ (Menzel 2016d)

Auch Höcke zeigt sich sehr angetan von Nico Paechs suffizienzorientiertem Ansatz, der sich ihm zufolge mit seiner „Wertschätzung für Regionalität, Vielheit, Unentfremdetheit und ihren Reformideen für ein neues Boden- und Geldrecht mühelos in die Weltanschauung der identitären Systemopposition integrieren“ (Ladig 2012) lässt. Höcke stimmt mit Paech darin überein, dass „Verzicht keinen Verlust bedeuten muß“ und eine „bewußt vorgenommene Kaufentscheidung [...] den Beginn einer persönlichen Autonomisierungsbewegung anzeigen“ (ebd.) kann. Er lobt die ökologischen und materiellen Vorteile »deutscher Wertarbeit« im Vergleich zu »Fernostimporten« und rühmt »Miele-Waschmaschinen« und „zweigenähte Juchtenlederstiefel süddeutscher Provenienz“ (ebd.) gegenüber „aus China importierten aus erdölgefertigten Trekkingboots“ (ebd.). An dieser Stelle verbinden sich Wertschätzung für langlebige Produkte mit rassistischen Gegenüberstellungen von »deutscher Wertarbeit« auf der einen und »billigen Fernostprodukten« auf der anderen Seite.

Höcke beschreibt das Erlernen von »handwerklichen Fähigkeiten« als Zurückeroberung von »Unabhängigkeit in einer ausdifferenzierten, arbeitsteiligen Lebenswelt«, die noch »echte Glücksgefühle« auszulösen vermag. Ihm geht es jedoch

nicht nur um individuelle Selbstversorgung, sondern um eine »Balance zwischen Fremd- und Selbstversorgung«. Höcke und Menzel sympathisieren beide mit der Idee der »Shareconomy«, welche bei ersterem bezeichnenderweise noch »Tauschbörsen« genannt wird (ebd.). Menzel, welcher eine »Kultur der Reparatur und des Teilens« vordergründig für eine »tolle Grundidee« hält, tut dies jedoch nicht, weil sie Menschen eine leichtere Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse bescheren könnte. Er stößt sich daran, wenn Menschen aus »Eigennutz, weil sie flexibel und mobil sein wollen«, etwas miteinander teilen:

„Über die »Shareconomy« entstehen keine neuen festen Gemeinschaften. Im Gegenteil: Unsere Flexibilität und Ungebundenheit verlangende Gesellschaft wird sogar noch zementiert, weil man sich alles mal kurz ausleihen kann, solange man es braucht.“ (Menzel 2013)

An Aussagen wie diesen wird deutlich, dass es den rechtsextremen Wachstumskritikern keineswegs um eine bessere Lebensqualität für Individuen geht, sondern diese immer nur in ihrem Nutzen für die Gemeinschaft gesehen werden.

Ähnlich wie andere Akteur*innen des Postwachstumsansatzes ringen seine rechtsextremen Vertreter*innen um alternative Wohlstandsindikatoren zum BIP (Ladig 2012; Menzel 2015e). An folgendem Zitat wird deutlich, dass die rechtsextremen Wachstumskritiker ebenfalls die Frage nach dem »Guten Leben« beschäftigt, allerdings weder für das Individuum noch für alle, sondern für das »deutsche Volk«:

„Statt Verzicht zu predigen, der immer nur individuell, aber nie auf freiwilliger Basis kollektiv möglich ist, kommen wir bei dieser Debatte nur voran, wenn wir definieren, was Wohlstand für uns bedeutet, wie er gemeinschaftlich verwirklicht werden kann und welche alternative Politik sich daraus ergeben muß. Dies läuft auf die Frage hinaus, wie wir Deutschen in Zukunft eigentlich leben wollen. Entscheiden wir uns hier für ein individualistisches „Weiter wie bisher“, wird unsere Kultur unabhängig vom Ausmaß der Masseneinwanderung zugrunde gehen.“ (Menzel 2015e)

4.4.3 Überbevölkerungs- und Einwanderungskritik

Vor dem Hintergrund der Problemanalyse, dass der westliche Lebensstil nicht global verallgemeinerbar wäre, ohne an ökologische Grenzen zu stoßen, rahmt die rechtsextreme Wachstumskritik diskursiv eine angebliche »Überbevölkerung« und »Massenmigration« als zentrale Umweltprobleme. Die daraus abgeleiteten Forderungen sind sozialdarwinistisch, autoritär, paternalistisch und als Reaktion auf die verschwörungstheoretisch anmutende Sorge einer »Zersetzung« und »Durchmischung« des »deutschen Volkes« zu verstehen.

Für die rechtsextremen Wachstumskritiker gehören „Einwanderungs-, Wachstums- und Globalisierungskritik [...] zusammen“ (Menzel 2015d). In ihrer Problemanalyse, dass die »westliche Lebensweise« nicht verallgemeinerbar sei, sind sich die rechtsextremen Wachstumskritiker mit dem Rest der Postwachstumsströmungen einig. Menzel beruft sich hierbei auf die Einschätzung des Postwachstumstheoretikers Tim Jackson, dessen Buch »Wohlstand ohne Wachstum« (Jackson 2017) er als „über weite Strecken lesenswert“ (Menzel 2015e) beschreibt. Jackson konstatiert in seinem Buch, dass es bisher keine überzeugende Lösung dafür gibt, wie zukünftig allen Menschen auf der Welt ein Lebensstil ermöglicht werden kann, der soziale Gerechtigkeit als auch ökologische Nachhaltigkeit unter dem Wachstumsdiktat verbindet. Menzel schließt sich dieser Einschätzung an, kommt jedoch zu anderen Schlüssen als Jackson. Er kritisiert jene Postwachstumsakteur*innen, welche sich für »Klima- und Umweltschutz« einsetzen und zugleich die »liberalen Freiheitsrechte des Westens« verteidigen wollen, indem sie sich für ein »Menschenrecht auf Einwanderung« aussprechen (ebd.). Für Menzel ist diese Kopplung von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit nicht vereinbar, da für ihn »Masseneinwanderung« und »Überbevölkerung im globalen Süden« konstitutive Momente der »allumfassenden Krise« darstellen.

Ursächlich für die »allumfassende Krise« ist Menzel zufolge der überbordende »westliche Reichtum« gefolgt vom »weltweiten Bevölkerungswachstum« (ebd.). Seine Kritik am »westlichen Reichtum« ist durch die Annahme motiviert, dass die politische und ökonomische Wachstumsorientierung notwendig »Massenmigrationen« auslöse:

„Die Entwurzelung kennt gegenwärtig also keine Grenzen und betrifft alle Erdteile. Jedes Expansionsstreben – egal ob politischer oder ökonomischer Art – löst Massenmigration aus.“ (Menzel 2015d)

Ausdruck der postulierten Verquickung von westlichem Wachstumsdrang und der darauffolgenden Massenmigration ist die, sowohl bei Menzel als auch bei Höcke auffindbare, Problematisierung der globalen Ausbreitung von Kommunikationstechnologien.²⁶ Höcke bezeichnet die »Existenz einer weltverbindenden Kommunikationstechnologie« als einen der wesentlichen Aspekte der »epochalen Krise«, vor der er die Menschheit gestellt sieht (Ladig 2012). Menzel schließt daran an,

²⁶ Das Verhältnis der rechtsextremen Wachstumskritiker zu Technik ist (trotz des stark ausgeprägten Antimodernismus) interessanterweise als ambivalent zu beschreiben. An einigen Stellen deuten sie an, dass der technische Fortschritt nur fraglich einen Fortschritt darstelle und sich zu schnell beschleunige (Menzel 2015a, 2015c). An anderen Stellen wird betont, dass man selbst trotz Autarkie »selbstverständlich auf hochmoderne Technologie« setze (Menzel 2016d). Und auch Höcke sieht sich nicht als »Ökospinner«, der ein reines »Zurück-zur-Natur« postulieren möchte (Ladig 2012). Technologien scheinen für die rechtsextremen Wachstumskritiker vor allem dann ein Problem zu werden, wenn sie Menschen im globalem Süden zur Verfügung steht und sie zu der Möglichkeit weltumspannender Kommunikation führt.

wenn er ausführt, dass im Zuge der voranschreitenden Ausbreitung technischer Entwicklung die „bedeutendste Innovation [...] für ganz Afrika das internetfähige Handy“ (Menzel 2015c) war. Weiter heißt es bei Menzel:

„Fast alle Afrikaner sind darüber mittlerweile an das weltweite Netz angeschlossen, was jedoch nicht zu einem Wirtschaftsaufschwung führen wird, sondern zu einem Massenexodus, den die wohlhabenden Staaten durch ihren fehlenden Selbstbehauptungswillen begünstigen.“ (ebd.)

Das Argument hinter dieser Aussage ist, dass die wachstumsbasierte Ausbreitung von Technologien im globalen Süden nicht zu einer Verbesserung der Lage in den jeweiligen Ländern geführt, sondern stattdessen die dort einheimische Bevölkerung motiviert hätte, das »gute Leben« in Europa zu suchen. Dahinter steckt das auch häufig in den Medien bediente rassistische Bild des »Wirtschafts-Flüchtlings mit dem Smartphone«, dem durch die Bilder in den sozialen Medien Europa als »Wohlstandsparadies« vorkomme und der sich auf den Weg mache, um das Land »parasitär« zu besetzen. Die Einwanderung wäre nicht zuletzt deshalb ein Problem, so Menzel, „da die Menschen, die einwandern, genauso konsumieren wollen wie die Einheimischen“ (Menzel 2015e).²⁷ Linken Wachstumskritiker*innen, welche das »Überbevölkerungsargument« mit der »imperialen Lebensweise« im Norden kontern, wirft Menzel vor sich »ein klassisches Eigentor« zu schießen:

„Alle Wachstumskritiker und ökologisch denkenden Menschen müßten allein deshalb für einen sofortigen Einwanderungsstopp nach Europa eintreten und sich darauf konzentrieren, wie die Lebensbedingungen der Migranten in ihren Herkunftsländern verbessert werden können.“ (Menzel 2015e)

Das widersprüchliche Argumentationsweisen eher bei Menzel selber aufzufinden sind, zeigt sich an Äußerungen, die deutlich machen, dass er an einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Migrant*innen nicht interessiert ist:

„Die Intellektuellen des Westens sind sich weitestgehend einig, daß die ärmsten Länder der Welt sowie alle Krisenregionen Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Wirtschaftswachstum brauchen. Doch genau das ist falsch.“ (Menzel 2015c)

²⁷ Wie in Kapitel 4.2 aufgezeigt, verwendet auch die AfD das Argument der Überbevölkerung als Umweltproblem und fordert strengere Gesetze zur Einwanderung.

An anderen Stellen warnt Menzel, der Migration als »Experiment« bezeichnet, vor einer »NGOisierung« von Ländern des globalen Südens, da diese eine »Hilfsabhängigkeit« und »Unselbstständigkeit« der dortigen Länder bewirken würde (Menzel 2015d, 2015f). Ihm zufolge wäre es sinnvoller, die Menschen ihrem Leid zu überlassen, was er getreu des Mottos »Not macht erfinderisch« sozialdarwinistisch begründet. Für ihn,

„wäre das Prinzip „Not macht erfinderisch“ [...] ein guter Ratgeber für unsere aktuelle Entwicklungshilfe. Die Idee, durch globale Gießkannen-Umverteilung den Lebensstandard in der dritten Welt zu heben, ist in den vergangenen Jahrzehnten krachend gescheitert, weil Almosen in den seltensten Fällen klug investiert werden, sondern viel häufiger irgendwo versickern. Auch hat sich gezeigt, daß viele afrikanische Staaten in der Ressourcenfalle festhängen. Sie haben zu viel, was sie verkaufen können, und vernachlässigen deshalb den strukturellen Aufbau ihres Landes.“ (Menzel 2017)

Die Vermutung, dass bei Menzel eine Verantwortungsabwehr gegenüber der Tatsache, dass der Wohlstand in westlichen Industrienationen mit der Ausbeutung im globalen Süden zusammenhängt, stattfindet, verdichtet sich, wenn er an anderer Stelle die angeblich »positive Haltung der Deutschen gegenüber Masseneinwanderung« durch einen »Schuldkomplex« begründet (Menzel 2015f).

Die entwicklungspolitischen Maßnahmen die Menzel vorschweben, sind von einer autoritären und paternalistischen Haltung geprägt:

„Da es hier nicht um unsere eigene Bevölkerung geht, die ja schrumpft, könnte man zunächst meinen, wir könnten diesen Faktor vernachlässigen bzw. sollten uns einfach weiterhin darauf beschränken, Kondome für Afrika zu spenden. Aber das stimmt nicht ganz: Solange Staaten ihre Kinder- und Jugendüberschüsse (Youth Bulges) exportieren können, besteht für sie keine Veranlassung und kein Anreiz, Maßnahmen zur Geburtenkontrolle einzuführen. Wenn Europa also seine Grenzen offen läßt, zerstört es nicht nur sich selbst, sondern trägt indirekt auch dazu bei, daß die Überbevölkerung weiter voranschreiten kann. Vor dem Hintergrund des hier beschriebenen Problemkomplexes ist es zudem absurd, Regierungen mit Entwicklungshilfe zu unterstützen, die nichts gegen die Geburtenexplosion in ihrem Land unternehmen.“ (Menzel 2015e)

Dieses Zitat bedient das rassistisch-sexistische Stereotyp über die angebliche Promiskuität von Menschen im globalen Süden. Es ist zudem geprägt von einer entmenschlichenden Sprache, welche Kinder und Jugendliche als »Überschüsse«, die »exportiert« werden, tituliert. Menzel spricht sich darin für die sexistische und

menschenfeindliche Praxis der »Geburtenkontrollen« aus, mit welcher dem vermeintlichen Problem der »Überbevölkerung« begegnet werden soll.

Für die »Bekämpfung der Überbevölkerung«, die Menzel anstrebt, müssen ihm zufolge »brutale Mittel und Konsequenzen« »in Kauf genommen werden« (Menzel 2015g). Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bezeichnend, dass Menzel keinen Hehl daraus macht, dass es die Menschen des Globalen Südens sind, die seines Erachtens nach »zu viel« sind und die Konsequenzen brutaler Maßnahmen wie »Geburtenkontrollen« tragen sollen. Wenn Menzel davon spricht, dass es »hier nicht um unsere eigene Bevölkerung« geht, da »die ja schrumpft«, obwohl er zuvor eingeräumt hat, dass die Lebensweise in den westlichen Industrienationen größere Umweltschäden verursacht, wird deutlich, dass er ein deutsches Kind als wertvoller empfindet als ein Kind aus dem globalen Süden. Hier zeigt sich seine Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und worum es ihm mit seiner rechtsextremen Wachstumskritik im Grunde geht: Um den Erhalt des »deutschen Volkes«. Dies wird noch einmal deutlicher, wenn man die familienpolitischen Forderungen für Länder des globalen Südens mit seiner Kritik an der deutschen Familienpolitik vergleicht. An folgendem Zitat zeigt sich, dass Menzel die Geburtenrate trotz des von ihm postulierten Überbevölkerungsproblems zumindest in Deutschland steigern möchte:

„In der Tat gibt es bei der Familienpolitik in Deutschland großen Verbesserungsbedarf. Ich persönlich finde es zum Beispiel äußerst ungerecht, daß man von Kind zu Kind weniger Elterngeld bekommt, wenn man in der Zeitspanne zwischen den Kindern nicht wieder voll arbeiten war oder etwas länger als ein Jahr zu Hause bleiben will. Für die Ein-Kind-Familie tut unser Staat aus meiner Sicht genug. Kritisch wird es ab dem zweiten Kind.“ (Menzel 2015b)

Menzels Sorgen um den Erhalt des »deutschen Volkes« tragen stellenweise paranoide, verschwörungstheoretische Züge, etwa wenn er den »etablierten Medien« unterstellt, systematisch traditionelle Familienbilder zu verunglimpfen oder »politischen Eliten«, wie der Partei der »Grünen« vorwirft, sie würden propagieren, dass „sich jeder Einheimische gefälligst einen schwarzen Sexualpartner zu rassischen Durchmischung der Völker suchen sollte“ (Menzel 2016a). Die Wahnvorstellung von sogenannten Eliten, die durch eine Förderung von Einwanderung und die Zersetzung traditioneller Familienkonstellationen die systematische Schwächung eines »ethnisch reinen Volkes« anstreben, markiert den Übergang zu einem weiteren Element rechtsextremer Wachstumskritik: dem antisemitisch motivierten Antimodernismus.

4.4.4 Antimodernismus

Die rechtsextreme Wachstumskritik ist deutlich bestimmt durch einen »Antimodernismus«, der mit einem kulturpessimistischen und manichäischen Weltbild einhergeht. Zentral ist dabei das antisemitische Motiv der Verschwörung von »korrupten Eliten«, welche das »deutsche Volk« »zersetzten« um die »Wachstumsmaschine« am Laufen zu halten. Die Errungenschaften der Moderne möchten die rechtsextremen Wachstumskritiker größtenteils rückgängig machen. Sie plädieren für ein vormodernes Gesellschaftssystem, das außerparlamentarisch agiert und auf Natur und Tradition basiert.

Menzel spricht sich im folgenden Zitat für die Notwendigkeit eines »Ausstiegs« aus der »totalitären Moderne« aus:

„Auch wenn wir dabei immer wieder auf die Nase fallen, muß weiter „ausgestiegen“ werden – und zwar nicht nur aus dem Stadtleben, sondern ebenso aus allem, was die totalitäre Moderne so unerträglich macht: der Vermassung, der Verdummung, der Vereinsamung, der technischen Perfektionierung (das heißt nicht gleich, daß Sie alle ihre Smartphones und Computer wegschmeißen müssen), der Entortung, [...].“ (Menzel 2016c)

An Zitaten wie diesen zeigt sich, dass die rechtsextreme Wachstumskritik stark von einem Kulturpessimismus geprägt ist. An anderer Stelle spricht Menzel gar von einem »Kulturverfall« der »westlichen Wohlstandsgesellschaften« (Menzel 2015f, 2017). Er kritisiert die »auf dem System der Fremdversorgung basierende Wachstumsmaschine« und den damit, seines Erachtens nach, einhergehenden »Werteverfall«:

„Es scheint also etwas mit unseren Erwartungen und unserem Verhältnis zum eigenen Wohlstand nicht zu stimmen. Überall auf der Welt läßt sich beobachten, daß die Geburtenrate sinkt, sobald der Wohlstand steigt. Kann man dagegen nun überhaupt etwas unternehmen? Können wir uns als Kollektiv, als deutsches Volk, auf ein „Weniger ist mehr“ einlassen? Gibt es einen Weg zurück von der Überhöhung materiellen Besitzes hin zur Wertschätzung immaterieller Dinge und intakter sozialer Beziehungen?“ (Menzel 2015b)

Menzel und Stein gehen davon aus, dass die »Massen« in europäischen Gesellschaften nicht zu einer »Décroissance« bereit sind, weil ihnen „das westliche Konsumverhalten bereits in Mark und Bein übergegangen zu sein“ (Menzel und Stein 2013: 64) scheint. Stein spricht davon, dass eine »nachhaltige Wachstumsmaßnahme« zwangsläufig mit einem Verzicht einhergehen muss:

„Verzicht auf eine unbegrenzte und allgegenwärtige Produktpalette, die ständige Verfügbarkeit von importierten Waren und auch die Bewusstwerdung, daß die Befriedigung von Bedürfnissen – plakativ gesprochen – erst nach getaner Arbeit eines jeden möglich sind.“ (Stein 2014)

Deutlich wird an diesem Zitat, dass die Bedürfnisbefriedigung von Menschen an vorher geleistete Arbeit gekoppelt werden soll. Moderne Errungenschaften wie den Sozialstaat möchte Stein abschaffen, zugunsten eines Zustandes in der jeder alleine für sein Überleben verantwortlich oder zumindest auf das Wohlwollen seiner »Gemeinschaft« angewiesen ist. Der Moderne stellen Menzel und Stein das von ihnen postulierte Bedürfnis der »einfachen Leute« nach einem »natürlichen«, von »freiwilliger Bescheidenheit« geprägten, »einfachem Leben« gegenüber, welches ihnen zufolge „nur in kleinen, homogenen Gemeinschaften funktionieren kann“ (Menzel 2016c; Menzel und Stein 2013: 64)

Der Antimodernismus der rechtsextremen Wachstumskritiker zeichnet sich weiterhin durch ein manichäisches Weltbild aus, welches die Welt in Freund und Feind zerfallen lässt und sich durch eine stark polarisierende Rhetorik auszeichnet. Den »einfachen Menschen«, dem »hart arbeitenden Volk« werden die »korrupten, machthungrigen Eliten« gegenübergestellt (Menzel 2015f). Dahinter steckt das antisemitische Motiv der Verschwörung. Wer genau die Eliten sind wird hierin nie ausschöpfend erläutert, es wird allerdings nicht mit Andeutungen gespart. Die Rede ist von »Medieneliten« oder »politische Eliten«, welche durch die »weltweite Verwirklichung der Gleichheitsidee« eine »Gleichmachung« anstreben, die für die rechtsextremen Wachstumskritiker die Zerstörung des »deutschen Volkes« in seiner »Eigenart« bedeutet (Ladig 2012; Menzel 2015f, 2015g). Die, dem gemeinen Volk nicht zuzurechnenden, Eliten versuchen durch die »Zersetzung« dieser traditionellen Gemeinschaften und »Torpedierung« der »eigentlichen« Bedürfnisse jener »einfachen Leute« deren »Fremdsteuerung« aufrecht zu erhalten, die der Sicherung der weltweiten »Wachstumsmaschine« dient (Menzel 2015b, 2015f, 2016c). Sprachlich findet sich das Motiv der »Zersetzung« in Formulierungen wie »krebsartiges Wachstums«, »entartete Zivilisationsepoche«, »Zombiewüsten der Nachkriegszeit« oder »entarteter Neoliberalismus der Moderne« wieder (Ladig 2012; Stein 2014).

Für die rechtsextremen Wachstumskritiker ist tragendes Merkmal der postulierten Zersetzungsstrategien die Propagierung und Ausbreitung eines als dekadent deklarierten Individualismus, welchen sie ablehnen, weil sie ihn für die steigende »Einsamkeit und Zerrüttung« der Menschen verantwortlich machen (Menzel 2015c). Dem anwachsenden ökonomischen Reichtum fungiert der Individualis-

mus als Nebenprodukt, dem ein steter »seelischer Verfall«, also die Auflösung tradierter Werte und Normen, korreliert. Die Entstehung einer »atomisierten Gesellschaft« wird auf diese »Zerstörung von Traditionen« und den Verlust »dörflicher Gemeinschaftsstrukturen« zurückgeführt. Daraus folgen sowohl »Entwurzelung« und »Heimatverlust« der Menschen als auch ein »Zerbrechen aller sozial stabilen Beziehungen« (Menzel 2015c, 2016c). Dem vielfach beschworenen »einfachen Menschen« wird also unterstellt, nur in schicksalhaften Gemeinschaften glücklich werden zu können, die systematisch von den bestehenden Verhältnissen erodiert werden. Für Menzel sind es „die westlichen Überflusgesellschaften, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, daß hierzulande kaum einer mehr zur Verteidigung des Eigenen bereit ist“ (Menzel 2015e).²⁸ Auch Höcke zufolge verursachen die »Überflusgesellschaften« eine Gleichgültigkeit gegenüber einem vermeintlichen „Absterben der eigenen Kultur und damit der eigenen geistigen und kulturellen Tradition“ (Ladig 2012). Er spricht von »Wohlstandsbürgern« im »Selbstdarstellungswahn« und von »unreflektiert agierenden Spontankonsumisten«, deren »übertolle Lebensstile« sie zu »Energiesklaven« werden lassen und von »Konsum- und Komfortkrücken« abhängig machen (ebd.). Höcke wie auch Menzel kritisieren die Orientierung an »Modetrends« als Mangel an »Authentizität« und »Souveränität« (Ladig 2012). Der vermeintliche »Selbstoptimierungswahn« der Menschen führe zu einer Verhinderung der Ausbildung einer »echten Persönlichkeit« – so etwa Menzel (Menzel 2016a).

Die rechtsextreme Wachstumskritik ist von einem starken Fortschrittsskeptizismus geprägt. Menzel schreibt dazu: „Veränderung im modernen Sinn bedeutet [...], daß jede Generation wieder bei null anfängt und das Zerstören der Traditionen und des vorher Aufgebauten als Fortschritt feiert“ (Menzel 2015g). Die rechten Wachstumskritiker lehnen die Versprechen der Moderne wie Kosmopolitismus und Universalismus kategorisch ab. Die modernen Vergesellschaftungsformen sind für sie nur »auf Kosten der traditionellen Welt« aufzubauen, die sie unbedingt bewahren oder wiederherstellen möchten (Menzel 2015c). Traditionen spielen eine große Rolle, da sie im rechtsextremen Weltbild den Kitt darstellen, der die Gemeinschaft und somit das »deutsche Volk« zusammenhält. Für Höcke hat „jede Kultivierung von Eigenart [...] etwas Rettendes an sich und richtet ein Stoppzeichen“ gegen die zersetzenden Tendenzen der modernen Vergesellschaftung auf

²⁸ Menzel verlinkt an dieser Stelle das Buch »Die Verteidigung des Eigenen« von Martin Lichtmesz. Dieser warnt in seinem Werk vor der angeblichen Gefahr einer »Überfremdung«, erklärt: die „Identitätsfrage ist eine Frage auf Leben und Tod“ (Lichtmesz 2015) und plädiert dafür, „das kolonisierte Bewusstsein abzuschütteln und den Standort des Eigenen zu bestimmen und zu verteidigen“ (ebd.).

(Ladig 2012). Menzel plädiert für einen »Ausstieg« aus den »Wohlstandsgesellschaften« und eine Rekonstituierung vermeintlich traditioneller Gesellschaftsformen:

„Der Ausstieg ist [...] ein langsames Abtasten der eigenen Umwelt, um auf Traditionen zu stoßen, für deren Bewahrung und praktische Anwendung wir einige längst vergessene Kulturtechniken neu erlernen müssen.“ (Menzel 2016c)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in der rechtsextremen Wachstumskritik die Moderne einem »natürlichen«, »ursprünglichen« Zustand gegenübergestellt wird. Das globale Wirtschaftswachstum steht hier als »wuchernder Krebs« einem vermeintlich »organischen, gesunden Wachstum« gegenüber. Ziel der rechtsextremen Wachstumskritiker ist es daher, ein vormodernes Gesellschaftsideal »auch fernab der parlamentarischen Demokratie« zu etablieren, in dem Natur und Tradition wiederhergestellt oder bewahrt werden (Stein 2014).

4.4.5 Regressiver Antikapitalismus

Im Fokus der rechtsextremen Wachstumskritik steht eine Ablehnung der Moderne, die sich gegen den Individualismus, die westliche »Dekadenz« und das Finanzkapital richtet. Statt einer Analyse von Produktion, Ausbeutungs- und Eigentumsverhältnissen wird eine »regressive Kapitalismuskritik« geübt. Vor dem Hintergrund einer Ablehnung des »Green New Deals« entspannt sich eine Auseinandersetzung um die »Rolle des Geldes«, eine Kritik an »Finanzmarktkapitalismus« und der vermeintlichen Funktion des »Zinseszins« als Akkumulationstreiber. Die antisemitische Trennung von »raffendem« und »schaffendem Kapital« entspricht einer Unterscheidung des »bösen Neoliberalismus« auf der einen, und »ehrlicher, produktiver Arbeit« auf der anderen Seite. In ihrer regressiven Kapitalismuskritik scheuen sich die rechtsextremen Wachstumskritiker nicht vor einer Inanspruchnahme linker Theorien.

Eine Betrachtung des Verhältnisses von rechtsextremer Wachstumskritik und Ökonomie zeigt, dass nicht nur linke Ansätze das Label »kapitalismuskritisch« für sich beanspruchen. „Die auf unendliches Wachstum angelegte kapitalistische Wirtschaftsordnung stößt an ihre Grenzen“ (Menzel und Stein 2013: 57), konstatieren etwa Menzel und Stein. Und auch Höcke thematisiert den Zusammenhang von Kapitalismus und planetaren Grenzen:

„Ich meine, dass wir Mitte des 21. Jahrhunderts an die Grenzen der Tragfähigkeit unseres Planeten gelangt sein werden. [...] Wir müssen überlegen, wie eine Postwachstumsökonomie aussieht. [...] Wir

müssen eine Art von Wirtschaft entwickeln, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt, und das geht nur, wenn wir diese Art von Kapitalismus überwinden.“ (Zitiert nach: Kemper 2015)

Zudem kritisiert Höcke die Idee eines »Green New Deal« als unzureichende »Augenwischerei« von »Systemparteien« wie den »Grünen«, welche den »Götzen Wachstum [...]« immer noch nicht aufgegeben haben:

„Dabei postulieren „Die Grünen“ selbstverständlich ein sogenanntes „grünes Wachstum“, das durch den ökologischen Umbau der Gesellschaft angeblich naturverträglich generiert werden könne. Angegrüntes dekarbonisiertes Wachstum ist aber Augenwischerei, denn zum einen kompensieren Zuwächse an Nachfrage jeden Fortschritt an Dematerialisierung oder Ökologisierung wieder, und zum anderen lösen Nachhaltigkeitsinnovationen ihrerseits zusätzliche Energie- und Materieströme aus.“ (Ladig 2012)

Höcke findet für seine Invektiven gegen die gegenwärtige Ökonomie immer wieder Inspirationen bei den Theorien des Wachstumskritikers Nico Paech (ebd.).

Eine besondere Rolle nimmt in der rechtsextremen Wachstums- und Kapitalismuskritik das Geld ein. Menzel referiert »ganz wertfrei«, dass die Erfindung des Geldes eine der „folgeschwersten Erfindungen der Geschichte“ (Menzel 2016d) darstellt. Menzel gilt das Geld nicht nur als fundamentaler Träger des ökonomischen Systems, sondern auch als wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der modernen Kultur, deren „verstörendes Endstadium wir im 21. Jahrhundert beobachten können“ (ebd.). Die eigentümliche Logik des Geldes, nämlich alle »Dinge zähl- und vergleichbar« zu machen, macht Menzel verantwortlich für die »zwangsläufige« Herausbildung des Universalismus, dessen Konsequenzen er im Absterben der Bedeutung von »konkreten Eigenschaften« und »sozialen Beziehungen«, zugunsten von »unpersönlichen Märkten«, »Gesetzen« und »Preisen«, erkennen zu meint (ebd.).

Menzel schlägt sich also eindeutig auf die Seite eines langsam verlorengehenden und vermeintlich unmittelbaren »Konkreten«, dessen Untergang ihm in den abstrakten Kategorien des Geldes besiegelt zu sein scheint. Der Universalismus, so Menzel, führe zu einer »Knappheit«, da alle Menschen in einer auf der Logik des Geldes basierenden Gesellschaft das gleiche konsumieren wollen. Erst dadurch komme es dazu, dass über den Eigenbedarf hinaus in einem Maße produziert wird, dass man an ökologische und soziale Grenzen stößt. Neben dem Universalismus macht Menzel den »Zinsmechanismus« für einen »Wachstumszwang«, eine »Vereinheitlichung und Ökonomisierung der Welt« verantwortlich (Menzel 2016d). Höcke folgt dieser Argumentation, wenn er schreibt:

„Der Kapitalismus mit seinem oft beschriebenen, zinsverursachten Wachstumszwang hat seinen Raubzug globalisiert und trifft im 21. Jahrhundert, ohne Ausweichmöglichkeiten, auf die Grenzen des Ökosystems Erde.“ (Ladig 2012)

Die Aufhebung des »Zinsnahmeverbots« bestimmt Höcke historisch als den Moment, in dem es zu der »Entwicklung einer internationalen Geldwirtschaft« kommt und der eine »bis in die Gegenwart andauernde Innovationsexplosion« begründet (ebd.). Den sich zu Zeiten der Industrialisierung herausbildenden kapitalistischen Akkumulationszwang führt Höcke auf den »Zinseszinsseffekt« zurück. An dieser Stelle deutet sich bereits an, was in folgendem Satz konkretisiert wird. Wenn Höcke vom „Wachstumszwang, der vom Zinsgeldsystem auf die Realwirtschaft ausgeübt wird“ (ebd.) schreibt, zeigt sich die Vorstellung, die diesem Denken zugrunde liegt in aller Deutlichkeit: Nicht der Zwang Kapital zu akkumulieren²⁹, sondern das Zinssystem wird für Wachstum und Umweltzerstörung verantwortlich gemacht. In antisemitischer Tradition wird in »raffendes Kapital«, welches mit dem Finanzmarkt assoziiert wird und in »schaffendes Kapital« wie Produktion und Handarbeit unterschieden. Der gesellschaftliche Wachstumszwang wird im selben Muster häufig personalisiert: der Banker, der Konsument, die Elite (ebd.). Eine Personalisierung kann in dieser Form bei Höcke nicht nachgewiesen werden, wenn er jedoch vom »Bankensystem« und »Aktiengesellschaften« spricht, erscheint es als würde er lediglich die Chiffren austauschen, um die eindeutige Personalisierung zu vermeiden.

Das folgende Zitat zeigt deutlich, dass Höcke mitnichten kapitalismuskritisch ist, sondern lediglich seinem Hass auf das Abstrakte, welches er im Zins verwirklicht sieht, seinen Lauf lässt:

„Die gegenwärtige Krise ist definitiv keine des herrschenden Wirtschaftssystems, also der Marktwirtschaft, sondern eine des korrespondierenden Geldsystems, des zinsbasierten Kapitalismus.“ (Höcke 2008)

Für Höcke ist es das »Banken- und Geldsystem«, welches »nachhaltiges Wirtschaften« unmöglich macht. Seine Lösungsvorschläge setzten von daher auch an genau dieser Stelle an. Er fordert eine „Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, die binnenmarktorientiert aufgebaut und mit einem komplementären Finanzsystem ausgestattet“ sind (Ladig 2012). Auch Menzel liebäugelt mit der »Idee des Schwundgeldes« und bezieht sich dabei auf die antisemitische Theorie von Silvio

²⁹ Der dem Kapitalismus inhärente Wachstums- und Akkumulationszwang wurde in Kapitel 2.2 dargestellt.

Gesell (Menzel 2016d)³⁰. Höcke plädiert neben einem »neuen Boden- und Geldrecht« dafür, dass die Selbstversorgung »auch ohne Geldausgeben« erprobt wird (Ladig 2012).

Die rechtsextremen Wachstumskritiker wollen einem »überhitzen, globalen Neoliberalismus« eine »gesunde, wohlbedachte Kapitalismuskritik« entgegenstellen (Menzel 2015d; Stein 2017). Dabei schrecken sie nicht davor zurück, sich bei linken Theoretiker*innen argumentativ zu bedienen und deren emanzipatorische Anliegen dabei ins Gegenteil zu verkehren.³¹ Es nimmt zynische Züge an, wenn sie Walter Benjamin, der von den Nationalsozialisten in den Suizid getrieben wurde, als »konservativen Revolutionär unter den Marxisten« beschreiben und ihn für ihren Zweck einer »konservativen Revolution« vereinnahmen wollen, wenn er schreibt:

„Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“ (Benjamin 2010: 153)

Benjamin versteht unter der beschriebenen »Notbremse« nicht, was Höcke und Konsorten darin erkennen wollen. Im Gegenteil geht es dem Kommunisten Benjamin um die Verwirklichung des Marx'schen Imperativ und damit um das fundamentale Verunmöglichen der Verwirklichung jedwedes faschistischen Gedankenguts.³²

³⁰ Bierl problematisiert in seinem Text »Schwundgeld, Menschenzucht und Antisemitismus« die Lehren von Silvio Gesell, sowie deren weite Verbreitung in Umwelt- und Antiglobalisierungsbewegung (Bierl 2004).

³¹ Der rechtsextreme Wachstumskritiker Alain de Benoist widmet der rechtsextremen Adaption linker Kulturtechniken mit »Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite« ein ganzes Buch (Benoist 2017).

³² Dieser besagt, dass »alle Verhältnisse umzuwerfen [sind], in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx 1981b: 385).

5 Reflexionen auf die »Postwachstumsbewegung«

Nachdem im vorherigen Kapitel Elemente einer rechtsextremen Wachstumskritik herausgearbeitet wurden, werden diese Erkenntnisse im abschließenden Kapitel dieser Arbeit hinsichtlich ihrer Relevanz für das Postwachstumsspektrum reflektiert. Im Hinblick auf die forschungsleitende Fragestellung werden unter Berücksichtigung der im vorherigen Kapitel gewonnenen Erkenntnisse Problematiken, die mit der »Vereinnahmungsthese« des Postwachstumsgedankens durch rechtsextreme Akteur*innen einhergehen, aufgezeigt. Anschließend werden neuralgische Momente andiskutiert, die in der aktuellen Postwachstumsdebatte rechtskonservative Ideologien begünstigen. Letztere verstehen sich als Denkanstöße zur Eröffnung eines selbstkritischen Prozesses innerhalb des Postwachstumsspektrums und erheben dabei nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Vollständigkeit.

5.1 Zur Problematik der »Vereinnahmungsthese«

Die in den vorherigen Kapiteln aufgezeigte Breite der Strömungen zeigt, dass wachstumskritische Positionen in fast allen politischen Lagern präsent sind. Eversberg führt dies auf die »politische Polyvalenz des Wachstumsbegriff[s]« zurück. Ihm zufolge führe die Unterbestimmtheit des Gegenstands »Wachstum« dazu, dass die Wachstumskritik politisch nicht klar verortbar ist:

„Weil das Unbehagen über gefühlt zunehmenden gesellschaftlichen Steigerungszwängen und ihren vielgestaltigen Auswirkungen so diffus und allgemein ist, dass es sich mit fast jeder politischen Grundüberzeugung verbinden kann, ist die Skepsis gegenüber dem Wachstum als solche tatsächlich „weder links noch rechts“ oder eben beides zugleich.“ (Eversberg 2018: 53)

Folgerichtig bleibt innerhalb der rechtsextremen Wachstumskritik eine Auseinandersetzung mit anderen politischen Postwachstumsströmungen nicht aus. Wie im Kapitel 4.2 Die Rechten und ihr ambivalentes Verhältnis zum Wachstum aufgezeigt wird, findet eine explizite Bezugnahme auf Postwachstumstheoretiker wie Nico Paech oder Tim Jackson statt, stellenweise werden sogar Literaturempfehlungen ausgesprochen.

Innerhalb der deutschsprachigen Postwachstumsströmung gibt es hingegen kaum Auseinandersetzungen mit rechtsextremer Wachstumskritik.³³ Dies erscheint

³³ Eversberg zufolge hat die Auseinandersetzung mit rechter Wachstumskritik erst »in Ansätzen begonnen«. Dabei gäbe es jedoch eklatante Unterschiede zwischen den Strömungen: Während die feministische und kapitalismuskritische Strömung »Aufrufe zur selbstkritischen Reflexion« tätigen, mache die sozialreformerische Ablehnung rechter Wachstumskritik eher einen »formelhaften« Eindruck. Miegel grenze sich zwar verbal gegenüber dem Rechtspopulismus ab, vertrete jedoch

insbesondere vor dem Hintergrund überraschend, dass sie immer wieder von linker Seite mit dem Vorwurf konfrontiert werden, dass der Postwachstumsansatz selbst eine generelle Offenheit gegenüber rechten Ideologien aufweise (Bierl 2015, 2016; Interessengemeinschaft Roboterkommunismus 2014; Nabert 2016; Späth 2014). Peter Bierl zufolge „gibt es Positionen in der Bewegung, die nach rechts tendieren oder selbst rechts sind“ (Bierl 2016). Alexander Nabert zieht gar das drastische Resümee: „Wachstumskritik hilft, völkische Querfronten zu bilden“ (Nabert 2016). Statt sich mit dem Themenkomplex »Wachstumskritik von rechts« auseinanderzusetzen, wird die Kritik von vielen Akteur*innen als verallgemeinernd wahrgenommen und empört zurückgewiesen. Dennis Eversberg führt diese Skepsis darauf zurück, dass die Kritik oft »polemischer Natur« sei und auf eine »Delegitimation wachstumskritischer Positionen insgesamt« abziele:

„Zudem sind sie oft nur von bruchstückhafter Kenntnis der Postwachstumsdebatte gekennzeichnet und bleiben deshalb oberflächlich und pauschal. Das macht es den Kritisierten oft schwer, anders als mit verärgerter Zurückweisung auf die verzerrte Darstellung ihrer Positionen zu reagieren.“ (Eversberg 2018: 53)³⁴

Die wenigen vorhandenen Versuche die Thematik der rechtsextremen Wachstumskritik zu bearbeiten, analysieren kenntnisreich und überzeugend Querfrontpotenziale innerhalb des Postwachstumsansatzes. Sie rahmen das Thema dabei diskursiv durch eine Art »Vereinnahmungsthese« (Eversberg 2018; Habermann und Humburg 2017; Nordsiek 2018). Diese Vereinnahmungsthese suggeriert, das Problem bestehe darin, dass die vornehmlich emanzipatorische Wachstumskritik von rechten Akteur*innen instrumentalisiert und vereinnahmt wird. Eversberg wirft die Frage »Wie unvereinnahmbar bleiben?« auf und schreibt, „dass Wachstumskritik auch in der politischen Rechten Anklang findet und mithin die Gefahr einer Unterwanderung oder Vereinnahmung des Postwachstumsdiskurses von rechts besteht“ (Eversberg 2018: 53). Friederike Habermann und Anja Humburg warnen vor einer möglichen »Vereinnahmung der Postwachstumsdebatte« und

selbst autoritäre und wertkonservative Positionen. Bei Paech fände sich keine Positionierung zu der Thematik (Eversberg 2018: 57 f.).

³⁴ Den meisten Kritiker*innen ist tatsächlich ein Mangel an Kenntnis über die Postwachstumsansätze zu attestieren. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden häufig emanzipatorische Elemente verkannt, welche etwa im feministischen und kapitalismuskritischen Flügel des Ansatzes durchaus auffindbar sind. Unabhängig davon bleibt festzustellen, dass der Wahrheitsgehalt der geäußerten Kritik nicht am Wohlwollen der Kritiker*innen festzumachen ist, sondern einer inhaltlichen Auseinandersetzung bedarf. Zu diesem Schluss kommt auch Eversberg, wenn er schreibt, die Verärgerung über die Kritiker*innen „sollte Befürworter*innen von Postwachstum und Degrowth aber nicht davon abbringen, sich ernsthaft zu fragen, inwiefern die eigenen Argumente tatsächlich Anknüpfungspunkte für Vereinnahmung von rechts oder sogar die Einbindung in autoritär-nationalistische Allianzen bieten“ (Eversberg 2018: 53).

auch bei Viola Nordsiek findet sich die Formulierung einer »drohenden Vereinnahmung von rechts« (Habermann und Humburg 2017, 2017).³⁵ Durch diese Rahmung der Kritik wird es den in der Selbst- und Fremdwahrnehmung mehrheitlich als links und emanzipatorisch geltenden Postwachstums-Akteur*innen vielleicht tatsächlich leichter gemacht, „anders als mit verärgelter Zurückweisung auf die verzerrte Darstellung ihrer Positionen zu reagieren“ (Eversberg 2018: S. 53).

Allerdings darf bezweifelt werden, dass eine differenziert formulierte Kritik tatsächlich eine breitere Auseinandersetzung mit der Thematik bewirken würde. Es ist ebenfalls denkbar, dass es sich bei der Nicht-Auseinandersetzung mit unbequemen Inhalten um eine Form der Kritikabwehr innerhalb des Ansatzes handelt. Gerade die »Vielfalt« des Postwachstumsspektrums, welche sich durch ein harmonisierendes Nebeneinander politisch differenter Strömungen auszeichnet, wird von den Akteur*innen, wie in Kapitel 3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung« aufgezeigt wurde, als zentrale Stärke des Ansatzes betrachtet. Würden die dezidiert linken Postwachstumskritiker*innen innerhalb der Strömungen auf kontroverse Grundsatzdiskussionen bestehen, könnte die »Harmonie« und damit auch die »Vielfalt« und »Breite« der »Bewegung« gefährdet werden. Damit würde die Attraktivität des Ansatzes, nämlich viele Menschen unter dem Label »Degrowth« zu vereinen, geschwächt werden. Dies könnte insbesondere für linke Akteur*innen ein Problem werden, die darauf abzielen die gesellschaftliche Marginalität ihrer politischen Positionen durch breitere Bündnisse zu überwinden.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Vereinnahmungsthese dadurch an Attraktivität, dass sie den Fokus diskursiv auf eine Bedrohung von außen lenkt und weniger den Postwachstumsansatz selbst angreift. Die Problematik der Vereinnahmungsthese besteht jedoch darin, dass durch sie der Komplex »Wachstumskritik von rechts« auf einen Missbrauch des Postwachstumsgedankens durch rechte Akteur*innen verkürzt wird. Anhänger*innen der Postwachstumskritik wird dabei unterstellt, »eigentlich« emanzipatorische Bestrebungen zu haben, ungeachtet des Inhalts der von ihnen vertretenen Positionen. Der Fokus der Analyse fixiert sich damit auf eine äußere Bedrohung und erschwert den Zugang zu einem fundierten Verständnis für gesellschaftliche Bedingungen und Kontinuitäten, welche rechts-konservative Denkmuster im wachstumskritischen Umfeld begünstigen.³⁶

³⁵ Interessanterweise findet sich das Motiv der Vereinnahmung in abgewandelter Form auch auf Seiten der Rechtsextremen. Diese stellen, wie in Kapitel 4.3.1 aufgezeigt werden konnte, eine »Vereinnahmungsthese von links« auf. Diese suggeriert, das Problem würde darin bestehen, dass die »ursprünglich« und »genuin rechten« Umweltthemen von linken Akteur*innen instrumentalisiert und vereinnahmt würden.

³⁶ Eine ähnliche Problematik bearbeiten Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe in ihrem Text zur »Rückkehr des Hauptwiderspruchs?«. Dort kritisieren sie, dass von Teilen der Linken

Ein Lippenbekenntnis zur formalen Ablehnung von rechtsextremem Personal kann an dieser Stelle nicht ausreichend sein, wenn die inhaltliche Kongruenz der Position derart eklatant ist. Eine genuin emanzipatorische Perspektive lässt sich nur bedingt an einem herrschaftskritischen Selbstverständnis³⁷ messen, sondern müsste sich an den vertretenen inhaltlichen Positionen ausweisen.

Statt die Anknüpfung rechtsextremer Akteur*innen an verschiedene Gedanken des Postwachstumsspektrum als drohende Gefahr einer Vereinnahmung zu analysieren, wäre dementsprechend eine Auseinandersetzung und Verständigung über solche Momente notwendig, die einen Nährboden für rechte Ideologien im aktuellen Postwachstumsdiskurs schaffen könnten. Welche Momente dies betreffen kann, wird im Folgenden letzten inhaltlichen Abschnitt der Arbeit an diskutiert.

5.2 Neuralgische Punkte des Postwachstumsansatzes

Die folgenden Aspekte, die sich als neuralgische Punkte des Postwachstumsansatzes im Laufe der vorliegenden Arbeit herauskristallisiert haben, verstehen sich als Denkanstöße zur Eröffnung eines selbstkritischen Prozesses, ohne dabei den Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Vollständigkeit zu erheben. Dazu zählen insbesondere das Verhältnis zur eigenen Geschichte, die Auseinandersetzung mit rechten Spielarten der Wachstumskritik und deren ideologischen Grundlagen sowie die Reflexion auf eigene regressive Elemente. Zudem besteht die Notwendigkeit der Konkretisierung des unspezifischen Wachstumsbegriffes zugunsten einer umfassenden Analyse von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen.

In Kapitel 3 Entwicklung der Wachstumskritik konnte herausgearbeitet werden, dass die Wachstumskritik, in Bezug auf ihre historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung, keineswegs eine ausschließlich linke und emanzipatorische Strömung ist. In ihren historischen Vorläufern ließen sich neben emanzipatorischen

formulierte »Notwehrargument«, welches besagt, dass Arbeiter*innen die rechts wählen, dies nicht tun, weil sie »rassistische und nationalistische Welterklärungsangebote attraktiv finden«. Stattdessen wird ihr Wahlverhalten darauf zurückgeführt, dass sie sich »deklassiert fühlen« würden. Eigentlich würden sie sich »soziale Gerechtigkeit« wünschen und es wäre daher Aufgabe der politischen Linken, sie wieder zurückzugewinnen. Die Attraktivität des Notwehrarguments erklären sich die Autor*innen wie folgt: „Vielleicht erscheint hier ja die Sehnsucht nach einem verloren geglaubten revolutionären (Arbeiter-)Subjekt auf – einem Subjekt, das zwar in die falsche Richtung läuft, aber dies immerhin aus den richtigen Gründen, und daß deßhalb von links auch „nur“ noch zurückgewonnen werden muss“ (Dowling et al. 2017: 419). Zu ähnlichen Schlüssen wie das Notwehrargument könnte auch die Vereinnahmungsthese, innerhalb des Postwachstumsansatzes, führen, sollte dieser die Warnungen, dass sich einige seiner wesentlichen Positionen bei Rechtsextremen wiederfinden lassen, weil sie genuin rechte Inhalte involvieren, weiterhin weitestgehend ignorieren.

³⁷ Der herrschaftskritische Grundkonsens des Degrowth-Ansatzes wurde im Kapitel 3.2.3 Der Postwachstumsansatz zwischen Selbstanspruch und Fremdwahrnehmungskizziert.

Bestrebungen immer auch regressive und menschenfeindliche Positionen auffinden. Ein Thema, welches in den Vorläufern der aktuellen Postwachstumsdebatte vorherrschend war, ist die angebliche Gefahr einer Überbevölkerung. Prominent vertreten durch den Mitbegründer der »Grünen« Herbert Gruhl, welcher sich kritisch gegenüber Zuwanderungspolitik äußerte und eine strikte Einwanderungs- und Geburtenkontrolle im globalen Süden zum Erhalt des »deutschen Volkes« durchsetzen wollte. Wie in 3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung« aufgezeigt, gibt es innerhalb des aktuellen Postwachstumsspektrums eine zumindest formale Abgrenzung gegenüber menschenverachtenden Positionen. So ist etwa die »Überbevölkerungslegende« in der aktuellen »Bewegung« „nicht mehr konsensfähig, wird allerdings von einigen weiterhin vertreten“ (Bierl 2015: 350). Obwohl sich die neue Postwachstumsströmung zu ihren historischen Vorgängern in verschiedenen Aspekten unterscheidet, gründet sie sich auf ähnlichen gesellschaftlichen Grundlagen. Dazu zählen etwa die kapitalistische Produktionsweise, mit ihren, wie in Kapitel 2 Wachstum als gesellschaftliche Grundkategorie erläutert, inhärenten Wachstumswängen, die patriarchale Trennung von privater und öffentlicher Sphäre und die Aufteilung in verschiedene Nationalstaaten.

Es überrascht daher nicht, dass sich als Reaktion darauf immer wieder bestimmte, teils auch reaktionäre Tendenzen Bahn brechen. Etwa dann, wenn als Reaktion auf Herausforderungen der Moderne mit romantischen Projektionen in die Vergangenheit und der Verklärung des damals vermeintlich »einfachen Lebens« reagiert wird. Solange die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aufgehoben sind, welche bestimmten Ideologien zugrunde liegen, ist von einem Fortbestand eben dieser auszugehen. Dies bedeutet nicht, dass die Akteur*innen diesem Zustand ohnmächtig gegenüberstehen. Durch eine Reflexion auf die historische Bestimmtheit seiner »Bewegung« ist es in gewisser Weise möglich aus der eigenen Geschichte zu lernen oder um es mit Nordsieks Worten auszudrücken: „Wer die Geschichte seiner Bewegung kennt, wiederholt nicht ständig alte Fehler“ (Nordsiek 2018).

Im Sinne der Entwicklung einer emanzipatorischen wachstumskritischen Perspektive ist es notwendig, sich mit autoritären und rechtsextremen Spielarten der Postwachstumsökonomie und deren ideologischen Grundlagen auseinanderzusetzen. Zu deren inhärenten Elementen gehören, wie die Analyse in Kapitel 4.4 Elemente der rechtsextremen Wachstumskritikergab, die Biologisierung des Sozialen, ihr völkischer Regionalismus und Lokalismus, die rassistisch motivierte Überbevölkerungs- und Einwanderungskritik, Antimodernismus sowie eine regressive Kapitalismuskritik. Diese Elemente sind als regressive, menschenverachtende Reaktionen auf die falsche Einrichtung der Gesellschaft zu entlarven. Sie verstellen die Voraussetzungen für ein »gutes Leben« für alle und können daher nicht die Grundlage einer emanzipatorisch orientierten »Bewegung« sein. Neben der diskursiven

und praktischen Abgrenzung zu rechtsextremen Spielarten und ihren Vertreter*innen ist es hilfreich, die Aspekte innerhalb der Postwachstumsdebatte zu erkennen, die Überschneidungen zu rechtsextremen Ideologien aufweisen.³⁸ Diese sind außerhalb explizit rechtsextremer Wachstumskritik etwa in der autoritären oder suffizienzorientierten Strömung auffindbar.³⁹

Dazu gehören die Reduzierung des Kapitalismus auf Symptome wie Banken, Börsen, Verschuldung und Zinssystem und die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Marktwirtschaft. Problematisch daran ist, dass das Problem nicht im gesellschaftlichen Zwang zur Kapitalakkumulation gesehen wird, sondern auf die Gier oder Machtversessenheit einzelner Akteur*innen projiziert wird.⁴⁰ In antisemitischer Tradition wird dabei in »raffendes Kapital« und »schaffendes Kapital« unterschieden, der gesellschaftliche Wachstumswang wird im selben Muster häufig personalisiert: der Banker, der Konsument, die Elite. Soziale Probleme werden dabei auf individuelles »Fehlverhalten«, wie falsche Wertvorstellungen, falschen Konsum oder mangelnde Spiritualität, zurückgeführt.⁴¹

Problematisch sind zudem romantisierende Vorstellungen einer Rückkehr zum »Natürlichen« oder »Ursprünglichen« sowie die damit verbundene Annahme eines gesunden oder organischen Zusammenlebens. Diese Vorstellungen verklären vorkapitalistische Zustände und projizieren regressive Bedürfnisse auf die vermeintlich »gute, alte Zeit«. Das Abheben auf »Natur« als Maßstab des guten Lebens, kann der Rechtfertigung von historisch tradierten Macht- und Herrschaftsstrukturen Vorschub leisten. Ein weiteres regressives Potenzial liegt in der Überhöhung lokaler Strukturen, welche auf einer »Small is beautiful«-Ideologie beruht und sich häufig durch einen Regionalismus auszeichnet. Bierl schreibt hierzu:

³⁸ Ein Element, welches in den Vorläufern der aktuellen Postwachstumsdebatte präsent war, ist der affirmative Bezug auf die Überbevölkerungsthese, welche die Menschen als Problem markiert, die am wenigsten zu Verursachung sozioökologischer Krisen beigetragen und am meisten unter ihnen zu leiden haben. Jene beinhaltet die Annahme, dass es auf dem Planeten nicht genügend Ressourcen für alle Menschen gäbe und kombiniert dies mit der rassistischen Vorstellung, dass insbesondere der »rasende Bevölkerungszuwachs« im globalen Süden gestoppt werden müsse. Dieser Ansatz ist außerhalb der rechtsextremen Wachstumskritik in den Strömungen der aktuellen Postwachstumskritik in der Form nicht formuliert.

³⁹ Die Strömungen wurden ausführlich im Kapitel 3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung« beschrieben. Eine systematische Untersuchung der Postwachstumsansätze auf Parallelen zu rechten Ideologien ist in der vorliegenden Arbeit aus forschungsökonomischen Gründen nicht möglich. An dieser Stelle könnten weitere Forschungen anschließen.

⁴⁰ „Wenn Paech davon spricht, dass das ‚gegenwärtige Verschuldungssyndrom [...] ein Gradmesser für Gier‘ sei, lässt er sich bereits zu einer Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse hinreißen“ (Goines 2017).

⁴¹ Die regressive Kapitalismuskritik findet sich ebenso wie kulturpessimistische Elemente insbesondere im suffizienzorientierten Ansatz wieder. Letztere sind auch prominent in den Texten von Miegel vertreten, welcher als Akteur der autoritären Strömung gilt (3.2 Die neue Welle der Wachstumskritik – Die »Postwachstumsbewegung«).

„Der Begriff der Region ist ähnlich positiv besetzt wie Heimat. In einer als bedrohlich und chaotisch wahrgenommenen Welt stellen Region und Heimat einen emotionalen Rückzugsort dar. Diese Gefühlslage ist nachvollziehbar. Der Wohlfühleffekt basiert jedoch auch auf Ab- und Ausgrenzung und verdeckt, dass es in jeder Heimat und Region unterschiedliche Klassen, patriarchale Strukturen und rassistische Haltungen und Praktiken gibt.“ (Bierl 2015: 364)

Die Unmittelbarkeit der Region oder der Dorfgemeinschaft wird dem demokratischen Prinzip der Vermittlung entgegengesetzt. Die Gemeinschaft wird hier als gutes Gegenstück zur zersetzenden Gesellschaft ausgegeben. Dies kann mit einer Zivilisationsfeindschaft einhergehen, welche die progressiven Potenziale moderner Vergesellschaftung unterschlägt.⁴² Die »unverdorbene Mutter Erde«, mit der man sich in der Gemeinschaft verbunden fühlt, steht dabei der »kalten künstlichen Megamaschine« – der abstrakten Gesellschaft – entgegen.⁴³

Der unspezifische Wachstumsbegriff, welcher die Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum als Ursache statt als notwendiges Symptom einer kapitalistischen Produktionsweise begreift, wird an dieser Stelle zu einem Problem. Die Kritik an gesellschaftlichen Wachstumsdynamiken und ihren zerstörerischen Konsequenzen ist so unpräzise, dass die Wachstums skepsis vom rechten bis ins linke Lager reicht, also politisch nicht klar zu verorten ist. Dabei sind insbesondere jene Argumentationen mit Skepsis zu betrachten,

„die in erster Linie Zins, Geldsystem und Überbevölkerung für die globalen Probleme verantwortlich machen wollen und die Lösung im Zurück zu einem angeblich besseren, nachhaltigeren Zustand „natürlicher“ oder „ursprünglicher“ Gemeinschaften ausmachen.“ (Eversberg 2018: 59)

Eine »Postwachstumsbewegung«, welche sich als emanzipatorisch betrachtet, kommt daher nicht umhin auch zu anderen Themen Position zu beziehen.

⁴² Van Dyk kritisiert etwa die »romantisierten Subsistenz- und Eigenarbeitsvorstellungen«, die auf »wechselseitiger Sympathie« unter den Gemeinschaftsmitgliedern, anstatt auf universell gleichen Rechten für alle Menschen basieren (van Dyk 2016: 250 f.).

⁴³ Dieses Bild der »Wachstumsmaschine« wird etwa in einem Video von »Attac« bedient (Attac 2018).

6 Fazit

Ziel der Masterarbeit war es, die ideologischen Elemente einer rechtsextremen Wachstumskritik herauszuarbeiten. Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex »Wachstumskritik von rechts« galt nicht zuletzt dem Anliegen, mögliche Anknüpfungspunkte an die anderen Strömungen des Postwachstumsspektrums besser erkennen zu können. Dies sollte die Möglichkeit zur Selbstkritik der »Bewegung« eröffnen, um Fallstricke analysieren zu können, ohne dabei die emanzipatorischen Momente des Postwachstumsansatzes aufzugeben.

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung wurde zunächst herausgearbeitet, dass der modernen Gesellschaften inhärente Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Wirtschaftswachstum politische Akteur*innen vor einen Zielkonflikt stellt. Vor dem Hintergrund planetarer Grenzen befinden sie sich in einem Dilemma zwischen der Verhinderung ökologischer Krisen, die den Preis ökonomischen Wachstums bilden, und der Vermeidung von sozialen Krisen, welche das Resultat eines ausbleibenden Wirtschaftswachstums darstellen (2.1 Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator moderner Gesellschaften). Dieser Zielkonflikt konnte auf die Dynamik der gesellschaftlichen Produktionsweise und ihre inhärenten Wachstumswänge zurückgeführt werden (2.2 Die inhärenten Wachstumswänge der kapitalistischen Produktionsweise). Es zeigte sich, dass technische Innovationen vor dem Hintergrund kapitalistischer Steigerungsdynamiken nur unzureichend in der Lage sind, sozioökologische Krisen abzuwenden. Aus der Darstellung dieser Problematik heraus konnten die historischen Bedingungen für die Herausbildung der Wachstumskritik erklärt werden (2.3 Grenzen der Regulierung).

Trotz der öffentlichen Wahrnehmung als vornehmlich linkes Projekt hat die Auseinandersetzung mit den historischen Vorläufern der aktuellen Postwachstumsdebatte (vom »Club of Rome« bis zum »Green New Deal«) ergeben, dass Wachstumskritik in verschiedenen politischen Strömungen verortet sein kann und nicht ausschließlich emanzipatorische Anliegen verfolgt (3.1 Die Anfänge der Wachstumskritik – Vom »Club of Rome« zum »Green New Deal«). Die politische Heterogenität des Postwachstumsansatzes konnte auch in der aktuellen »Bewegung« nachvollzogen werden. Die Strömungen schließen dabei autoritäre bis hin zu feministischen Positionen in sich ein (3.2.1 Strömungen der Postwachstumskritik). Auch in Bezug auf die Ansätze zur gesellschaftlichen Transformation wurde deutlich, dass zwar gerade durch die Pluralität theoretischer Ansätze Synergieeffekte ausgelöst werden können, sich jedoch zu gleich Fallstricke in Bezug auf eine mögliche Abgrenzung gegenüber rechten Aspekten innerhalb der Postwachstumsdebatte auftun (3.2.2 Ansätze zur gesell-

schaftlichen Transformation). Im Anschluss daran konnte eine Differenz aufgezeigt werden zwischen dem herrschaftskritischen Selbstanspruch des Postwachstumsansatzes und der teils von linker Seite an ihn gerichteten Kritik einer mangelnden Analyse von gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen. Zudem wurde herausgearbeitet, dass die deutsche Postwachstumsströmung zumindest diskursiv und personell eine Abgrenzung zu rechtskonservativen Spielarten vollzieht. Offen blieb dabei die Frage, ob nicht trotz der formalen Abgrenzung zu rechtskonservativen Strömungen inhärente rechte Tendenzen innerhalb der anderen Strömungen auffindbar sind. Um die Möglichkeit zu einer diesbezüglichen Selbstkritik der »Bewegung« zu eröffnen, wurde die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse der Ideologie explizit rechter Wachstumskritik deutlich (3.2.3 Der Postwachstumsansatz zwischen Selbstanspruch und Fremdwahrnehmung).

Dafür wurden zunächst die grundsätzlichen ideologischen Elemente eines rechtsextremen Weltbildes aufgezeigt (4.1 Elemente des rechtsextremen Weltbildes). Das Verhältnis der politischen Rechten zum Wachstum stellte sich als ambivalent heraus. Die Neue Rechte konnte als die Strömung ausgemacht werden, in der sich Akteure mit einem affirmativen Bezug auf Wachstumskritik finden lassen (4.2 Die Rechten und ihr ambivalentes Verhältnis zum Wachstum). Unter zur Hilfenahme der induktiven Kategorienbildung in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (4.3 Methodische Vorüberlegungen zur Analyse einer rechtsextremen

Wachstumskritik) wurden ausgewählte Schriftstücke der rechtsextremen Wachstumskritiker Björn Höcke, Felix Menzel und Philip Stein auf wiederkehrende Grundmuster hin untersucht. Auf diese Weise konnten die »Biologisierung des Sozialen«, »Regionalismus und Lokalismus«, eine »Überbevölkerungs- und Einwanderungskritik«, »Antimodernismus« sowie ein »regressiver Antikapitalismus« als die zentralen Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik herausgearbeitet werden (4.4 Elemente der rechtsextremen Wachstumskritik).

Anschließend wurde der Umgang der wenigen Kräfte der »Postwachstumsbewegung« analysiert, die eine Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex »Wachstumskritik von rechts« aufweisen und ihn dabei diskursiv durch eine Vereinnahmungsthese rahmen. Dabei wurde das Potenzial der Vereinnahmungsthese, als möglicher Katalysator der Kritikabwehr zu fungieren, dargestellt. Dies birgt die Gefahr, den Fokus der Analyse auf eine äußere Bedrohung zu fixieren und dadurch den Zugang zu einem fundierten Verständnis von gesellschaftlichen Bedingungen und Kontinuitäten, die rechts-konservative Denkmuster im wachstumskritischen Umfeld begünstigen, zu erschweren (5.1 Zur Problematik der »Vereinnahmungsthese«). Abschließend wurden, in Reflexion auf die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, insbesondere das unreflektierte Verhältnis zur eigenen Geschichte, sowie

die mangelnde Auseinandersetzung mit rechten Spielarten der Wachstumskritik und deren ideologischen Grundlagen, als auch die ausbleibende Reflexion auf eigene regressive Elemente und den unspezifischen Wachstumsbegriff, als die neuralgischen Momente des Postwachstumsdiskurses aufgezeigt, welche mögliche Anknüpfungspunkte an rechte Ideologien in sich beherbergen können (5.2 Neuralgische Punkte des Postwachstumsansatzes).

Eine vollständige Antwort auf die Frage, an welchen Stellen sich rechtsextreme Ideologien innerhalb der »Bewegung« wiederfinden lassen, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht gegeben werden. An dieser Stelle können zukünftige wissenschaftliche Arbeiten anschließen, die einen systematischen Vergleich der Elemente rechtsextremer Wachstumskritik mit Inhalten der verschiedenen Strömungen des »Postwachstumsspektrums« anstreben. Hilfreich für einen selbstreflexiven Prozess der »Bewegung« wäre zudem die systematische Darstellung der Kritik an der »Postwachstumsbewegung« und den Umgang der selbigen damit. Die Frage, in welchem Verhältnis eine Verschärfung sozioökologischer Krisen und die Ausbildung einer regressiven Wachstumskritik stehen, könnte insbesondere für die politische Praxis wichtige Erkenntnisse mit sich bringen, um problematischen Entwicklungen zeitnah entgegensteuern zu können. Eine weitere offen gebliebene Frage ist die nach der Anschlussfähigkeit der Wachstumskritik innerhalb der politischen Rechten, auch außerhalb des theoretischen Spektrums. Die Untersuchung der Transformationsstrategien von rechtsextremen Wachstumskritiker*innen könnte aufzeigen, wie diese versuchen ihren Postwachstumsansatz innerhalb der politischen Rechten als auch gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Erhellend könnte außerdem ein Blick auf die Entwicklung in anderen europäischen Ländern sein – insbesondere in Bezug auf die bestehenden Kooperationen zwischen Teilen der wachstumskritischen »Bewegung« und der politischen Rechten. Dies könnte nicht zuletzt förderlich für die Entwicklung einer antifaschistischen, wachstumskritischen Perspektive und effektiver, politischer Gegenstrategien sein.

Eine emanzipatorische Perspektive, so die Schlussfolgerung der vorliegenden Arbeit, braucht eine umfassende Analyse von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen und müsste sich neben ihrem herrschaftskritischen Selbstverständnis auch am Inhalt der vertretenen Positionen ausweisen. Eine »Postwachstumsbewegung« – die mit ihrem Credo »weniger ist mehr« – dass »gute Leben« für alle im Sinn hat, kommt nicht umhin auch zu anderen Themen Position zu beziehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Forderung nach »Schrumpfung« die desaströsen Entwicklungen, auf die unsere Gesellschaft unter dem Diktat des unendlichen Wachstums blindlings zusteuert, diskursiv vorwegnimmt anstatt sie praktisch aufzuheben.

Literaturverzeichnis

Acksel, Britta; Euler, Johannes; Gauditz, Leslie; Helfrich, Silke; et al. (2015):

„Commoning. Zur Konstruktion einer konvivialen Gesellschaft“. In: Adloff, Frank; Heins, Volker M. (Hrsg.): „Konvivialismus. Eine Debatte“. 1. Aufl. Bielefeld: transcript. S. 133–148.

Adler, Frank (2010): „Green new deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise“. München: Oekom-Verlag.

Adler, Frank (2015): „Vielfältige Wege und Strategien vom Heute in eine Postwachstumsgesellschaft“. In: <https://www.postwachstum.de/vielfaeltige-wege-und-strategien-vom-heute-in-eine-postwachstumsgesellschaft-20150427>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Adler, Frank; Schachtschneider, Ulrich (2017): „Einleitung“. In: dies. (Hrsg.): „Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft“. München: Oekom-Verlag, S. 9–24.

Adorno, Theodor W. (1969): „Minima Moralia“. 30. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

AfD-Europawahlprogramm (2019): „EUROPAWAHLPROGRAMM. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019“. In: https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

AFP (2019): „AfD-Vize Pazderski betont Bedeutung des Rechtsaußen-„Flügels“ in der Partei“. In: „WELT“: <https://www.welt.de/newsticker/news1/article196701477/AfD-AfD-Vize-Pazderski-betont-Bedeutung-des-Rechtsausen-Fluegels-in-der-Partei.html>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Attac (2018): „Die Wachstumsmaschine“. In: https://www.youtube.com/watch?v=v6SNGTctIL8&feature=emb_logo; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Attac (2020): „Attac Selbstverständnis - Wer wir sind und was wir wollen“. In: <https://www.attac.de/was-ist-attac/selbstverstaendnis/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Bartens, Werner (2010): „Von Darwin zum Rassenwahn“. In: „Sueddeutsche Zeitung“: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/200-jahre-darwin-28-von-darwin-zum-rassenwahn-1.141257>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Benjamin, Walter; Raulet, Gérard (Hrsg.) (2010): „Über den Begriff der Geschichte“. Werke und Nachlass – Kritische Gesamtausgabe, Bd. 19. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010):** „Geld oder Leben: Was uns wirklich reich macht“. München: Oekom-Verlag.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika; Holzer, Brigitte; Müller, Christa (1999):** „Das Subsistenzhandbuch“. Wien: Promedia.
- Benoist, Alain de (2009):** „Abschied vom Wachstum: Für eine Kultur des Maßhaltens“. Berlin: Edition JF.
- Benoist, Alain de (2017):** „Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite“. 4. Aufl. Dresden: Jungeuropa Verlag.
- Bierl, Peter (2004):** „Schwundgeld, Menschenzucht und Antisemitismus. Die Tauschringe, die Lehre des Silvio Gesell und die Antiglobalisierungsbewegung“. In: „Rote Ruhr Uni“: http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/bierl_tauschring.pdf; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Bierl, Peter (2014):** „Grüne Braune: Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von Rechts“. Münster: Unrast Verlag.
- Bierl, Peter (2015):** „Nachhaltige Kritik?“. In: „Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie“. 2. Jg. / H. 2. S. 344–370.
- Bierl, Peter (2016):** „Die Postwachstumsideologie: Böses Wachstum“. In: „Jungle World“: <https://jungle.world/artikel/2016/06/boeses-wachstum>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Biesecker, Adelheid; Jochimsen, Maren; Knobloch, Ulrike (1997):** „Vorsorgendes Wirtschaften“. In: „Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift“. 12. Jg./H. 3–4. S. 7–9.
- Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne; Scurrill, Babette (2000):** „Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens“. Bielefeld: USP International.
- Biesecker, Adelheid; von Winterfeld, Uta (2015):** „Im Schatten des Geldwerts. Reproduktion, Geschlechtergerechtigkeit und andere blinde Flecken in der Postwachstumsdebatte“. In: Le Monde Diplomatique (Hrsg.): „Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr“. Berlin: taz Verlags- und Vertriebs GmbH. S. 122–123.
- Bobbio, Norberto (1994):** „Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung“. Berlin: Wagenbach.
- Brand, Ulrich (2014a):** „Das bornierte Streben nach Profit“. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wachstumskritik-das-bornierte-streben-nach-profit-13047404.html>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Brand, Ulrich (2014b):** „Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?“. In: „Blätter für deutsche und internationale Politik“: 21. Jg./H. 10. S. 29–32.

Brandner, Stephan (2019): „Brandner: CO₂-Ausstoß allein durch Atmung der Menschheit beträgt das Dreifache aller deutschen Emissionen“. In: <https://www.afdbundestag.de/brandner-co2-ausstoss-allein-durch-atmung-der-menschheit-betraegt-das-dreifache-aller-deutschen-emissionen/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Brunnengräber, Achim (2013): „Klimaskeptiker in Deutschland und ihr Kampf gegen die Energiewende“. In: „FFU-Report“. 20. Jg./H. 3.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): „Fachinformation: Einstufung des „Flügel“ als erwiesen extremistische Bestrebung“. In: [https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2020-002-fachinformation-einstufung-des-fluegel-als-erwiesen-extremistische-bestrebung](https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2020-002-fachinformation-einstufung-des-fluegel-als-erwiesen-extremistische-bestrebung;); zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2019): „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2018 Bundesweite Fallzahlen“. In: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf;jsessionid=CD60F0E45D14E1F050AF37F697F7E107.2_cid287?__blob=publication-File&v=4; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Butterwegge, Christoph; Meier, Lüder (2002): „Rechtsextremismus“. Freiburg: Herder.

Coen, Cato (2019): „Wenn extreme Rechte über Klima reden: Compact-Konferenz, Gegen den Klimawahn“. In: „Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz“: <https://www.nf-farn.de/extreme-rechte-klima-reden-compact-konferenz-gegen-klimawahn>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Cook, John; Nuccitelli, Dana; A Green, Sarah; Richardson, Mark; Winkler, Bärbel; Way, Robert; Jacobs, Peter; Skuce, Andrew (2013): „Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature“. In: „Environmental Research Letters“. 8. Jg./H. 8. S. 1–7.

Degrowth-Konferenz (2014): „degrowth. Programm 2014“. In: „degrowth.info“: https://www.degrowth.info/wp-content/uploads/2014/06/dg_RZ_Programmheft_02.pdf; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Ditfurth, Jutta (2011): „Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen“. Berlin: Rotbuch Verlag.

Dowling, Emma; van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie (2017): „Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der ‚Identitätspolitik‘“. In: „PROKLA“. Bd. 47/H. 188. S. 411–420.

Drucksache des Deutschen Bundestages 17/14811 vom 01.10.2013: „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Dittich, Jens Petermann und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/14749 – Rechtsextreme Tendenzen in der ‚Identitären Bewegung‘“.

van Dyk, Silke (2016): „Vorwärts in die Vergangenheit: Postwachstum als Gemeinschaftsprojekt? Zur Wiederentdeckung des Gemeinsinns“. In: AK Postwachstum (Hrsg.): „Wachstum - Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise“. Frankfurt; New York: Campus Verlag. S. 245–267.

Ebermann, Thomas; Trampert, Rainer (1989): „Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei“. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.

Ehrlich, Paul R. (1971): „Die Bevölkerungsbombe“. München: Hanser.

Eversberg, Dennis (2018): „Gefährliches Werben. Über Anschlussfähigkeiten der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus - und was sich dagegen tun lässt“. In: „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ 31. Jg./H 4. S. 52–61.

Eversberg, Dennis; Schmelzer, Matthias (2016): „Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung“. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. 29. Jg./H. 1. S. 9–17.

Fehn, Klaus (2003): „»Lebensgemeinschaft von Volk« und Raum: Zur nationalsozialistischen Raum- und Landschaftsplanung in den eroberten Ostgebieten“. In: Radkau, Joachim; Uekötter, Frank (Hrsg.): „Naturschutz und Nationalsozialismus“. Frankfurt am Main u. New York: Campus Verlag. S. 207–224.

Franke, Nils (2016): „Bäume für Auschwitz“. In: „Zeit Online“:
<https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2016/01/nationalsozialismus-oekologie-drittes-reich-naturschutz>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Frindte, Wolfgang; Geschke, Daniel; Haußecker, Nicole; Schmidtke, Franziska (2015): „Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013“. In: „Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen“. Wiesbaden: Springer VS. S. 25–96.

Fuchs, Christian; Middelhoff, Paul (2019): „Das Netzwerk der Neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern“. 3. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Geden, Oliver (1996): „Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus.“. Berlin: Elefant Press Verlag.

Georgescu-Roegen, Nicolas; Bonaiuti, Mauro (2011): „Quo vadis Homo sapiens? (1989): a query“. In: „From Bioeconomics to Degrowth: Georgescu-Roegen's ‚New Economics‘ in Eight Essays“. London: Routledge.

- Goines, Motya (2017):** „Zum regressiven Bedürfnis postwachstumsorientierter Kapitalismuskritik - wie die Linke der Rechten sekundiert“. In: „Distanz Magazin“. H. 4. S. 12–18.
- Golde, Michael (2016):** „Rebound-Effekte. Empirische Ergebnisse und Handlungsstrategien“. In: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/rebound-effekte_empirische_ergebnisse_und_handlungsstrategien_hintergrundpapier.pdf; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Gruhl, Herbert (1975):** „Ein Planet wird geplündert: die Schreckensbilanz unserer Politik“. Überarb. Ausg. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Haas, Julia (2020):** „‘Anständige Mädchen‘ und ‚selbstbewusste Rebellen‘: Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen“. Hamburg: Marta Press.
- Habermann, Friederike; Humburg, Anja (2017):** „Debatte Postwachstum und die Rechten: Kreativ im Widerspruch“. In: „taz“: <https://taz.de/Debatte-Postwachstum-und-die-Rechten/!5422830/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Hamburger Abendblatt (2010):** „Kanzlerin überreicht Ahlhaus ein Abschiedsgeschenk für von Beust“. In: „Abendblatt“: <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107884943/Kanzlerin-ueberreicht-Ahlhaus-ein-Abschiedsgeschenk-fuer-von-Beust.html>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Hausen, Katrin (1976):** In: Conze, Werner (Hrsg.): „Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen.“. Stuttgart: Ernst Klett. S. 363–393.
- Heitmeyer, Wilhelm; Buhse, Heike; Vossen, Johannes (1992):** „Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie: Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher“. Weinheim: Juventa.
- Hensel, Alexander; Geiges, Lars; Pausch, Robert; Förster, Julia (2016):** „Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale“. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Höcke, Björn (2008):** „Leserbrief zu: ‚Kein Dritter Weg‘ von Hans-Olaf Henkel, JF 43/08“. In: „Junge Freiheit“. H. 45/08. S. 19.
- Höcke, Björn (2014):** „Die AfD denkt in Generationen“. In: „Junge Alternative Zeitung“. 2. Jg./H. 13. S. 4–8.
- Höcke, Björn; Kalbitz, Andreas (2020):** „Björn Höcke und Andreas Kalbitz zur Auflösung des Flügels“. In: <https://www.derfluegel.de/2020/03/27/bjoern-hoecke-und-andreas-kalbitz-zur-aufloesung-des-fluegels/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Hopkins, Rob; Heinberg, Richard (2008): „*The Transition Handbook: From Oil Dependency to Local Resilience*“. Vermont: White River Junction.

Horvath, Michael (2020): „Definition: Was ist ‚Bruttoinlandsprodukt (BIP)‘?“. In: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bruttoinlandsprodukt-bip-27867>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Illich, Ivan (1973): „Tools For Conviviality“. New York, Evanston, San Francisco, London: Harper & Row.

Immler, Hans (1984): „*Die Entfremdung der gesellschaftlichen Produktion von der Natur und ihre revolutionäre Überwindung*“. In: Immler, Hans; Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.): „*Marx und die Naturfrage*“. Hamburg: VSA-Verlag. S. 21–44.

Interessengemeinschaft Roboterkommunismus (2014): „16 Thesen zur Degrowth-Konferenz“. In: „Translib Leipzig“: https://translibleipzig.files.wordpress.com/2014/09/16_thesen_zur_degrowth-bewegung.pdf; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Jackson, Tim (2017): „*Wohlstand ohne Wachstum - das Update: Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft*“. München: Oekom-Verlag.

Jahn, Peter; Wieler, Florian; Ziemer, Daniel (2017): „*Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939–1945: Ereignisse und Erinnerung*“. Berlin: Metropol-Verlag.

Jaschke, Hans-Gerd (2011): „*Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder*“. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kamann, Matthias (2019): „*Berliner AfD-Jugend rebelliert gegen Leugnung des Klimawandels*“. In: „WELT“: https://www.welt.de/politik/deutschland/article194321453/Nach-Europawahl-Berliner-AfD-Jugend-gegen-Leugnung-des-Klimawandels.html?wtrid=socialmedia.socialflow....socialflow_facebook; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Kemper, Andreas (2015a): „*Höckes völkische Postwachstumsökonomie*“. In: <https://andreaskemper.org/2015/10/22/hoeckes-voelkische-postwachstumsoekonomie/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Kemper, Andreas (2015b): „*Wieviel NPD hockt in der AfD?*“. In: <https://andreaskemper.org/2015/03/15/wieviel-npd-hockt-in-der-afd/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Kemper, Andreas (2016): „*Landolf Ladig, NS-Verherrlicher*“. In: <https://andreaskemper.org/2016/01/09/landolf-ladig-ns-verherrlicher/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

- Koester, Elsa (2019):** „Die Allzuvielen. Ökofaschismus: Rechte Ideologen entdecken den Klimaschutz für sich. Das ist keine gute Nachricht“. In: „Freitag“: https://www.freitag.de/autoren/elsa-koester/die-allzuvielen?fbclid=IwAR2EKt2In_Y2YS_A36DoZ3gfLLy1DkurQQVF8u1ifkoB_gF7mbpwgQbbVPg; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Kositza, Ellen (2008):** „Gender ohne Ende oder Was vom Manne übrigblieb“. Schnellroda: Antaios.
- Kositza, Ellen (2013):** „Die Herrschaft der Dinge“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/39867/die-herrschaft-der-dinge>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Kositza, Ellen (2017):** „Das war's. Diesmal mit Kindern, Küche, Kritik“. Schnellroda: Antaios.
- Kositza, Ellen (2019):** „Das war's. Diesmal mit: rechten Frauen und linken Männern“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/60209/das-wars-diesmal-mit-rechten-frauen-und-linken-maennern>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Kuckartz, Udo (2018):** „Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung“. 4., überarbeitete. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ladig, Landolf (2012):** „Ökologie und Postwachstumsökonomie. Die Krise des Liberalismus“. In: „Volk in Bewegung & der Reichsbote“. 5. Jg./H. 1. S. 12–15.
- Layard, Peter R. G. (2005):** „Die glückliche Gesellschaft : Kurswechsel für Politik und Wirtschaft“. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Lessenich, Stephan; Dörre, Klaus (2014):** „Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus?“. In WSI-Mitteilungen. 11. Jg./H. 7. S. 504.
- Lichtmesz, Martin (2015):** „Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate“. Schnellroda: Antaios.
- Lorenz, Konrad (1973):** „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“. 6. Aufl. München: Piper.
- Mankiw, N. Gregory; Taylor, Mark P. (2018):** „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“. 7. Auflage 2018. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Marx, Karl; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) (1962):** „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“. MEW 23. 4. Aufl. Berlin: Dietz-Verlag.
- Marx, Karl; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) (1976):** „Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil“. MEW 26. Bd. 3. Berlin: Dietz-Verlag.
- Marx, Karl (1981a):** „Zur Judenfrage“. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): „MEW 1“. Berlin: Dietz-Verlag. S. 347–377.

- Marx, Karl (1981b):** „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): „MEW 1“. Berlin: Dietz-Verlag. S. 378–391.
- Marx, Karl; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) (1983):** „Ökonomische Manuskripte 1857-1858“. MEW 42. 3. Aufl. Berlin: Dietz-Verlag.
- Mayring, Philip (2008):** „Qualitative Inhaltsanalyse“. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): „Qualitative Forschung: Ein Handbuch“. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 468–475.
- Mayring, Philipp (2010):** „Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken“. 12. überarbeitete Aufl. Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp; Brunner, Eva (2013):** „Qualitative Inhaltsanalyse“. In: Friebershäuser, Barbara; Langer, Antje; Prengel, Annedore (Hrsg.): „Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft“. 4., durchgesehene. Aufl. Weinheim: Beltz. S. 323–334.
- McIntyre, Beverly D.; Herren, Hans R.; Wakhungu, Judi; Watson, Robert T.; International Assessment of Agricultural Knowledge, Science, and Technology for Development (Project) (Hrsg.) (2009):** „IAASTD. Global report“. Washington, DC: Island Press.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter (1973):** „Die Grenzen des Wachstums. Club of Rome. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.“. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Menzel, Felix (2013):** „Probleme der Décroissance“. In: „Blaue Narzisse“: <https://www.blauenarzisse.de/probleme-dcroissance/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Menzel, Felix (2015a):** „Wachstumskritik (I), oder: Zunächst ein Lob für den Staat“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/50470/wachstumskritik-i-oder-zunaechst-ein-lob-fuer-den-staat>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Menzel, Felix (2015b):** „Wachstumskritik (II): Konsum, Verunsicherung und fehlende Kinder“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/50808/wachstumskritik-ii-konsum-verunsicherung-und-fehlende-kinder>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Menzel, Felix (2015c):** „Wachstumskritik (III): Die unterste Milliarde“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/51234/wachstumskritik-iii-die-unterste-milliarde>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.
- Menzel, Felix (2015d):** „Wachstumskritik (IV): Afrika und die geoökonomische Strategie Chinas“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/51440/wachstumskritik-iv-afrika-und-die-geoekonomische-strategie-chinas>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2015e): „Wachstumskritik (V): Überbevölkerung, Reichtum und Technologie“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/51724/wachstumskritik-v-ueberbevoelkerung-reichtum-und-technologie>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2015f): „Wachstumskritik (VI): Asketische Ethik und Größenwahn“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/52013/wachstumskritik-vi-asketische-ethik-und-groessenwahn>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2015g): „Wachstumskritik (VII): Das Diktat der Unruhe“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/53570/wachstumskritik-vii-das-diktat-der-unruhe>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2016a): „Wachstumskritik (IX): Unsichtbarkeitsspirale“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/54339/wachstumskritik-ix-unsichtbarkeitsspirale>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2016b): „Wachstumskritik (VIII): Der organische Staat“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/53932/wachstumskritik-viii-der-organische-staat>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2016c): „Wachstumskritik (X): Die Aussteiger“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/54827/wachstumskritik-x-die-aussteiger>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2016d): „Wachstumskritik (XI): Schwundgeld“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/55826/wachstumskritik-xi-schwundgeld>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2016e): „Wachstumskritik (XII): Not macht erfinderisch“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/56916/wachstumskritik-xii-not-macht-erfinderisch>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix (2017): „Wachstumskritik (XII): Not macht erfinderisch“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/56925/wachstumskritik-xii-not-macht-erfinderisch-2>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Menzel, Felix; Stein, Philip (2013): „Junges Europa. Szenarien des Umbruchs“. Chemnitz: Verein Journalismus und Jugendkultur.

Meuthen, Jörg (2019): „Jörg Meuthen: Wirtschaftssadistische Ökoideologen gefährden Wachstum in Deutschland“. In: <https://www.afd.de/joerg-meuthen-zur-iwf-prognose-%E2%88%92-wirtschaftssadistische-oekoideologen-gefaehrden-wachstum-in-deutschland/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Miegel, Meinhard (1996): „Der ausgefranste Arbeitsmarkt“. In: „Zeit Online“: https://www.zeit.de/1996/07/Der_ausgefranste_Arbeitsmarkt; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Miegel, Meinhard (2010): „Exit: Wohlstand ohne Wachstum“. 2. Auflage. Berlin: Propyläen Verlag.

Miegel, Meinhard (2014): „Die unerwiderte Liebe der Menschen zum Kapitalismus“. In: „FAZ“: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wirtschaftswachstum-die-unerwiderte-liebe-der-menschen-zum-kapitalismus-13102904.html>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Miegel, Meinhard (2020): „Denkwerkzukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung“. In: <http://www.denkwerkzukunft.de>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Müller, Albrecht (2011): „Wachstumswahn, Wachstumszwang, Wachstumskritik, Postwachstumsgesellschaft, etc. – seltsame Begriffe und eine vergleichsweise irrelevante und in die Irre leitende Debatte“. In: „NachDenkSeiten“: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=9169>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Muraca, Barbara (2014): „Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums“. Berlin: Wagenbach.

Nabert, Alexander (2016): „»Wachstumskritische« Querfronten in Deutschland: Degrowth und schrumpfende Logik“. In: „Jungle World“: <https://jungle.world/artikel/2016/06/degrowth-und-schrumpfende-logik>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (2012): „Wege Vorsorgenden Wirtschaftens“. Marburg: Metropolis.

Neugebauer, Gero (2008): „Extremismus – Linksextremismus – Rechtsextremismus. Begriffsdefinitionen und Probleme“. In: „Bundeszentrale für politische Bildung“: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33591/definitionen-und-probleme>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Nordsiek, Viola (2018): „Gutes Leben, aber nicht für alle“. In: „transform magazin“: <https://www.transform-magazin.de/gutes-leben-aber-nicht-fuer-alle/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Paech, Niko (2009): „Postwachstumsökonomie. Ein Vademecum“. In: „Zeitschrift für Sozialökonomie“. 46. Jg. / H. 160/161.S. 29–31.

Paech, Niko (2011): „Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum“. 2. Aufl. Weimar bei Marburg: Metropolis.

Paech, Niko (2012a): „Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie“. München: Oekom-Verlag.

Paech, Niko (2012b): „Das Elend der Konsumwirtschaft. Von Rio+20 zur Postwachstumsgesellschaft“. In: „Blätter für deutsche und internationale Politik“. 57. Jg./H.6. S. 55–63.

- Paech, Niko (2012c):** „Vom grünen Feigenblatt zur Postwachstumsökonomie“. In: „Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift“. 27. Jg./H. 4. S. 17–19.
- Paech, Niko (2018):** „Postwachstumsökonomik“. In: Kümmel, Reiner; Dietmar, Lindenberger; Paech, Niko (Hrsg.): „Energie, Entropie, Kreativität“. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 101–135.
- Passeick, Yannick (2018):** „Die Mär von der Überbevölkerung“. In: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.): „Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung.“. Eigenverlag: Berlin. S. 9–11.
- Piketty, Thomas (2015):** „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. 7. Auflage. München: C.H. Beck.
- Polimeni, John M. (Hrsg.): (2009):** „The myth of resource efficiency: the Jevons Paradox“. London; Sterling.
- Porta, Donatella della; Diani, Mario (2006):** „Social Movements: An Introduction, 2nd Edition“. Malden: Wiley-Blackwell.
- Priester, Karin (2012):** „Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon“. Frankfurt: Campus Verlag.
- Röttger, Bernd (1994):** „Krise des Fordismus“. In: Haug, Wolfgang Fritz; Haug, Frigga; Jehle, Peter (Hrsg.): „Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 7/II, “. Hamburg: Argument. Spalten: 2147–2160.
- Saito, Kohei (2016):** „Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus“. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Salzborn, Samuel (2017a):** „Angriff der Antidemokraten: Die völkische Rebellion der Neuen Rechten“. Weinheim: Beltz.
- Salzborn, Samuel (2017b):** „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“. In: „Sozialmagazin“. 42. Jg./H. 12. S. 6–12.
- Salzborn, Samuel (2018):** „Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Schmelzer, Matthias (2015):** „Spielarten der Wachstumskritik: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz. eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung“. In: In: Le Monde Diplomatique (Hrsg.): „Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr“. Berlin: taz Verlags- und Vertriebs GmbH. S. 116–121.
- Schmelzer, Matthias; Vetter, Andrea (2019):** „Degrowth / Postwachstum zur Einführung“. Hamburg: Junius.
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (1984):** „Die Entfremdung der gesellschaftlichen Produktion von der Natur und ihre revolutionäre Überwindung“. In: Immler, Hans;

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.): „Marx und die Naturfrage“. Hamburg: VSA-Verlag. S. 9–20.

Schmoll, Friedemann (2003): „Zur Verteidigung organischer Ordnungen: Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“. In: Radkau, Joachim; Uekötter, Frank (Hrsg.): „Naturschutz und Nationalsozialismus“. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag. S. 169–182.

Schneidewind, Uwe; Zahrnt, Angelika (2013): „Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik“. München: Oekom-Verlag.

Schumacher, Ernst Friedrich (2001): „Small is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß“. Veränd. Aufl. Bad Dürkheim: Stiftung Ökologie & Landbau.

Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2010): „Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft“. Marburg: Metropolis.

Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2012): „Damit einfacher leben einfacher wird. Eine wirklich grüne Ökonomie verabschiedet sich von der Wachstumsidee und dient dem sozialen Ausgleich“. In: „umwelt aktuell.“. 6. Jg./H. 10. S. 2–3.

Smith, Adam (1990): „Der Wohlstand der Nationen: eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen“. Vollst. Ausg. nach der 5. Aufl., London 1789, für die Taschenbuch-Ausg. rev. Fassung, 5. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verlag.

Späth, Daniel (2014): „»Postwachstum« oder die Krise der Vernunft. Zu einem Syndrom liberaler Fortschrittslosigkeit“. In: „Phase 2“: <https://phase-zwei.org/hefte/artikel/postwachstum-oder-die-krise-der-vernunft-509/>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Speit, Andreas (2016): „Bürgerliche Scharfmacher: Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida“. Zürich: Orell Füssli Verlag.

Stein, Philip (2014): „Ökomanifest von rechts“. In: „Sezession“: <https://sezession.de/46543/oekomanifest-von-rechts>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Stein, Philip (2017): „Das organische Weltbild und die ökologische Revolution - Philip Stein“. In: <https://www.youtube.com/watch?v=-bUTKgmV9x8>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Stöss, Richard (2010): „Rechtsextremismus im Wandel“. 3., aktualisierte Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wagner, Bernd (2018): „Wenn die ‚Art‘ zur Ideologie wird: Ein kleiner Überblick über die Grundzüge des rechtsextremen Weltbildes“. In: „Naturfreundin“. 70. Jg./H. 2. S. 5–6.

Weber, Max (2018): „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“. Hamburg: Nikol.

Weiß, Volker (2017): „Faschisten von heute? „Neue Rechte“ und ideologische Traditionen“. In: „Bundeszentrale für politische Bildung“: <http://www.bpb.de/apuz/257660/neue-rechte-und-ideologische-traditionen>; zuletzt überprüft am: 14.04.2020.

Welzer, Harald (2014): „Mal wieder die Produktionsverhältnisse ändern“. In: „WSI-Mitteilungen“. 13. Jg./H. 7. S. 564–565

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (2019): „Verlorene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“. Berlin: Dietz.